

Planung und Zukunft

Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)

Die MA 14 – ADV unterstützte auch 1999 den Dienstleistungskonzern Magistrat beim bürgernahen Handeln, indem EDV-Produkte und EDV-Leistungen unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse und Gegebenheiten der verschiedenen Abteilungen des Magistrats im Magistratsbereich nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Wie bereits im vergangenen Jahr angekündigt und berichtet, hat die MA 14 – ADV im Jahr 1998 begonnen, einen „Ziele-Planungsprozess“ aufzusetzen. Dabei wurden für das Jahr 1999 Abteilungs- und Dezernatsziele von den in der MA 14 – ADV Verantwortlichen definiert.

Ergebnisse der Abteilungsziele des Jahres 1999:

Die meisten Ziele konnten erreicht werden. Als Wesentlichste sind dabei anzuführen:

- Der Umfang der extern vergebenen Leistungen wurde mehr als verdoppelt (wobei die SAP-Beratungsleistungen nicht einbezogen sind), so z. B. Programmierung, Installationstechnik, Lösungsentwicklung, Betriebsführung, Störungstechnik, Systemunterstützung usw. Bei der Vergabe wurde so vorgegangen, dass das Wissen über die vergebene Funktion jedenfalls in der MA 14 – ADV verbleibt. Die Preisangemessenheit der Vergabe wurde durch Ausschreibung der Leistung sichergestellt.
- Die Umsetzung der Aktivitäten zur Euro-Umstellung und der Sicherstellung der Jahr-2000-Fähigkeiten lagen im Plan. Für den Jahrtausendwechsel 1999/2000 wurde ein eigener Aktionsplan ausgearbeitet.
- Die offensive Information über Dienstleistungen wurde durch eine Reihe von Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Vorführungen, bei denen aktiv mitgearbeitet wurde, forciert. Darüber hinaus wurde erstmals die Global Village 1999 von der MA 14 als Veranstalter organisiert.
- Die Anpassungen der Organisation an die Erfordernisse wurden durch eine Reihe von Maßnahmen (z. B. Leitungsrunde, Umgestaltung von Referaten, Einrichten von Aufgaben, Neubildung von organisatorischen Einheiten) vorgenommen.
- Eine Kundenumfrage über die Leistungen der MA 14 – ADV wurde im November 1999 vorgenommen, die Ergebnisse liegen seit dem Jahreswechsel vor.

Teilweise wurde im Jahr 1999 umgesetzt:

- Die Einführung von SAP in der MA 14 – ADV ist im Gange. Obwohl eine Reihe von organisatorischen, kapazitiven und inhaltlichen Probleme zu lösen waren, wird mit dem produktiven Einsatz im Jänner 2000 begonnen werden.
- Im Telematikbereich werden und wurden Webapplikationen erstellt, die als „best practice“ bezeichnet werden können (z.B.: Grafisches Informationssystem [GIS], Web-Ausschreibungen).

Organisatorische Rahmenbedingungen

Leistungserbringung

Die MA 14 – ADV hat im Jahr 1999 auf Basis der Organisationsanalyse von Roland Berger etliche Maßnahmen in Angriff genommen bzw. realisiert, die vorgeschlagen wurden. Die darüber geführten Gespräche mit der Projektgruppe der Magistratsdirektion – Verwaltungsorganisation belegen diesen Umstand (z. B. Übereinkommen, SAP-Einsatz, Call Center [CC]...).

Ein wesentlicher Bestandteil der innerorganisatorischen Maßnahmen war dem Einsatz von SAP in der MA 14 – ADV gewidmet. Darüber hinaus wurden organisatorische Schwerpunkteinheiten gebildet (z. B. Office-CC, Telematik-Referate usw.) und funktionelle Aufgaben in Referaten zusammengefasst (z. B. Großanlagen-Betrieb, Datenbankreferat etc.). Diese Entwicklung wird sich auch im Jahr 2000 durch die beabsichtigte Bildung von weiteren zusammengefassten organisatorischen Einheiten (z. B. Auftragsabwicklung, SAP-Einsatz,...) noch weiter fortsetzen.

Eine bedeutende Steigerung der Leistungserbringung konnte durch das Einbeziehen von externen Kräften erreicht werden. Dabei wurde nach dem Grundsatz verfahren, dass nur solche Leistungen extern vergeben werden, bei denen das Wissen über die Vorgänge weiterhin in der MA 14 – ADV verbleibt. Somit wurde im Wesentlichen Personalkapazität für die anstehenden Aufgaben in vielen Funktionsbereichen (EDV-Organisation, Programmierung, Technik, Systembetrieb, Grundlagenentwicklungen) zusätzlich beschafft.

Beziehungen Informations- und Kommunikationstechnologie-(ICT-)Abteilung – Kunden

Auf zwei herausragende Punkte soll in diesem Zusammenhang eingegangen werden:

- Kundenumfrage

Im Herbst 1999 wurde eine Kundenumfrage von der Fa. Gartner Group für 3 Zielgruppen der Kunden der MA 14 – ADV (Anwender, EDV-Beauftragte, Dienststellenleitungen) vorgenommen. Das Ergebnis liegt seit Dezember 1999 vor und brachte einerseits eine Verbesserung gegenüber dem Ergebnis von 1997 und im Vergleich zu den Umfrageergebnissen vergleichbarer Rechenzentren in der Datenbank der Firma Gartner Group das beste erzielte Ergebnis bisher.

- Übereinkommen

Mit allen Dienststellen wurden Übereinkommen über Art und Umfang der Leistungserbringung geschlossen. Dabei wurden im Jahr 1999 alle Leistungen, welche für den laufenden Betrieb erforderlich sind, in diese Übereinkommen einbezogen. Für das Jahr 2000 wird die Gesamtheit der EDV-Leistungen (Projekte, Betrieb und sonstige Leistungen) in diesen Übereinkommen erfasst und bewertet werden.

- Weitere Maßnahmen

Etliche Maßnahmen wurden zusätzlich zur Unterstützung der Kundenbeziehungen ergriffen (z. B. Produktbetreuung, PC-Lernstudio, Ankündigungsschreiben, Informationsveranstaltungen).

Alle diese Aktivitäten verfolgen das Ziel einer sinnvollen und zweckmäßigen Dezentralisierung der EDV-Leistungen. Bisher wurde dabei auf die Wünsche und Interessen der Dienststellen im hohen Maß Bedacht genommen.

Wirken außerhalb des Magistrats

Weg in die Informationsgesellschaft

Im Jahr 1999 fanden eine Reihe von Informationsveranstaltungen statt, an denen die MA 14 – ADV aktiv beteiligt war. So wurden Pressekonferenzen, Präsentationen, Vorträge und sonstige öffentliche Veranstaltungen aktiv gestaltet bzw. an ihnen mitgewirkt.

Erstmals zeichnete die MA 14 – ADV für die „Global Village 99“ als Veranstalter verantwortlich. Darüber hinaus wurde im November ein GIS-Day öffentlich veranstaltet.

Diese Aktivitäten dienen vornehmlich zur Verbreitung des Wissens über die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie aus dem Blickwinkel des Magistrats.

Projekt „Jugend ans Netz“

Die Idee war und ist, einerseits für alle Bevölkerungsschichten den Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durch die entsprechende Ausbildung sicherzustellen und somit andererseits einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Wien zu leisten. Es soll der Umgang mit den neuen Technologien gelehrt werden – und das schon von der Volksschule an.

Dabei ist zwischen dem lokalen Schulnetz, dem Wiener Schulintranet, also dem Netz, das alle Schulen miteinander verbindet, und dem WWW als externem Netz zu unterscheiden. Innerhalb des lokalen Schulnetzes sowie des Wiener Schulintranets ist die „performance“, d. h. die Leistungsstärke des Netzes sehr hoch. Durch eine leistungsstarke Lichtwellenleiterverkabelung ist es möglich, nicht nur Texte, sondern auch Ton und Bilder (Videoconferencing und -filme) rasch über das Netz zur Verfügung zu stellen.

Mit Ende 1999 sind etwa 200 Schulen „surffähig“ installiert und das Projektziel, im Jahr 2000 alle Schulen an das Netz gebracht zu haben, erscheint realistisch erreichbar.

Electronic Government

Aus den diversen Aktivitäten werden einige exemplarisch angeführt:

Wahlen

- Vorankündigung der Wahlen mit Wahllokalsuche und graphischer Darstellung
- Live-Ergebnisdarstellung im Rathaus-Presszentrum, in Wien Intern und in Wien Online und Weitergabe an PID/APA
- Steuerung der Freigabe und Ergebnisgenerierung mittels eigener Webapplikation
- Wahlkartenanforderung via Internet

Ausschreibungen im Internet

- Ankündigung von Ausschreibungen der Stadt Wien im Internet. Die Erfassung erfolgt dezentral in den Dienststellen unter administrativer Kontrolle durch die MA 53. Aus diesen Daten erfolgt auch die automatische Weiterleitung an die Druckerei für die Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Wien.

VAP's

- Im Jahr 1999 wurden weitere ca. 25 Vienna Access Points (VAP) vorwiegend in Amtsgebäuden installiert. Damit sind mit dem übrigen Kiosksystem nahezu 100 öffentliche Kioske in Wien in Betrieb.

Flächenwidmung

- Im Jahr 1999 wurden einige Applikationen mit Hilfe geografischer Informationssysteme (GIS) geschaffen (z. B. Baustellkoordination, Schutzzonen etc.). Eine herausragende Rolle nimmt dabei jedoch die Applikation bezüglich Flächenwidmung und -nutzung ein, da diese auf reges Interesse aus der Bevölkerung gestoßen ist.

Behördenintranet

- Das Behördenintranet ist eine Infrastruktur, über die Behörden Österreichs besichert in Internet Technologie kommunizieren können, bzw. Applikationen behördenübergreifend genutzt werden. Die Telematik hat in diesem Bereich eine normierende Vorreiterrolle in der Etablierung dieses Netzes gespielt. Typische Applikationen in diesem Netzwerk sind: Rechtsinformationssystem (RIS) des Bundes, Führerscheinregister (keine Teilnahme von Wien), geplant: FIAKER.

EU-Projekte

Die MA 14 – ADV beteiligte sich an einer Vielzahl von Proposals im 5. Rahmenprogramm der EU, wobei stets nach dem Grundsatz vorgegangen wurde, nur solche Interessen wahrzunehmen,

- die mit den strategischen Vorstellungen der Stadt Wien übereinstimmen;
- welche im Aufgabenbereich der MA 14 – ADV liegen bzw. Stellen des Magistrats die Beteiligung übernehmen;
- wo keine zusätzlichen Entwicklungen speziell für diese Projekte durch die MA 14 – ADV erbracht werden müssen;
- wo Aussicht auf Erfolg besteht;
- wo ein Nutzenpotential für die Stadt Wien erzielbar ist und
- wo der ressourcenmäßige Aufwand gesichert werden kann.

Derzeit finden in folgenden Projekten Aktivitäten durch die MA 14 – ADV statt: Virtuhalls, EU-Spirit. Daneben gibt es einige Rahmenaufgaben, in denen die MA 14 – ADV tätig ist, z. B. Telecities.

Projekte im Magistrat nach Aufgabengebiet

Aufgabengebiet 01: Personenwesen

Technische Wahlunterstützung durch die MA 14 – ADV

Zu einer wichtigen Aufgabe der MA 14 – ADV gehört die EDV-Unterstützung für alle Verwaltungsvorgänge im Zuge einer EU-, Nationalrats-, Bundespräsidenten-, Gemeinderats-, Bezirksvertretungswahl sowie bei Volksabstimmungen, Volksbefragungen und bei Volksbegehren. Im Rahmen der Wahlvorbereitung werden alle Vorarbeiten vom Stichtag für die Wählerevidenz bis zum Wahltag geleistet:

- Das Sprengel- und Adressverzeichnis wird mittels Standardauswertungen aus dem „Räumlichen Bezugssystem Wien“ für die MA 62 bereitgestellt. Dafür werden ca. 65.000 Blatt gedruckt.
- Für das Wählerverzeichnis wird ein Abzug aus der Personendatenbank erstellt (1,2 Mio. Wahlberechtigte).
- Die Hauptkundmachungen mit den Ankündigen über die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und der Angabe der Wahlberechtigten pro Türnummer eines Hauses erfordern die Erstellung von ca. 60.000 Blatt.
- Für Auskünfte und das Reklamationsverfahren wird das Wählerverzeichnis auch Online zur Verfügung gestellt. Hier werden die Änderungen zum Wählerverzeichnis erfasst sowie die Ausstellung von Wahlkartenanträgen und Wahlkarten selbst unterstützt. Letztlich wird aus dieser Informationsbasis der Nachtrag zum Wählerverzeichnis mit 5.000 bis 10.000 Blatt erstellt.
- Seit der Nationalratswahl 1999 ist es möglich, mittels vorgefertigtem Formular aus dem Internet eine Wahlkarte zu beantragen.
- Für die Erstellung der persönlichen Wählerinformation wird der Datenbestand über alle Wahlberechtigten mit dem jeweilig zuständigen Wahllokal von einer mit der Ausfertigung der Wählerbriefe beauftragten Firma bereitgestellt.
- Für die Mitglieder der Wahlbehörden werden die Bestellsdekrete vorbereitet – dies sind ca. 20.000 Blatt.

Am Wahltag selbst werden die Ergebnisse für die Parteien auf Sprengel Ebene und die Vorzugstimmen für die einzelnen Kandidaten erfasst und aufbereitet. Die Erfassung erfolgt dezentral in den Bezirkswahlbehörden. Die vorliegenden Ergebnisse werden zentral laufend zusammengefasst und der Wahlbehörde unmittelbar bereitgestellt. Von der Wahlbehörde erfolgt dann die Informationsfreigabe für die angeschlossenen Presse- und Informationsstationen, die auch die grafische Aufbereitung einschließt. Ebenso erfolgt die Weiterleitung und Aufbereitung der Ergebnisse in das Internet bzw. die Überleitung an das Bundesministerium für Inneres bei nationalen oder Europawahlen.

Seitens der MA 14 – ADV steht ein erfahrenes Team am Wahltag selbst für die Kontrolle und Steuerung der Anwendung sowie der gesamten Hardware, des Netzbetriebs und der Störungsbehebung im Einsatz.

Aufgabengebiet 02: Gesundheit und Spitäler

Drogenkoordinator

- Einsatz von SPSS-Modulen für genaue statistische Auswertungen.
- Einsatz von grafischen Informationssystemen zur Abbildung von drogenpolitisch relevanten Vorgängen.

Aufgabengebiet 03: Sozialhilfe und Jugendfürsorge

Sozialkonto (SOKO) MA 12 – Dauerleistungen

Der Informationsgehalt wird um die Information der unterstützten Haushalte erweitert. Erst dadurch können gezielte, teils politische Maßnahmen (z. B. Beihilfenumstrukturierungen) real abgeschätzt und umgesetzt werden. Zudem wird SOKO, als an allen MA 12-Serviceschnittstellen für den Bürger verfügbarer Informationspool, effizientere Beratung und Hilfestellung ermöglichen.

SOKO unterstützt in allen eingesetzten Modulen den letzten Anweisungsstandard der MA 6.

Analog zum Modul „Mietbeihilfen“ werden Wartungs- und Produktionsaufwände durch das Nutzen von Synergien reduziert: Durch die Integration der Beihilfenart „Dauerleistungen“ in den ganzheitlichen Lösungsansatz „MA 12 – Sozialkonto“ und der modulübergreifenden Umsetzung ergibt sich die Möglichkeit, in der Wartung bereichsübergreifende Funktionalitäten wahrzunehmen.

Trotz der durch die Entwicklungsabteilung vorgenommenen detaillierten Planung der programmtechnischen Realisierung der „Überrechnungs- und Anweisungsprogramme“ erfolgte die Fertigstellung des Moduls sowie die Produktionsaufnahme erst im 4. Quartal 1999 und nicht wie vorgesehen im 2. Quartal 1999, da die verfügbaren Ressourcen teilweise für die konzeptionelle Integration der Mietbeihilfe sowie die Integration des Projekts „Flächendeckende Delogierungsprävention in Wien“ eingesetzt werden mussten.

Die unbedingt notwendige Ablösung der Dauerleistungs-Altapplikation vor der Jahrtausendwende konnte trotzdem sichergestellt werden.

Sozialkonto MA 12 – Mietbeihilfe

Mit der Integration ins SOKO gibt es erstmals die Möglichkeit, die Daten der Mietbeihilfe zu nutzen und auszuwerten. Damit wird die im Zuge eines effektiven Controllings geforderte Informationsbereitstellung erst möglich. Der Einbezug aller organisatorischer Einheiten und deren Daten gibt dem Sozialamt die Möglichkeit, bei der Planung des künftigen Sozialhilfegerüges mit konkreten Ansätzen zu operieren.

Mit den Mietbeihilfen sind unter Ausklammerung des gesondert zu betrachtenden Bereiches der Behindertenhilfe alle wesentlichen „Sozialhilfe“-Beihilfen EDV-mäßig erfasst.

Mit dem Abbau der alten „XG3“-Uraltapplikation wird nicht nur ein weiteres Anwachsen des Produktions- und Betreuungsaufwandes erzielt. Durch die Integration der Mietbeihilfe in das „Sozialkonto – MA 12“ werden Synergieeffekte für diese Aufwände erzielt.

Mit Einsatz dieses Teil-Projektes kann die Höhe der Bemessung der Wohnbeihilfe der MA 50 mit den Beihilfearten „Geldaushilfe“ oder „Dauerleistungen“ abgestimmt werden, und damit lassen sich Mehrfachunterstützungen vermeiden.

Auf Basis der SOKO-gesamtkonzeptionell vorbereiteten Möglichkeit, den Personen- sowie Verrechnungsteil aus dem Modul „Dauerleistungen“ heraus entwickeln zu können, begann die programmtechnische Realisierung dieses Moduls im 3. Quartal, wodurch die Fertigstellung im Jahr 1999 und somit die unbedingt notwendige Ablösung der Altapplikation vor der Jahrtausendwende gewährleistet werden konnte.

Sozialkonto MA 12 – Behindertenhilfe

- Schaffung einer programmtechnischen Unterstützung der Administration des gesamten Personen- sowie Verrechnungsbereiches der Behindertenhilfe und somit Rückführung der „Verrechnungshoheit“ in die MA 12 sowie „Beihilfenabgleich“ insbesondere mit der Beihilfenart „Pflegegeld“.
- Organisatorische und EDV-technische Integration der Behindertenhilfe in das SOKO.

Betreuung MA 15

Mit Mai 1999 wurde die MA 15 vom KAV an die MA 14 – ADV zur EDV-technischen Betreuung übergeben. Schrittweise wurden das Netzwerk und die Arbeitsplätze dem Standard des Magistrates angepasst. Die Übergangsphase dauerte ca. sechs Monate. Weiters wurde im Rahmen des Projektes „Impfstatus“ mit einer Voruntersuchung begonnen.

Aufgabengebiet 04: Personalverwaltung und Personalverrechnung

Wiener Personalinformationssystem (WIPIS)

Ursprünglich war es geplant, nach dem Produktionseinsatz von WIPIS mit einer Neuentwicklung zu beginnen. Jedoch wurde (speziell im KAV) schon begonnen, Insellösungen zu entwickeln, was einem einheitlichen Produkt für den ganzen Magistrat widersprach. Da im KAV auch die nicht Jahr-2000-fähige Kostenrechnung der Dezentralen

Personalverwaltung (DEZPV) verwendet wurde, war es notwendig zumindest diese Funktion zu ersetzen, die heute nur ein kleiner Teil von Verwaltung integrierter Personaldaten (VIPer) ist. In Zusammenarbeit mit einem dafür in das Leben gerufenen Personalisten-Arbeitskreis wurde dann VIPer gemeinsam mit der Informatik im Gesundheitsverbund (IGV) entwickelt. Im August 1999 ging dann nach 2 Jahren Entwicklung die IGV als Erster in Produktion. Es folgten das KAV-EDV Management und Betriebsführungszentrum (EMB), das Preyer'sche Kinderspital und das SMZ-Ost. Bis heute sind 30 Dienststellen umgestellt.

Aufgabengebiet 05: Finanzen (Abgaben- und Haushaltsverrechnung)

Haushaltswesen

- Im Jahr 1999 ist es gelungen, den Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien – direkt als Druckbestand der Druckerei – ins Intranet und in Folge ins Internet zu stellen.
- Die MA 14 hat ihre Programme für Voranschlag und Rechnungsabschluss so aufbereitet, dass ab sofort (Startzeitpunkt durch Fachabteilung) alle Auswertungen parallel in ATS und Euro dargestellt werden können.

Bankomatkassen

Der im Sommer 1998 gestartete Pilotversuch mit dem Betrieb zweier Bankomatkassen im Magistrat Wien hat gezeigt, dass die Bürger Wiens diese Zahlungsmöglichkeit in hohem Maß annehmen. Im Jahr 1999 wurde aus Anlass der Abschaffung der Verwaltungsabgabemarken der Impuls gegeben, flächendeckend im Magistrat weitere Bankomatkassen einzusetzen. Mit der Unterstützung der MA 14 – ADV, die die Aufgabe der Beschaffung und Koordination wahrgenommen hat, wurde im Jahr 1999 ein großer Teil der 37 Standorte in Betrieb genommen.

Die Einbringung der Verlängerungs-Anträge für das Parkpickerl mittels Erlagschein wurde für alle Wiener Innenbezirke ermöglicht.

Ab 1998 wurde der elektronische Datenaustausch vom Magistrat zu den österreichischen Gerichten aufgenommen. Seit November 1999 wurde die Kommunikation in beide Richtungen ausgedehnt.

Die Vorschriften der Grundsteuer, Müllabfuhrabgabe, Wasser- und Abwassergebühr können seit Herbst 1999 in elektronischer Form (mittels XML-Format) an interessierte Unternehmen übermittelt werden. Damit entfallen Postweg und Mehrfacherfassung bei den Wiener Unternehmen.

Aufgabengebiet 06: Bauten

Betreuung MD-BD

- Das neu eingerichtete Dezernat 7 („Bauablaufkontrolle“) der Magistratsdirektion-Baudirektion (MD-BD) mit Sitz im Gebäude der Wiener Stadtwerke in Erdberg wurde kurzfristig mit der notwendigen Datenverarbeitungs-Infrastruktur ausgestattet, um so die Aufnahme des geordneten Betriebes rasch zu ermöglichen.
- Im Rahmen der Betreuung der Dienststelle wurden insbesondere infrastrukturelle und technische Vorbereitungen betreffend die Ausgliederung der Dienststelle Auftragnehmerkataster (ANK) vorbereitet.

Betreuung WStW

- Es wurden alle wesentlichen organisatorischen und technischen Fragen hinsichtlich der Abkopplung der Wiener Stadtwerke vom Netzwerk des Magistrats im Zuge der Ausgliederung in eine eigene juristische Person (Holding plus mehrere GmbHs) mit 1. 7. 1999 geklärt und die entsprechenden Maßnahmen zur Anpassung der eingesetzten Applikationen in die Wege geleitet.
- Über den Einsatz des Systems Informationssystem Bauen (ISBA) bei den WStW wurde ein externer Dienstleistungsvertrag mit den WStW abgeschlossen, der die schlüsselfertige Verfügbarkeit, Betriebsführung der ISBA-Systeme, weiters Support und Beratung umfasst.

Projekt ISBA

- Die Erstversion WinISBA wurde mit einer Reihe funktionaler Ergänzungen fertig gestellt. Dabei wurde die vollständige, programmtechnische Einbindung des Fremdproduktes ABK der Fa. ib-data in den ISBA-Basis-Client realisiert, wobei auf die einheitliche Verwaltung der Ordnungsbegriffe und Steuerung der ABK-Funktionen durch WinISBA größtes Gewicht gelegt wurde.
- Als Voraussetzungen für eine Wien-weit einheitliche Anwendung der ABK-Programme bei der Bearbeitung von Ausschreibungen und Angeboten wurden gemäß den Anforderungen der Stadt Wien sog. Standardeinstellungen realisiert.
- Die Erstversion WinISBA wurde im Sinne der Qualitätssicherung im Rahmen eines befristeten Testbetriebs beim Auftraggeber MD-BD und in repräsentativ ausgewählten Fachdienststellen in den wesentlichen funktionalen Abläufen der Ausschreibungs- und Angebotsbearbeitung durchgespielt, für einen Produktionseinsatz als geeignet befunden und vom Auftraggeber formal abgenommen.
- In Abstimmung mit dem Auftraggeber MD-BD und den technischen Dienststellen der Stadt Wien wurde ein Einsatzplan für die Erstversion WinISBA erarbeitet, der die schrittweise Aufnahme des Echtbetriebes in den Dienststellen von Magistrat, KAV und WStW bis zur flächendeckenden Implementierung vorsieht.

Aufgabengebiet 07: Stadtplanung und Umwelt

Digitaler Plandokumentenentwurf

Im Auftrag der MD-BD Gruppe Stadtplanung hat die MA 14 – ADV ein Programmsystem entwickelt, das die bisherige analog-manuelle Zeichnung von Plandokumenten in den einzelnen Entwurfsphasen auf eine digital-automationsgestützte Arbeitstechnik umstellt. Dieses Digitalverfahren beginnt beim Rohentwurf und begleitet die Entwürfe über den Gründruck bis zum Rotdruck, der durch den Gemeinderat genehmigt wird. Von den Entwürfen der am Bildschirm konstruierten Plandokument können automatisch in den spezifischen Zeichenschlüsseln gemäß Wiener Bauordnung Pläne hergestellt werden, entweder direkt auf Papier oder mittels Laserplotter für den Farbdruck. Es gelingt dadurch eine Beschleunigung von Routinearbeiten, eine Standardisierung der Daten für eine flächendeckende Zusammenführung aller Plandokumente über das gesamte Stadtgebiet sowie eine Steigerung der Aktualität und Qualität und ermöglicht eine automationsgestützte analytische Begutachtung der Entwurfsvarianten nach städtebaulichen Kennwerten.

GIS Internet

Das von der MA 14 – ADV entwickelte Verfahren mit dynamischer Kartenbilderzeugung am Bildschirm erlaubt die Verteilung grafischer Informationen in einer bisher noch nicht erreichten Aktualität und kundenorientierten Auswahl:

- verkehrswirksame Baustellen
- generalisierte Flächenwidmung Internet

GIS Intranet

Für magistratsinterne Informationsvermittlung sind weitere Wien-Grafik-Intranetdienste eingerichtet worden:

- Flächenwidmung und Bebauungsplan im Intranet
- Auf jedem vernetzten Standard-PC kann mit Hilfe einer Adresse oder einer Grundstücksnummer Einsicht genommen werden in Flächenwidmung und Bebauungsbestimmungen, Bereiche ohne Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (wahlweise mit hinterlegter Stadtkarte oder Katastralmappe) und in alte Plandokumente

Grafisches Grundstücksinformationssystem

(GRUGIS im Intranet)

Der elektronische Grundstücksplan bietet vielfältige Arten der geografischen Suche nach Grundstück, Adresse, Kartenblatt und freie Gebietsauswahl. Es wird ein Kartenbild mit dem gewünschten Umgebungsausschnitt und dem ausgewählten Inhalt automatisch am Bildschirm erzeugt.

- Beim **Verrechnungsprogramm für die Wasser-/Abwassergebühren** und Senkgrubengebühren wurden Datenbank-anpassungen für den Euro eingebaut.
- Für einen breiten Kreis von Anwendungen (Projekte, externe Programme, Auskünfte, SAP, Wasserwirtschaftliches Datenbanksystem) wurde gemeinsam mit der Entwicklung, der Grafischen Datenverarbeitung und MN3 ein Projekt zur täglichen Übernahme der RBW-Daten von der Großanlage auf relationale Datenbanken und die Verteilung auf verteilte Server durchgeführt. MV1 steuerte dafür das bereits im Wiener Umweltinformationssystem bewährte Datenmodell mit einigen Erweiterungen und die Definition der Übernahmelogik/-algorithmen von der Großanlage in die relationale Datenbank bei:
- Für die MA 45 und MA 58 wurde das Arbeitspaket 1 – **Wasserbuch des Wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems (WWDBS)** gemeinsam mit der MA 45 getestet und die Datenbankstruktur mit Metadaten bereitgestellt. Die Abnahme des Arbeitspaketes 1 soll Anfang 2000 erfolgen. Die Definition des Arbeitspaketes 2 – Sachverständigenauskunft wurde begonnen.
- Die Datenstrukturen des **Wiener Umweltinformationssystems (WUIS)** wurden an die durch die für das WWDBS erforderlichen Erweiterungen angepasst und die Adressen auf das o. g. Adresspaket umgestellt, sodass auch im WUIS tagesaktuelle Adressen bereitgestellt werden können. Mangels Kapazitäten konnten darüber hinausgehende Pflegearbeiten an den Daten, die das Veralten verhindern sollten, nicht vorgenommen werden und stehen dringend an.

Die Netzwerk-Applikationsinstallation (NAI) der WUIS-Software (16-bit-Applikation) wurde implementiert.

Aufgabengebiet 08: Wohnungswesen

Die Aktivitäten im Bereich Wohnungswesen waren geprägt von den Vorbereitungen für den Jahreswechsel 1999/2000. EDV-Anwendungen für Mietenverrechnung, Wohnungsverbesserung, Wohnbeihilfe, Wohnbauförderung, Darlehensverrechnung, Zuschussverrechnung und Wohnungsvergabe gemeinnütziger Wohnungen wurden dementsprechend überarbeitet, wobei im Zuge dieser Adaptierungen in einigen Fällen auch weiterreichende Anpassungsmaßnahmen gesetzt wurden und teilweise auch vollkommen neue Lösungen zum Einsatz kamen (z. B. für die Aktenbearbeitung in der Schlichtungsstelle für Wohnrechtsangelegenheiten).

Die **Finanzamtsbestätigungen** betreffend Wohnbauförderungsdarlehen, die früher in einem sehr arbeitsintensiven Vorgang auf Anforderung manuell erstellt wurden, werden nun automatisch erzeugt und an mehr als 3.700 Darlehensnehmer versandt.

Im Projekt **Elektronisches Wohnungs-Informationssystem (ELWIS)** trugen Änderungen an der verwendeten Datenbank sowie die verstärkte Präsenz der elektronischen Kioske auf Messen, Ausstellungen und Straßenfesten wesentlich dazu bei, dass die Zahl der Anmeldungen für geförderte Wohnprojekte über dieses System (Stationen und Internet) im Jahr 1999 um 100 % auf 7.888 gesteigert werden konnte.

Im Frühjahr 1999 wurden von der MA 17 – **Wiener Wohnen** die beiden Kundendienstzentren für den 16. und 17. Bezirk in Betrieb genommen, wobei die MA 14 – ADV für die Bereitstellung der EDV-Infrastruktur sorgte. Mit Beginn 2000 wurde aus der MA 17 der als Unternehmen eingerichtete Verwaltungszweig „Stadt Wien – Wiener Wohnen“. Auch diese organisatorische Änderung verlangte eine Reihe von – in erster Linie verrechnungstechnischen – Anpassungen.

Bei „Stadt Wien – Wiener Wohnen“ wurde ein Schritt in Richtung Vereinfachung der Mietereinsicht gesetzt, indem Auswertungen aus der Mietenverrechnung in das Archivsystem übernommen wurden und dort neben den elektronisch erfassten Belegen eingesehen werden können.

Aufgabengebiet 09: Bildung, Kultur, Pressewesen

Bibliothekssystem

Als das alte Bibliothekssystem URICA an seine Grenzen gestoßen war, wurde ein neues Bibliothekssystem ausgeschrieben. Die Wahl fiel auf bibliotheka-2000 der Fa. Bond. Dieses System ist ein modernes Client-Server-System, das den Benutzern und Bibliothekaren durch seine Bedienerfreundlichkeit zahlreiche Vorteile bietet. Weiters wurde beschlossen, alle Zweigstellen an das System anzuschließen, damit auch die Zettelkataloge hinfällig werden. 1999 wurden die Verträge mit der Fa. Bond abgeschlossen, die Datenübernahme aus dem alten System vorbereitet durchgeführt, die neue Hardware bestellt und vorinstalliert. Seit August 1999 ist das neue Bibliothekssystem im Produktionseinsatz. Die Zentrale, die Hauptbücherei und 35 Zweigstellen sind bereits in Betrieb. Die restlichen Zweigstellen werden laufend angeschlossen.

Aufgabengebiet 10: Städtische Einrichtungen

MA 30

Im Zuge der umfangreichen Vorbereitungen in der MA 30 wurde auch das **Laborsystem** LabManager auf die neueste Version des Laborpakets umgestellt. Damit war beginnend mit der Netzausstattung des Labors nahezu die gesamte Hard- und Software-Ausstattung von den Neuerungen betroffen.

MA 33

Neben der Einbindung mehrerer Prozessrechner der MA 33 in das ADV-Netz und Inventarsystem wurde die **Lagerverwaltung PRODIS** durch Wechsel des Betriebssystems und der Datenbankversion für das Jahr 2000 vorbereitet. Im Zuge der Umstellungen für das Jahr 2000 konnte auch die letzte PDP11 abgebaut werden.

MA 46

- In der MA 46/P (Landesfahrzeugprüfstelle) wurde ein modernes **Computernetzwerk** installiert. Weiters wurde die MA 46/P über eine leistungsfähige Verbindung an die ADV angeschlossen.
- Da die **Landesfahrzeugprüfstelle** Anfang 2001 in ein neues Gebäude übersiedeln soll, wurde unverzüglich nach Bekanntwerden dieser Änderung mit den Vorarbeiten zur Beschaffung der erforderlichen EDV-Ausstattung begonnen.
- Beim Projekt **Paragraph-90-Verfahren** konnten aufgrund der Probleme mit der eingesetzten Technologie und der mit der Realisierung beauftragten Fa. Synergis nicht die erwünschten Ergebnisse erzielt werden und es kam zu Verzögerungen bei Auslieferung und Einsatz. Erst im November 1999 konnte ein Probetrieb begonnen werden, dessen Ergebnisse nach Einarbeitung durch die Firma zu einer neuerlichen Destabilisierung des Systems führten. Der Betreuer war sowohl im Rahmen der Organisation und Koordination von Auftraggeber und Auftragnehmer gefordert als auch durch eigene Eingriffe in die Kommunikations-Abläufe, um diese zu beschleunigen.
- Für die Berechnung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) wurde ein **Integrierter Verkehrsingenieursarbeitsplatz** der Fa. PTV (Berechnung, Planung von VLSA) ausgeschrieben, beschafft, auf 10 Arbeitsplätzen in Produktion gebracht und der Betriebsführung übergeben. Als integratives Zusatzwerkzeug zu diesem Arbeitsplatz wurde eine Projektverwaltung für VLSA-Projekte zu Ende des Jahres, aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Einsatz des Arbeitsplatzes geschaffen.
- Für die zentrale Sammlung und Verwaltung der Daten der MA 46 wurde eine ORACLE-Datenbank als **MA 46-Datenpool** eingerichtet, in die u. a. Daten der Projekte Verkehrsingenieursarbeitsplatz, Verkehrszählungen, Paragraph-90-Verfahren, Adressen usw. integriert werden sollen, sodass sie allen Mitarbeitern der MA 46 an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung stehen.

Aufgabengebiet 11: Allgemeine Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit

Informationssysteme

Wien Online, das Informationssystem für die Wiener Bürger, wurde im Vergleich zum Vorjahr noch stark erweitert. In Wien Service, dem interaktiven Angebot mit Zugriff auf Datenbanken, wurden weitere grafische Informationssysteme (z. B. Flächenwidmung der Stadt Wien, verkehrswirksame Baustellen auf Wiens Straßen) integriert.

Wien Intern, die Informationsplattform für die Bediensteten des Magistrats, wurde umfassend überarbeitet, strukturiert und erweitert. Besonders sind dabei die verbesserten Suchmöglichkeiten, ein Verständigungsservice per E-mail, das verbesserte Layout und die verbesserte Druckbarkeit anzuführen.

E-Commerce-Aktivitäten der Stadt Wien

Entwickelt wurde eine allgemeine Systemarchitektur für den Datenaustausch der Stadt Wien mit ihren Geschäftspartnern über das Internet, unter Verwendung von XML-Technologien. Als erster Geschäftsfall wurden die Vorschriften für Abgaben im Bereich der Hausverwaltungen, basierend auf dieser Systemarchitektur, entwickelt und in Einsatz gebracht.

E-Service der Stadt Wien

Das Projekt bildet ein Bündel von Projekten, die ebenfalls Telematikentwicklungen sind, jedoch in eigenen Projekten sach-, dienststellen- und auftragsbezogen von der MA14 – ADV durchgeführt werden. Es handelt sich dabei um Projekte wie z. B. Wahlen, Bestellungen, Voranschlag, Erklärungen, Ausschreibungsankündigungen, Wien Service als e-commerce-Plattform (EC-Plattform), Wien Grafik Shop Erneuerung, Frage- und Antwort-Systeme, Formularsysteme und Kiosksysteme. Hinzu kommen Projekte aus den Bereichen Verzeichnisdienste, Networking und Security (Signatur), die wesentliche Voraussetzungen für e-commerce und Telematikanwendungen bilden.

Im Sinne der Serviceorientierung für den Bürger, die Wirtschaft und zur effizienten Bewältigung der eigenen Geschäftsprozesse ist die Unterstützung und der Ausbau der EDI-(electronic data interchange) und EC-Fähigkeit der Verwaltung anzustreben. Angestrebt wird die Integration der Geschäftsprozesse sowohl in die Back-end-Systeme der Verwaltung wie auch in jene des Kunden, sodass durch die elektronische Geschäftsabwicklung für beide Businesspartner eine Gewinnsituation entsteht.

Vienna Access Point

Im Rahmen der „Vienna Access Point“-Initiative der Stadt Wien werden der Wiener Bevölkerung bürgerfreundliche Terminals zur Verfügung gestellt. Die BürgerInnen können Amtswege elektronisch erledigen – dieses Service wird auch schon sehr gut angenommen. Von Anfang an waren die Terminals stark frequentiert – ca. 38.000 Zugriffe pro Woche werden verzeichnet. Am häufigsten nachgefragt werden Informationen über Wohnungen, Jobs, Apotheken und Ärzte. Doch trotz intensiver Nutzung ist klar, dass der menschliche Kontakt zwischen BürgerInnen und Verwaltung durch neue Technologien nicht ersetzt werden kann und soll. Es wird daher eine zukünftige Herausforderung für die Verwaltung sein, die Möglichkeiten der modernen Technologie zum Vorteil der Kundenbetreuung dort einzusetzen, wo sie mit den Interessen der BürgerInnen am wirksamsten in Einklang zu bringen sind.

Infosound (EU-Projekt)

Infosound kann als ein offener, für alle zugänglicher Informationsraum bezeichnet werden, der als Bindeglied zwischen Anbietern und Benutzern von Informationen dient. Benutzerfreundliche und selbsterklärende Multimediaapplikationen werden 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche auf Multimedia-PCs, über Internet, interaktives Cable TV (CATV) und Multimediakioske, die in Nachbarschaftszentren, Bürgerservicezentren oder auf öffentlichen Plätzen aufgestellt werden, angeboten.

Abschluss des Ten Telecom Projektes Infocities (EU-Projekt)

- Verwendung von ICT (Informations- und Kommunikationstechnologie), um Informationen und Dienstleistungen aus verschiedenen öffentlichen Stellen durch Bereitstellung von „one-stop shopping points“ an den Bürger zu bringen
- Bereitstellung eines besseren Zugangs zu Bürgerdiensten
- Zurverfügungstellen von neuen, so genannten „value added service“ für Unternehmungen und Dienstleistungsbetriebe
- Einführung eines technologisch hoch entwickelten Werkzeugs, um Bürgern und Touristen den Zugang zu Dienstleistungen zu ermöglichen
- Installieren eines virtuellen (vernetzten) Zentrums für das Datenmanagement. Dieses soll die Provider integrieren und das System durch eine breite Palette von technischen Möglichkeiten und Werkzeugen zugänglich machen. Dieses Zentrum soll auch der Referenzpunkt für die Verwendung von intelligenten „Citizen Cards“ sein.

Global Village 99

Die Global Village wurde im Jahr 1999 erstmals von der MA 14 – ADV organisiert. Unter Mitwirkung weiterer Dienststellen liefen die Vorbereitungen zur Umsetzung des Themas „Bildung – Lebenslanges Lernen – neue Formen des Lernens“, welches den inhaltlichen Schwerpunkt der Global Village 1999 bildete. Der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wurde anhand konkreter Beispiele verständlich gemacht. Mehr denn je sollen interessierte BürgerInnen aus unterschiedlichsten Altersstufen angesprochen werden. Die Global Village stellte eine Plattform für unterschiedlichste neue Initiativen und Angebote auf dem Gebiet des Internets dar. Auch optisch war daher vieles anders als bei sonstigen klassischen Ausstellungen. Es gab keine „Ausstellungsobjekte“, sondern viele PCs mit Betreuungspersonal, die für die BesucherInnen zum Testen und Ausprobieren bereitstanden. Abendevents, Workshops und Diskussionen ergänzten das digitale Angebot.

Auch auf dem Gebiet der Bildungserver gibt es bereits ein stattliches Angebot. Hier haben PädagogInnen unter anderem Zugang zu Online-Medien, Diskussionsforen sowie umfassenden Materialiensammlungen von Unterrichtsprojekten. Ganze Unterrichtsstunden sind einfach abrufbar und können von allen LehrerInnen – auch über Landesgrenzen hinweg – verwendet werden.

Die Möglichkeiten des Online-Lernens gehen weiter: Immer mehr Lernprogramme sind verfügbar und sie werden didaktisch immer besser.

Produktion, Dienststellenspezifische Leistungen

Im Bereich der Großanlage kam es 1999 zu folgenden Veränderungen:

Erweiterung Plattenspeicher

Die Gesamtkapazität wurde um 360 Gigabyte (GB) auf insgesamt 900 GB erweitert. Dabei erfolgte ein teilweiser Ersatz älterer Laufwerkmodelle, sodass jetzt die gesamte Konfiguration lokal gespiegelt wird. Durch diese Lösung konnte ein wesentlicher Zuwachs an Datensicherheit im Bereich der Großanlage gewonnen werden.

Neuer Kassettenroboter

Seit Ende November befindet sich der neue Kassettenroboter für die Großanlage im Produktionseinsatz. Er besteht aus zwei Teilen: Einer Erweiterung des SAP-Roboters in der MA 14 – ADV (4 Magstar-Laufwerke) und einem Virtual Tape Server im Rathaus (32 logische Laufwerke 3490). Die theoretische Gesamtkapazität beträgt 22 Terabyte (TB), wobei die 15.000 Kassetten des alten Roboters auf 300 Kassetten des neuen Roboters gespeichert werden können. Mit dieser Lösung konnte ein wesentlicher Sicherheitszuwachs für die Daten der Großanlage erreicht werden, da die Originaldaten und die Sicherungen dieser Daten jetzt auf zwei getrennten Lokationen gehalten werden. Zusätzlich entfällt der manuelle Aufwand zur Auslagerung von Kassetten (Rathaus und 3. Untergeschoss Forum).

Neue Großanlage

Am 11. 12. 1999 wurde die neue Großanlage COMPAREX C2000-328 installiert und in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um einen CMOS-Rechner der Generation 5 mit 3 Prozessoren, einer Gesamtleistung von 320 million instructions per second (MIPIS) (bisher 210) und einer Einzelprozessor-Leistung von netto 107 MIPS (bisher 52).

Produktionseinsatz Call Handling-System

Am 15. November 1999 erfolgte der Produktionseinsatz des Call Handling-Systems mit folgenden Funktionen:

- Erfassen, dokumentieren, weiterleiten, erledigen und auswerten von Störungsanrufen
- Einbindung der Userdaten aus dem X500
- Online-Zugriff auf die SAP-Equipmentdaten
- Aufnahme- und Lösungskategorisierung
- Eltern/Kind-Zuordnung (Verständigung der Kindertickets bei Erledigung des Elterntickets)
- Kontakthistorie (vom Anrufer früher gemeldeten Störungen)
- Gerätehistorie (zum Gerät früher gemeldeten Störungen)
- Benachrichtigungsfunktionen (über erhaltene Störungen)
- Volltextsuche im Freitext
- Eskalationsregeln (Verständigung definierter Hierarchiestufen über abgelaufene Behebungszeiten)
- Automatische Aufnahme von Störungen via E-mail
- Intranetzugang zum Call Handling-System

Am 13. Dezember 1999 erfolgte der Einsatz der Telefonintegration (Callcenter-Anlage) mit folgenden Funktionen:

- Vorselektionsmöglichkeiten durch den Anrufer (IVR)
- Automatische oder gesteuerte Anrufverteilung und Anrufzuordnung (ACD)
- Alle Telefonfunktionalitäten sind mit dem PC durchführbar

- Identifizierung aller eingehenden internen und externen Anrufe
- Anzeige über die Auslastung und Zustände der einzelnen Agenten
- Statistiken über Verteilung und zeitliche Aufteilung aller Anrufe
- Automatische Erstellung eines Trouble Tickets bei Anrufentgegennahme und Verknüpfung der identifizierten Rufnummer mit Name auf Basis der X500-Datenbank
- Weiterleitung des Trouble Tickets inklusive Anrufer zum Support
- Information der Agenten über in der Warteschlange wartende Anrufer

Mit dem Einsatz des neuen Call Handling-Systems inklusive Telefonintegration erfolgte eine Anpassung an die rasche Entwicklung der IT-Branche sowie ein weiterer Schritt in Richtung eines kundenorientierten, modernen und effizienten User Helpdesks.

Netz der MA 14 – ADV

- Auch 1999 hat sich die Anzahl der an das Netzwerk angebotenen EDV-Geräte wieder wesentlich erhöht und der aktuelle Stand vergebener IP-Adressen steht derzeit bei ca. 17.500.
- Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Erweiterung des Netzwerks war der Remote access-(RAS-)Bereich. Nicht nur dass eine immer größere Anzahl von Personen von zu Hause im Zuge ihrer Aufgabenerledigung auf Funktionen des Netzwerks zugreifen muss, es werden auch immer mehr von kleinen EDV-Standorten (1 bis 4 EDV-Geräte) an das Netzwerk des Magistrats der Stadt Wien angebunden. Im Jahr 1999 wurden somit ca. 150 solche kleine Netzsegmente über HICOM-ISDN angebunden.
- Installierung von redundanten Netzstrukturen an den Standorten Forum, Rathaus und Muthgasse entsprechend des PRO-IN-Berichtes. Somit sind alle wichtigen Netzwerkkomponenten an diesen Standorten zweifach vorhanden und der Ausfall einer Komponente hat somit keine Auswirkungen auf das Betriebsverhalten für den EDV-Benutzer.
- Y2K-Vorbereitungen. Im Zuge dieses Projekts wurden die Netzwerkkomponenten auf ihre Y2K-Tauglichkeit überprüft und bei Bedarf wurden Hard- und Software-Upgrades vorgenommen. Ältere Komponenten, bei denen ein Hardware-Upgrade nicht mehr wirtschaftlich gewesen wäre, wurden komplett getauscht. Damit wurde nicht nur das Y2K-Problem gelöst, sondern auch die vorhandenen Netzstrukturen erneuert und die Leistungsfähigkeit dem Stand der Netzwerktechnik angepasst. Diese Tätigkeit umfasste den Austausch von 100 Netzwerkkomponenten an 50 unterschiedlichen Standorten. Durch den Einsatz von Switches im Workgroup-Bereich, speziell im Rathaus, aber auch an vielen anderen Standorten, konnte die Leistungsfähigkeit der Netzstrukturen an diesen Standorten um ein Vielfaches gesteigert werden. Gleichzeitig wurde auch hier versucht, durch die Installierung von redundanten Leitungsverbindungen die Verfügbarkeit des Netzwerks zu steigern. Diese Erneuerung hat es dann auch ermöglicht, dass neue Technologien wie z. B. IP/TV im Zuge eines Pilotprojektes eingeführt werden konnten. Mit IP/TV wird es möglich, dass Bild- und Sprachinformationen aus dem Gemeinderat-Sitzungssaal über die vorhandenen Netzstrukturen übertragen werden können.
- Erwähnenswert wäre auch noch die Anbindung der Standorte der MA 31 und MA 49 im südlichen Niederösterreich. Hier wird erstmals nicht eine Datenverbindung im herkömmlichen Sinn verwendet, sondern mittels Richtfunk und einer Bandbreite von 2 Mbit werden diese Standorte (aufgefädelt wie auf einer Perlenkette) mit der Zentrale in der Grabnergasse verbunden. Für das Jahr 2000 ist die Fertigstellung geplant und diese beinhaltet die Schaltung eines redundanten Leitungsweges, um bei einem Ausfall einer Richtfunkstrecke dennoch die Verbindung zwischen der Zentrale und den Außenstellen aufrecht halten zu können.
- Abschließend sei noch erwähnt, dass an mehreren großen Standorten durch die Erneuerung der Kabelinfrastruktur entsprechende Randbedingungen geschaffen wurden, um rasch und in einwandfreier Qualität neue EDV-Geräte an das Netzwerk anzuschalten. Die Inbetriebnahme dieser neuen Kabelanlagen war dann auch mit der Erneuerung der vorhandenen Netzwerkkomponenten verbunden (Magistratisches Bezirksamt für den 2. Bezirk, Dresdner Straße, Friedrich-Schmidt-Platz etc.).

Interne Projekte, unterstützende Dienste der MA 14 – ADV

Personalwesen

Die MA 14 – ADV verfügt mit Dezember 1999 über 398 Dienstposten und 6 Ausbildungsdienstposten. Im Jahreschnitt waren 5 Dienstposten unbesetzt. Im Jahr 1999 sind insgesamt 10 Personen aus der MA 14 – ADV ausgeschieden und 26 Personen neu eingetreten.

Ausbildung

Insgesamt wurden heuer rund 410 Veranstaltungen für ca. 3.600 TeilnehmerInnen selbst veranstaltet bzw. in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie (MD-VA), der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR) und Fremdfirmen organisiert. Davon waren ca. 1.800 TeilnehmerInnen aus Fachabteilungen in dezentra-

len EDV-Funktionen oder PC-EinsteigerInnen. Weiters wurde die budgetäre Planung für die Bereiche Schulungs- und Beratungsleistungen und Literatur in Abstimmung mit internen (Budgetreferat der MA 14 – ADV) und externen (MD-VA) Stellen durchgeführt. Bei der Erstellung der mitarbeiterspezifischen Ausbildungspläne sowohl für die MA 14 – ADV als auch für das EDV-Personal in den Fachabteilungen wurden Beratung und Unterstützung geleistet. Die Teilnahme und Repräsentation an diversen Ausstellungen und Messen wurde mitorganisiert, Unterlagen dafür wurden inhaltlich und formal gestaltet. Rund 10 Führungen wurden für Besucher aus dem In- und Ausland sowie für Schüler und Studenten in der MA 14 – ADV organisiert und betreut.

Die EDV-Aus- und Fortbildung von EDV-Personal in den Fachabteilungen gewinnt immer mehr an Bedeutung und nimmt auch quantitativ zu. 1999 wurde das PC-Lernstudio als besondere Serviceleistung der MA 14 – ADV für jene KollegInnen in Fachabteilungen weiter fortgeführt, die noch keine Erfahrungen mit dem PC haben.

Neben den bereits zum Standardprogramm gehörenden fachlichen und persönlichkeitsbildenden Aus- und Fortbildungsveranstaltungen wurden auch neue Schwerpunkte auf dem Gebiet der Personalentwicklung mit der MD-VA gesetzt.

Vom Info-Blatt zu ADVaktuell

Die bisherige Informationsbroschüre Info-Blatt wurde durch das neue ADVaktuell abgelöst. Mit dieser neuen Broschüre werden nunmehr alle EDV-AnwenderInnen viermal jährlich mit wichtigen Informationen aus dem EDV-Bereich versorgt. Die Beiträge sind in verständlicher Formulierung und anschaulicher Darstellung vermittelt. Es werden vor allem EDV-AnwenderInnen und erst in zweiter Linie EDV-Fortgeschrittene angesprochen. Der Zugang und die Anwendung von EDV sollen erleichtert und vor allem Zusammenhänge im größeren Rahmen besser verstanden werden. Bestimmte Themenstellungen wie Office (Büroanwendungen), Internet und Intranet, EDV-Aus- und Weiterbildung, Informationen von EDV-ReferentInnen und auch konkrete Erfahrungen aus Fachabteilungen sind die Hauptinhalte von ADVaktuell.

ADV-Anwenderforum

Im ADV-Anwenderforum werden die Inhalte auf bestimmte Personenkreise abgestimmt. Ziel ist es, die EDV-AnwenderInnen durch gezielte Informationen zu unterstützen. Beim Ablauf der Veranstaltungen wurde grundsätzlich die Vortragsform bevorzugt. Themenabhängig werden auch Workshops und moderierte Diskussionen stattfinden, um den Erfahrungsaustausch zu unterstützen. Neben der Vermittlung von Know-how ist die Pflege des Kundenkontaktes eines der Anliegen des ADV-Anwenderforums.

ELAK-Profi-Umstellung

Elektronische Akte (ELAK) ist eine Integrationsplattform für eine einheitliche, nachvollziehbare, auswertbare, elektronische Aktenführung bzw. Protokollierung in allen Formen mit hoher Auskunftsfähigkeit. Je nach Anforderung kann auch Workflow in allen Ausprägungen eingebunden werden.

FABAsoft Components/ELAK soll das bisher eingesetzte Aktenverwaltungssystem Profi ablösen und mittels einer flexiblen und skalierbaren Architektur den „Papier-Akt“, den „Papierlosen Akt“ und den „Elektronischen Akt“ gleichermaßen unterstützen. Darüber hinaus können rasch fachspezifische Applikationen entwickelt werden, wie zum Beispiel der „Wohnwerberakt“ in der MA 17 – Wiener Wohnen. Dabei wurde die reichhaltige Basisfunktionalität von FABAsoft Components (Elektronischer Schreibtisch, Dokumentenmanagement inkl. Scanning, ELAK, Workflow, Integration mit Microsoft-Office, Integration mit MS-Exchange und MS-Outlook, Integration der MS-Volltextsuche, Intranet-/Internet-Integration usw.) genutzt, um mit möglichst geringem Aufwand die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen.

FABAsoft Components ermöglicht einerseits eine zeitgemäße elektronische Unterstützung für die Aktenführung und Aktenbearbeitung von Papier-Akten, andererseits beinhaltet es auch eine Workflow-Komponente (automatisierte Aktenläufe), die die Einführung der „elektronischen Akte“ ermöglicht. Das System unterstützt Ad-hoc-Abläufe, stark strukturierte oder teamorientierte Geschäftsprozesse gleichermaßen. Weiters unterstützt es die Dokumentation und Archivierung prozessbegleitender Informationen (Unternehmensgedächtnis), um Vorgänge transparent und nachvollziehbar und Wissen organisationsweit verfügbar zu machen. Dieses System soll somit alle Formen der Aktenführung technisch unterstützen und Voraussetzungen für organisatorische Verbesserungen schaffen.

Office Competence Center

Projekt Open Office

Die Gesamtuseranzahl hat sich von 9.189 zu Beginn des Jahres 1999 auf 10.597 Ende 1999 erhöht. Die 62 % Integrierte-Büroverwaltungssystem-(IBS-)Benutzer im Jänner 1999 konnten bis zum Dezember 1999 auf 33 % reduziert werden. Somit arbeiteten zum Jahreswechsel bereits rund zwei Drittel aller Benutzer mit Open Office-Systemen. Fast die Hälfte (rund 45 %) auf Exchange Servern mit Outlook. Sämtliche Projektziele konnten auch 1999 termingerecht, teilweise sogar vorzeitig erreicht werden. Mitte 1999 wurde mit der vollständigen Ablöse des Mail-Clients Teamlinks begonnen. Diese Ablöse konnte rechtzeitig vor dem Jahreswechsel erfolgreich abgeschlossen werden.

Produktbetreuung 9816 bzw. 9815/2

Mit 1. 1. 1999 nahm die Produktbetreuungshotline 9816 vorerst halbtags ihren Betrieb auf. Bereits in kürzester Zeit wurde dieses neue Service positiv angenommen, wodurch am 1. 4. 1999 der Betrieb ganztägig von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr erweitert wurde. Im Dezember 1999 wurde die Klappe 9816 in den Hotline-Verbund 9815 eingegliedert und in das neu eingesetzte Call Handling-System unter 9815/2 integriert. Derzeit langen im Schnitt ca. 150 Calls pro Woche ein, wovon ca. 100 Calls direkt von der Produktbetreuung gelöst werden.

Projekt IBS2000 im KAV

Im Februar 1999 wurde die MA 14 – ADV mit der Projektleitung sowie dem technischen Consulting für das Projekt IBS2000 des KAV beauftragt. Ziel war es, die ursprünglich 6.500 IBS-Benutzer zu bereinigen bzw. wo notwendig auf Jahr-2000-fähige Versionen umzustellen. Gleichzeitig sollte zur Erleichterung der Administration die Rechnerzahl der IBS-Rechner deutlich reduziert werden.

Sämtliche Termine und Meilensteine konnten eingehalten werden. Mit erfolgreichem Abschluss des Projektes wurde im KAV nur noch ein zentraler IBSnext-Rechner mit 3.800 Benutzern betrieben. Die restlichen Benutzer konnten bereinigt und 47 IBS-Rechner abgebaut werden.

SAP-Einsatz

Folgende generelle Zielsetzungen werden mit der Durchführung des Projektes verbunden:

- Einführung einer Kostenrechnung sowie eines Controllings für Planungs-, Steuerungs- und Kontrollzwecke
- Verbesserung der Materialwirtschaft
- Automatisierung der Einkaufsabwicklung bei gleichzeitiger Verbesserung der Finanzüberwachung sowie einer systemgesteuerten Möglichkeit der mengen- sowie wertmäßigen Überprüfung von Bestellungen, Lieferungen und Rechnungen
- Bessere Unterstützung des Bereichs Instandhaltung und Störungsbehebung

Die Komplexität der Zielsetzungen erforderte den Einsatz einer integrierten EDV-Lösung, im konkreten Fall SAP R/3, die zu jeder Zeit Antwort auf nachfolgende Fragestellungen liefert:

- Kosten einzelner Bereiche
- Detailkosten innerhalb der Bereiche in beliebigen Gliederungsstufen
- Anlagevermögen
- Inventar
- Lagerbestand und Lagerwert
- Anlagenzustand (Instandhaltung)
- Planungen im Bereich Budgetbelastung durch geplante Maßnahmen
- Erkennen von Einsparungspotentialen

Mit dem SAP-Teilprojekt in der MA 14 – ADV werden die alten Kosten- und Leistungsrechnungsprogramme und die übrigen Inhouse-Programme (LASYS, SIGNAL, Zeiterfassung) zur Sicherstellung und Erweiterung der Verrechnung nach dem Jahr 1999 ersetzt und die interne Abwicklung in ein einheitliches EDV-System integriert. Damit sollen auch weitere betriebswirtschaftliche Methoden umgesetzt werden. Das Kernsystem soll Ende 1999 produktionsreif sein.

Die Verknüpfung betriebswirtschaftlicher Abläufe über Referatsgrenzen hinweg zu durchgängigen Geschäftsprozessen soll erreicht werden. Die enge Verknüpfung zwischen dem Güter- und dem Finanzkreislauf des Unternehmensbereiches ermöglicht umfangreiche Auswertungen nach verschiedensten Kriterien. Erst dadurch wird ein effizientes Controlling möglich. Charakteristisch ist die Einheit zwischen Mengen- und Wertefluss. Daten aus dem Logistikbereich sollen dort, wo es erforderlich ist, direkt an das Rechnungswesen zur Weiterverarbeitung übergeben werden.

Im Projekt wurden die folgenden 3 Kernprozesse mit den zugehörigen Unterstützungsprozessen definiert:

- EDV-Dienstleistungen
- Beschaffung von Investitionsgütern und aktivierbaren Fremdleistungen
- Störungsbehebungen und ungeplante Instandhaltungen

Die Gestaltung der Abläufe soll rationell sein. Ein Hauptfaktor ist dabei, dass ein Geschäftsfall nur einmal und damit vollständig erfasst wird. Es werden somit alle in diesem Zusammenhang anfallenden Daten und Informationen eingegeben, überprüft und verarbeitet. Voraussetzung dafür ist ein integratives und möglichst den gesamten notwendigen Funktionsumfang abdeckendes EDV-System für alle operativen Abwicklungen und Mitarbeiter, die bereit und fähig sind, auch über ihre eigenen Tätigkeitsfelder hinaus für andere Bereiche Erfassungs- und Prüftätigkeiten vorzunehmen.

Das öffentliche Beschaffungswesen ist derzeit nicht in SAP abbildbar, ebenso machen die Planung und Verfolgung des Haushaltsbudgets große Schwierigkeiten, intern tritt an deren Stelle CO-Planung und CO-Budget (CO: SAP-Modul für Controlling).

Ein Kernstück der betriebswirtschaftlichen Anforderung ist vor allem die wertmäßige Kontrolle und Steuerung von Kundenprojekten und – von diesen ausgehend – des operativ-betriebswirtschaftlichen Betriebsergebnisses. Die Planungs-, Verrechnungs-, Kosten- und Erlöszuordnungsmethodik und Berichtsdarstellung ist so aufzubauen, dass den

einzelnen Verantwortungsebenen nur die von ihnen verursachten bzw. verantwortbaren Daten zugeordnet werden. Ziel muss es sein, den operativ Verantwortlichen ein derart transparentes Planungs- und Berichtsinstrumentarium zur Verfügung zu stellen, dass diese in der Lage sind, selbststeuernd Ergebnisoptimierung und Planerfüllungspolitik betreiben zu können. Voraussetzung ist konkret ein erheblich erweitertes Berichtswesen, umfangreichere Stammdatenpflege und eine gut im Bewusstsein der Mitarbeiter verankerte Kostenrechnung und eine ausführlichere Planung als bisher.

SAP-Hotline

Die SAP-Hotline wurde im Zuge der Einführung des betriebswirtschaftlichen Software-Systems SAP R/3 bei der Stadt Wien etabliert.

Die Personalplanung und -suche begann im Jänner 1999. Mit der ersten personellen Besetzung konnte die Hotline bereits im Mai dieses Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen. Anfang Oktober war die Hotline-Mannschaft vollständig rekrutiert und umfasst in der 1. Ausbaustufe 6 Bedienstete, welche jeweils für ein SAP-Modul zuständig sind.

Die Aufgaben der Hotline waren bzw. sind:

- Unterstützung des Projektgeschehens im Zusammenhang mit der SAP-Einführung, welche gemeinsam mit Projektleitern und Modulberatern der MD-BC bewerkstelligt wurde
- Modulweise Hotline-Unterstützung für die Keyuser in den Dienststellen
- Fehlerbehebung (teilweise in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion – Betriebswirtschaft und Controlling)
- Mitarbeit bei diversen Tests
- Mitarbeit bei Schulungen der User

Betriebsführung SAP

Bereits Anfang 1998 wurde das Referat EPS mit der Aufgabe einer Konzepterstellung für einen SAP-Betrieb beauftragt. Die dafür notwendige Hardware wurde im Rahmen einer Ausschreibung gemeinsam mit dem KAV beschafft. Die echte Implementierung erfolgte von Dezember 1998 bis August 1999. Im Frühjahr 1999 wurde die Entwicklungs- und Testumgebung von den Prototyp-Maschinen auf die neue Konfiguration verlegt.

Die Betriebsführung wurde primär aus den Reihen des Referats EPS und Neuaufnahmen rekrutiert. Derzeit sind 6 Personen für den Betrieb zuständig. Um einen 7-mal-24-Stunden-Betrieb zu gewährleisten, wurde eine Bereitschaft mit 4 Personen eingeführt. Durch die Einführung einer betriebsunterstützenden Überwachungs-Software erwarteten wir eine frühzeitige Erkennungsmöglichkeit von Problemen, damit gegebenenfalls präventive Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Unser Ziel ist eine Verfügbarkeit von 99,9 % während der Normalarbeitszeit auf dem Produktionssystem zu erreichen. Dabei soll die durchschnittliche Antwortzeit nicht mehr als zwei Sekunden betragen.

Die Desastervorsorge wurde durch die Etablierung eines Ausfallsrechenzentrums im AKH erreicht.

Jahr 2000

Die bereits 1997 in Angriff genommenen erforderlichen Adaptierungen bzw. Ablösen von Anwendungen wurden plangemäß fertig gestellt und in den Wirkbetrieb übernommen. Rechnungswesen, Bezugsverrechnung und Wohnen sind nur einige der vielen Anwendungen, die auf die Erfordernisse des Jahres 2000 anzupassen waren. Im Jahr 1999 selbst gab es drei Schwerpunkte:

- Erstens die so genannten Zeitreisen, wo praktisch alle Anwendungen, die in der MA 14 – ADV entwickelt wurden, in speziellen, abgeschotteten Systemen mit verschiedenen Systemdatumswerten ab dem 1. 1. 2000 getestet wurden, wobei dem „Sonderschalttag“ 29. 2. 2000 besonderes Augenmerk gewidmet wurde. Diese Zeitreisen waren nicht nur Prüfstein für die Anwendungen selbst, sondern auch für andere Systemkomponenten wie Datenbanken, Netz usw.
- Zweitens wurde die speziell für die Bedarfe der Fachdienststellen beschaffte Software (Brückenwaage Rinterzelt, die Lagerverwaltung PRODIS etc.) in Zusammenarbeit mit Lieferant bzw. Hersteller auf die Jahr-2000-Festigkeit geprüft und gegebenenfalls durch neuere Versionen ersetzt.
- Drittens galt es, auf allen Arbeitsplatz-Rechnern für die Standard-Software (Windows, Office, E-Mail) Jahr-2000-feste Versionen zu installieren, wobei hier auch die Mitarbeit der EDV-Referenten hervorzuheben ist.

Eigentlich ein Vorgriff auf den nächsten Bericht ist es, dass nach Umsetzung des „Aktionsplans 2000“, wo am 1. und 2. Jänner 2000 alle Systeme nochmals überprüft wurden, am ersten Arbeitstag, dem 3. 1. 2000, insgesamt nur 8 Störungen im Zusammenhang mit dem Jahr 2000 gemeldet wurden, die ausnahmslos noch am gleichen Tag behoben werden konnten. Keine dieser Störungen hatte Auswirkungen auf gespeicherte Daten. Auch für die Benutzer gab es praktisch keine Beeinträchtigungen.

Eine erste Abrechnung der Aufwände ergab, dass den geschätzten Kosten von ATS 30 Mio. (u. a. in einem Kurier-Artikel vom April 1998 publiziert) Ist-Kosten von ATS 29,5 Mio. gegenüberstehen. Diese Ist-Kosten können sich noch geringfügig erhöhen, da die Monatsabschlussarbeiten für den Jänner und der Schalttag 29. 2. 2000 noch bevorstehen.

Einkauf

Im Rahmen der Beschaffung wurden Ausschreibungen durchgeführt und die Angebote wirtschaftlich bewertet. Die über das Leistungsanforderungssystem teilweise begründeten weitergeleiteten Anforderungen wurden bearbeitet und mit entsprechenden Verträgen und Auftragschreiben realisiert. Über ADV-direkt wurde die Auslieferung von PCs abgewickelt. Bei Überschreiten der Magistratskompetenzengrenze wurden die entsprechenden Vergabeanträge an die zuständigen Gremien der Stadt Wien gestellt.

Wirtschaftsangelegenheiten

Im Berichtszeitraum wurde eine magistratsweite Inventur durchgeführt und die Daten im Anlagenverwaltungssystem SIGNAL korrigiert. Es wurde ein Mengeninventar für sämtliche EDV-Geräte der Dienststellen in der Verantwortung der MA 14 – ADV (ausgenommen MA 56 und MA 43) erstellt sowie Skartierungen durchgeführt und Inventargegenstände ausgeschieden.

Sonderbericht: 25 Jahre Grafische Datenverarbeitung im Magistrat der Stadt Wien

Die Wiener Stadtverwaltung hat frühzeitig erkannt, dass grafische Datenverarbeitung neue Möglichkeiten der Informationsvermittlung eröffnet. Nach Sondierungen in den Jahren 1972/73 ist 1974 der praktische Einsatz begonnen worden. In den nunmehr 25 Jahren hat die innovative Technologie eine weite Verbreitung in der Wiener Stadtverwaltung gefunden. Diese Pionierarbeiten haben dazu geführt, dass die Stadt Wien auf diesem Gebiet international eine Spitzenstellung einnimmt. Diese Tatsache spiegelt sich in der Teilnahme an zahlreichen internationalen Kongressen wider, von denen zwei davon in Wien unter der fachlichen Mitwirkung der Stadt Wien stattfanden.

Meilensteine in der Einführung der digitalen grafischen Datenverarbeitung in der Stadt Wien:

- 1974: Installation eines vollelektronischen Digitalisiergerätes
Diese Geräte sind für die Umwandlung von „analogen“ Grafiken, insbesondere Plänen und Karten, in eine digitale Form entwickelt worden. Die digitalen Grafiken können dann EDV-mäßig weiterverarbeitet werden. Es handelte sich bei diesem Gerät um einen vollkommen neuen Digitalisierertyp, der auf mechanische Messgeber verzichtete. Stattdessen wurden die Koordinaten bereits mit einer Messlupe vollelektronisch gemessen und gemeinsam mit digital verschlüsselten Objektdaten auf Magnetband aufgezeichnet. Ein Prinzip, nach dem heute alle Digitalisiergeräte arbeiten.
- 1975: Das Jahr darauf brachte eine weitere revolutionäre Geräteinstallation. Für das automatische Zeichnen wurde ein Fotoplotter angeschafft, der erste in Österreich. Statt Tusche zu verwenden „zeichnete“ ein Lichtstrahl, dessen Intensität und Breite automatisch gesteuert wurde, auf einen fotografischen Film. Damit konnte ein nahezu operatorloser Zeichenbetrieb mit höchster Qualität aufgenommen werden. Das Präzisionsgerät diente 16 Jahre lang, ein ungewöhnlich hohes Alter für Geräte der EDV.
- 1976: In diesem Jahr wurde als erstes Großprojekt die Digitalisierung des Räumlichen Bezugssystems Wien (RBW) abgeschlossen. Es handelte sich damals um eine neuartige geografische Datenbank, die Adressen mit den räumlichen Flächeneinheiten und dem Straßennetz verknüpft. Diese Datenbank hat inzwischen eine Schlüsselstellung in der Stadtverwaltung eingenommen. Bescheide werden auf diese Weise dem jeweiligen Ort zugeordnet, die regionale und lokale Koordinationstätigkeit, insbesondere im Straßenbereich, greift auf diese Datenbank zu, die nicht nur innerhalb der Stadtverwaltung, sondern auch außerhalb (z. B. von der Wiener Wirtschaft) genutzt wird.
- 1978: Für die interaktive Bearbeitung von Plänen und Karten wurde eine Hochleistungs-CAD-Anlage angeschafft. Mit diesem Datum beginnt die CAD-Bildschirmarbeit im Magistrat. Die Software dieser Hochleistungsanlage ist in neueren Versionen noch heute im Gebrauch.
- 1979: Der Bedarf an automatischen Zeichnungen stieg drastisch an, sodass für die Massenproduktion ein Schnellplotter installiert wurde, der mit Hochdruckkugelschreibern Pläne in Farbe zeichnete.
- 1979: Im Herbst 1979 gibt es einen zweiten Meilenstein:
Beginn der Produktion der „Computerstadtkarte 1:1000“. Mittels Computerkartografie lassen sich digitalisierte Vermessungsdaten für verschiedene Kartentypen umformen, indem Inhalt und Zeichenschlüssel variiert werden. So konnte ein neues großmaßstäbiges Stadtkartenwerk hergestellt werden. Zusätzlich zum bisherigen Standardmaßstab 1:2000 wird eine Stadtkarte 1:1000 mit detailliertem Inhalt aufgelegt. Das Projekt führt Mitte der 80er Jahre zum Projekt „Mehrzweckstadtkarte“ über.
- 1982: Erster Bezirksplan in Farbe: Brigittenau erhält einen am Fotoplotter automatisch gezeichneten Bezirksplan, der im Farbdruck vervielfältigt wird.
- 1984: Produktionsbeginn der Mehrzweckstadtkarte
Dieses Projekt wird zu einem international viel beachteten Projekt. Ergänzend zur fotogrammetrischen Messung in der MA 41 treten neue Vermessungsverfahren mit digital registrierenden Vermessungsgeräten. In den nächsten 12 Jahren entsteht eine topografische Datenbank mit einem beachtlichen Detaillierungsgrad und hoher Lagegenauigkeit vom gesamten Wiener Stadtgebiet. Diese hochgenauen Messdaten schaffen flächendeckende Grundlagen für Detailplanungen. Zusätzlich zu den Stadtkarten 1:1000, 1:2000, 1:5000 und 1:10000 können im Straßenbereich Lage- und Höhenpläne 1:200 automatisch gezeichnet werden.

- 1985: Engpässe in der Fotoplotterproduktion zwingen zur Beschaffung eines großformatigen Laserplotters, der die Zeichenzeit für Stadtkartenblätter von bis 8 Stunden auf eine dreiviertel Stunde herabdrückt.
- 1987: Musterkennungsverfahren
Ein neues Verfahren zur automatisierten Interpretation und Digitalisierung von Planinhalten wird erstmals eingesetzt. Mit diesem Verfahren kann die Katastralmappe von Wien beschleunigt digitalisiert werden.
 - Dezentrale Grafische Datenverarbeitung
Mit Verfügbarkeit umfangreicher geografischer Datenbanken beginnt die Einrichtung dezentraler Zeichenanlagen, um Abteilungen die Möglichkeit zu geben, im eigenen Haus einen Zeichenbetrieb einzurichten.
- 1992: Geoinformatik im Netz
Mit der Verfügbarkeit leistungsfähiger Telekommunikationsnetze nimmt die MA 14 – ADV die Dezentralisierung der grafischen Dienste in Angriff. Ziel des Projekts ist es, jeden PC-Arbeitsplatz mit jenen kartografischen Informationen zu versorgen, die er benötigt. Geodatenbanken, die von anderen Dienststellen gepflegt werden, stehen in einem Verbund abrufbereit. Über weite Entfernungen werden die benötigten Daten mittels Telekommunikation in Bruchteilen von Sekunden übertragen und mittels Computerkartografie in thematische Kartenbilder übersetzt. Es wird sozusagen eine „elektronische Rohrpost“ für Karten und Pläne eingerichtet. Das besondere daran ist die Tatsache, dass die auskunftssuchende Person einen für die jeweilige Anfrage abgestimmten Ausschnitt mit der gewünschten Kartenthematik erhält.
- 1995: Grafische Informationsdienste für die Außenwelt via Internet
Ein neues Kapitel grafischer Informationsvermittlung wird mit den GIS-Internet-Diensten aufgeschlagen. WienerInnen, Gäste aus den Bundesländern oder aus dem Ausland, aber auch Firmen erhalten Informationen mit Hilfe des elektronischen Stadtplans:
 - Adresssuche mit dem Einblenden des Stadtplans
Dieser Auskunftsdienst hat alle Erwartungen übertroffen. Spitzeneinschaltwerte im „wien online“-Dienst
 - Routensuche
Der Fußweg von A nach B wird automatisch berechnet und kartografisch dargestellt
 - Generalisierte Flächenwidmung
Auskünfte über Flächenwidmung, Bauklassen, Bausperren und Schutzzonen werden mit dynamisch erzeugten Kartenausschnitten präsentiert.
 - Ärztesuche
Die nächstliegende Ordination eines Arztes nach ausgewählter Fachrichtung und/oder Krankenkasse wird ermittelt und in einem Umgebungsplan dargestellt, wobei zusätzlich Apothekenstandorte und das Liniennetz der öffentlichen Verkehrsmittel bei Bedarf eingeblendet werden.
 - Nachtapothekensuche
Die drei nächstliegenden Apotheken, die Nachtdienst versehen, werden vorgeschlagen. Nach der Auswahl einer Apotheke wird der Weg dorthin kartografisch dargestellt.
Für magistratsinterne Auskünfte gibt es zusätzlich „GIS Intranet“-Dienste:
 - Flächenwidmungs- und Bebauungsplan
Zusätzlich zur Generalisierten Flächenwidmung steht die Bebauungsfolie der Stadtkarte mit den Fluchtlinien, Bauklassen und Bauweisen für Auskünfte zur Verfügung.
 - Schutzzoneninventarisierung
Die MA 19 erhebt den erhaltungswürdigen Baubestand der Stadt. Die Gebäudedaten und Fassadenfotos sind abrufbar.
 - Grundstücksinformationssystem GRUGIS
Auskünfte über Grundstücke des Wiener Stadtgebiets sind mit Hilfe der digitalen Katastralmappe am Bildschirm erhältlich.

Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

Die Fertigstellung und Vorlage des „Strategieplanes für Wien“ kann zu den bedeutendsten Ergebnissen und Erfolgen der Tätigkeit des Berichtsjahres gezählt werden. Dadurch sollen aber wesentliche Fortschritte in der Stadtforschung, der Abschluss der Generellen U-Bahn-Projekte für zwei Linienverlängerungen und all die anderen im Folgenden aufgezählten Einzelleistungen nicht minder bewertet werden.

Internationale Zusammenarbeit

Das vergangene Jahr war von wachsender internationaler Zusammenarbeit und den Verflechtungen mit benachbarten Städten und Regionen auf dem Gebiet der Stadtplanung geprägt.

In einem Festakt im Wiener Rathaus wurde ein Vertrag zwischen dem **United Nations Centre for Human Settlements (UNCHS)** und der Stadt Wien unterzeichnet. Dem zufolge wurde Wien zum Knoten (hub) im internationalen Netzwerk dieser Organisation. Damit verbunden ist einerseits die Position Wiens als weltweites Kompetenzzentrum für städtische Technologien, andererseits regional als Wissensvermittler für Mittel- und Osteuropa in allen Fragen, die Städte betreffen.

Mehrere Mitglieder der Abteilung sind darüber hinaus ad personam in internationalem Rahmen tätig.

Ende 1998 wurde die Abteilungsleiterin für zwei Jahre durch die Europäische Kommission als nationale Expertin zum 5. Rahmenprogramm „Forschung und technologische Entwicklung“ in der Fachberatungsgruppe (expert advisory group) für die Schlüsselaktion „Die Stadt von morgen und das kulturelle Erbe“ bestellt. Sie hat dabei frei und unabhängig fachlichen Rat zu Inhalt und Richtung der Forschungsarbeit zu geben, Richtlinien für die detaillierten Arbeitsprogramme auszuarbeiten, Terminablauf der calls, Evaluierungskriterien, strategischen Wert sowie Nutzen der abzugebenden Arbeiten zu kommentieren.

Ein Mitarbeiter wurde als nationaler Sachverständiger zur Evaluierung von Projektanträgen an die GD XII (Wissenschaft, Forschung und Entwicklung) bestellt, in dieser Funktion obliegt ihm zunächst die Beurteilung und Bewertung von eingereichten Projektanträgen und in weiterer Folge deren laufende fachliche Begleitung.

Bereits seit mehreren Jahren wird nicht nur die Stadt Wien, sondern vereinbarungsgemäß auch die Republik Österreich durch einen Mitarbeiter der Abteilung in der OECD – Arbeitsgruppe „Städtische Angelegenheiten“ vertreten. Durch die Umstrukturierung und Neugliederung innerhalb der OECD wurde die Schaffung eines eigenen Komitees für „Regionale Entwicklungspolitik“ („Territorial Development Policy Committee“) mit direkt nachgelagerten Arbeitsgruppen zu städtischen und ländlichen Fragen geschaffen. Die erfolgreiche Tätigkeit mit den bisherigen Arbeitsschwerpunkten findet in der nunmehr „Raumrelevante Politiken in städtischen Gebieten“ genannten Arbeitsgruppe ihre Fortsetzung. Forschungsergebnisse Wiens und anderer Städte Österreichs werden als Beiträge für die vergleichenden Berichte eingebracht, wie etwa „Städtebauliche Problemgebiete“, „Wohnungsbedarf im städtischen Raum“ oder „Migration und nachhaltige Stadtentwicklung“.

Auch die **Interreg-Programme der Europäischen Union** bilden eine Plattform für internationale Kooperationen; deren Schwerpunkt liegt in gemeinsamen Projekten mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL). Angesichts der erfolgreichen Bemühungen der östlichen Nachbarn, der EU beizutreten, besteht ein akuter Bedarf nach einer wechselseitigen Abstimmung der räumlichen Entwicklung in den grenznahen Regionen. Die Position Wiens innerhalb der transeuropäischen Netze (TEN) wird immer mehr zu einer Schlüsselfrage. Die Bedeutung als Netzknoten – primären Rang hat hier der Güterverkehr als die am meisten umweltbelastende Komponente – ist einerseits impulsgebend für die wirtschaftliche Entwicklung, andererseits auch eine potenzielle Gefährdung der Lebensqualität in und um Wien. Dieses Thema war daher auf mehreren Maßstabsebenen gleichzeitig zu behandeln. Das EU-weite Interesse an der Behandlung und vor allem Lösung dieser Probleme dokumentiert sich unter anderem in einer maßgeblichen finanziellen Förderung.

Auf der Studie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten über die „Gestaltung des Straßennetzes im Donaueuropäischen Raum unter besonderer Beachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich“ baut das Interreg-II a-Projekt „**Korridor Ostregion**“ auf. Die bereits nach ihrer Bedeutung für die einzelnen Wirtschaftsräume festgelegten Verkehrsbeziehungen sollen nunmehr in einer verkehrsträgerübergreifenden Netz- und Korridoruntersuchung der für die Länderregion Ost relevanten Korridore überprüft werden.

Damit steht in engem Zusammenhang das Projekt **TECNOMAN** (TEN and Corridor Nodes Position Management Network), das ebenfalls im vergangenen Jahr begonnen wurde. Es ist als ein Projekt der „Standortproduktion“ aufzufassen und hat die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen der Knotenregionen auf Basis einer gemeinsamen Strategie für die räumliche Entwicklung zwischen zentralen und peripheren Regionen sowohl innerhalb der EU als auch außerhalb zum Ziel. Dazu wird die Position der Städte und Regionen in diesem Raum als Motor einer Verkehrs- und Regionalpolitik diskutiert und neu überdacht.

Das **Güterverkehrsprojekt IMONET** (Intermodales Güterverkehrs-Knoten-Netzwerk Zentraleuropa) im Rahmen von Interreg II c hat es sich zum Ziel gesetzt, die Möglichkeiten und Effekte der Entwicklung so genannter intermodaler Verkehrssysteme zu untersuchen. Es soll der Frage nachgegangen werden, unter welchen nationalen und transnationalen Bedingungen sich vorhandene Umschlagknoten in Österreich zu intermodalen Verkehrsknoten entwickeln können und welche Chancen sich dadurch für die (regionale) Wirtschaft ergeben. Es wurden insgesamt vier Umschlagknoten (Wien, Graz, Wels-Linz und Villach) ausgewählt, die in Subprojekten bearbeitet werden. Im Rahmen der Untersuchung werden jeweils die organisatorischen, technischen, logistischen, politischen und finanziellen Voraussetzungen herausgearbeitet. Hinsichtlich der Infrastrukturinvestitionen werden Möglichkeiten so genannter „public-private-partnerships“ aufgezeigt. Daneben werden auch ausländische „benachbarte“ Knoten hinsichtlich ihrer Ausstattung behandelt, um die Chancen der österreichischen Knoten besser darstellen zu können („Marktchancen“ für die österreichischen Investitionen). Schließlich soll die wirtschaftliche Positionierung der „Standorträume“ definiert werden, um einerseits die Standortvorteile in den einzelnen Knoten optimal zu nutzen und andererseits den größtmöglichen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung zu leisten.

Ein weiterer Baustein im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze ist die „**Magistrale für Europa**“. Der Ausbau dieser ca. 1.500 km langen Schienenverbindung von Paris über Strassburg, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, München,

Salzburg und Wien nach Budapest als Hochleistungsachse nimmt eine Schlüsselstellung in Europa ein und stellt das ost-west-orientierte Herzstück des zentraleuropäischen Schienennetzes dar. Die große Bedeutung dieser Trasse für Wachstum, Struktur und Integration wichtiger europäischer Kultur- und Wirtschaftsräume wird jetzt auch durch ein von der EU im Rahmen von Interreg II c gefördertes Gutachten renommierter internationaler Wissenschaftler unterstrichen. Die Experten unterstützen die Forderung der Initiative, die Magistrale unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte möglichst schnell als Hochleistungsstrecke zu realisieren.

Neben den bisher angeführten Kooperationsprojekten zu Schwerpunktthemen, die zweckmäßig über Ländergrenzen hinweg behandelt werden, verfolgt die Abteilung auch **direkte Kooperationen mit Städten** in den Nachbarländern Slowakei, Tschechien und Ungarn, für die Fördermittel der EU im Rahmen von Interreg II a zur Verfügung stehen. Im Projekt VITECC II wurde die begonnene Intensivierung und Erweiterung der mit Bratislava, Brno und Győr geschaffenen Städtekooperationen in den Themenfeldern Planung, Kultur und Tourismus fortgesetzt und im Projekt VITECC-Accession sowohl die Einbeziehung weiterer Städte wie auch eine Verbreiterung der Themenpalette (insbesondere Wirtschaft) begonnen.

Auch **Planning the Gateway II** baut auf einem Vorläufer auf. Mit diesem Projekt wird die Idee verfolgt, durch Bereitstellung von Informationen über städtisch und räumlich relevante Aktivitäten und Entwicklungen in einer gemeinsamen Datenbank die grenzüberschreitende Kooperation im Raum Wien-Brno-Bratislava-Győr zu unterstützen und zu intensivieren.

In zahlreichen weiteren von der EU geförderten transnationalen Projekten gibt es Teilaspekte, zu denen das Fachwissen der Stadtplanung gefragt ist. Dazu zählt beispielsweise „**Preparity**“, wo vorausschauend für die Osterweiterung länderübergreifend koordinierte Anpassungs- und Bewältigungsstrategien für die Wirtschafts- und Regionalpolitik erarbeitet werden, oder „**Future Knowledge**“, eine Kooperationsplattform zur Wissensvermittlung und Vernetzung von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen mit Unternehmen, um die Wirtschaftsentwicklung der Regionen und universitäre Standorte zu stärken.

Nationale Gremien

Auch in **nationalen Gremien** war es erforderlich, im Rahmen einer konstruktiven Mitarbeit nicht nur das vorhandene Fachwissen für konkrete Aufgabenstellungen einzubringen, sondern auch den Standpunkt Wiens in geeigneter Weise zu vertreten. Z. B. beschäftigt sich eine Projektgruppe beim zuständigen Ministerium mit der Erstellung einer umfassenden Wegekostenrechnung.

Von der **Österreichischen Raumordnungskonferenz** wurde vor nicht ganz 10 Jahren das zweite Österreichische Raumordnungskonzept unter dem Titel ÖRK91 beschlossen. Seither haben sich die Rahmenbedingungen wesentlich verändert, so dass seine Überarbeitung bis zum Jahr 2001 dringend erforderlich ist. Dabei soll die Diskussion mit einer breiteren Fachöffentlichkeit – stärker als es bisher erfolgt ist – schon in der Phase seiner Erstellung stattfinden. Die neuen Einflussfaktoren sind die wirtschaftliche und politische Umorientierung der Mittel- und osteuropäischen Staaten (MOEL), der Beitritt Österreichs zur EU, die Vorbereitungen für den Beitritt der MOEL zur EU und schließlich der Beschluss des europäischen Raumentwicklungskonzeptes durch die Europäischen Raumordnungsmi-nister. Letzteres beschreibt erstmals auf Ebene der EU eine gemeinsame Haltung der Mitgliedstaaten zur räumlichen Entwicklung.

Planungsgemeinschaft Ost (PGO)

Die **Planungsgemeinschaft Ost (PGO)** ist zusammengesetzt aus Vertretern der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien und hat die Aufgabe, gemeinsame raumplanerische Anliegen der drei Länder zu behandeln. Die brennendsten und aktuellsten Themen des abgelaufenen Jahres waren zwar Verkehrsfragen, im Interesse einer zukunftsorientierten Vorgangsweise wurden aber auch wichtige Schritte zu neuen Kooperationsformen gesetzt.

Die laufende Diskussion um eine **Nordostumfahrung Wiens**, die Niederösterreich und Wien in gleicher Weise betrifft, war Anlass für eine Trassenstudie in Verbindung mit einem regionalen Begleitkonzept.

Ausgangsbasis waren jene Maßnahmen, deren vorrangige Realisierung bereits Bestandteil des „Verkehrskonzept Nordostraum Wien“ sind. Dieses umfasst Ausbaumaßnahmen im öffentlichen Verkehr im 22. Bezirk, wie den Bau der U 2 nach Aspern, der S 80 von Hausfeldstraße – später Altes Flugfeld – zum Bahnhof Wien und allenfalls weiter bis Unter-Purkersdorf, aber auch Verbesserungen des Sekundärnetzes durch weitere Bus- und Straßenbahnlinien. Letztere erfordern jedoch u. a. den Ausbau der B 3d von Hirschstetten bis Groß Enzerdorf, für den ein abgestimmtes Projekt vorliegt, um ausreichenden Raum für attraktive Streckenführungen zu erhalten. Ebenso wichtig ist auch die Umfahrung Süßenbrunn bis zur B 8 (Aderklaa) und die Weiterführung zur Brünner Straße.

Für eine Nordostumfahrung wurden **drei mögliche Trassenvarianten** hinsichtlich ihrer verkehrlichen und räumlichen Wirkungen, einschließlich der Raumwiderstände analysiert und Lösungen für eine schrittweise Umsetzung angeboten:

- Der Bau einer 6. Donaustraßenbrücke mit qualitativem Ausbau der Raffineriestraße (Schließen der im Bundesstraßengesetz ausgewiesenen B 301 vom Knoten Schwechat bis Knoten Kaisermühlen) entlastet zwar den Donaukorridor, bringt aber keine Verbesserungen im Straßennetz des östlichen 22. Bezirks.

- Die Variante mit Planfällen östlich oder westlich Groß Enzersdorf sowie mit oder ohne qualitativem Ausbau der Raffineriestraße kann als erste Ausbaustufe zur erstgenannten Variante gelten. Sie weist eine höhere Elastizität im Hinblick auf die längerfristige Bewältigung des prognostizierten wachsenden Straßenverkehrs auf, dafür erweist sich ein Tunnel unter dem Nationalpark Lobau sicherlich als politisch äußerst schwierig durchsetzbar. Jedenfalls ist mit hohen Kosten für technische Kompensationsmaßnahmen zu rechnen, um eine großräumige Landschaftszerschneidung zu vermeiden.
- Eine Trassierung dieser „Umfahrung“ durch den 22. Bezirk würde Flächenpotenziale, die bereits gut an den öffentlichen Verkehr angebunden sind, sehr gut erschließen. Der Tunnel unter dem Nationalpark ist politisch äußerst schwierig durchsetzbar, hinzu kämen eine Zerschneidung des Wiener Grüngürtels und hohe Verkehrsbelastungen in den Zubringerstraßen (vor allem B 3 in Aspern und Essling).

Die beiden erstgenannten Trassen-Varianten erschließen Siedlungspotenziale in Räumen mit derzeit vorwiegend landwirtschaftlicher Nutzung. In diesem Zusammenhang müssen aber zunächst folgende Grundsatzfragen beantwortet werden: Wird eine vermehrte Ansiedlung von Betrieben, etwa zur Entlastung des Südraumes, positiv gesehen? Lässt sich die Siedlungsentwicklung durch Vereinbarungen zwischen Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindebezirken steuern?

Diese komplexe Aufgabenstellung einerseits und die gewählte Vorgangsweise andererseits, die eine eingehende Prüfung aller derzeit denkbaren Wirkungen sicherstellt, haben bisher noch nicht zu einer Gesamt-Beurteilung und abschließenden Empfehlung der Gutachter geführt. Unabhängig davon werden noch zahlreiche weitere Verfahrensschritte erforderlich sein, in denen auch den BewohnerInnen der betroffenen Gebiete ein Mitspracherecht eingeräumt wird.

Auf Basis der Untersuchung „Güterterminalkonzept Wien-Umland“ aus dem Jahr 1993 wurden die Güterverkehrsprognose gemeinsam mit den ÖBB aktualisiert und im Rahmen des Verfahrens „TEN-Knoten Region Wien“ mögliche Standorte für ein **Güterterminal im Nordostraum** nochmals überprüft. Entsprechend der Güterverkehrsnachfrage ergibt sich, dass die Kapazitätsgrenze der bestehenden Umschlagsanlagen (vor allem Hafen Wien und Terminal Nordwestbahnhof) bereits seit 1997 überschritten ist. Unter Berücksichtigung einer Betriebsaufnahme des Güterterminal Inzersdorf-Metzgerwerke im Jahr 2004 sollte spätestens 2015 ein weiterer Standort im Nordosten eröffnet werden. Aus Gründen der Kapazitätsreserve wird jedoch empfohlen, ein solches Güterterminal Nordost für eine stufenweise Inbetriebnahme spätestens ab 2010 vorzusehen.

Die Untersuchung von fünf Standorten im Nordostraum nach Kriterien der Verkehrsanbindung, der Siedlungs- und Betriebsstruktur und des Landschaftsschutzes ergab eine klare Empfehlung für den Standort Süßenbrunn/Deutsch Wagram nahe der Wiener Stadtgrenze. Als nächster Schritt ist die Flächensicherung (mindestens 60 bis 80 ha) unter gleichzeitiger organisatorischer Einbindung der Interessenten und künftigen Betreiber vorgesehen.

Die Umsetzung von Planungen und Konzepten über Landesgrenzen hinweg war Gegenstand eingehender Beratungen, die ebenfalls in Zusammenhang mit dem Strategieplan Wien standen. Die unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten der Regionen des Umlands (Wienerwald, Nordostraum Wien, Südraum Wien) legten eine Zusammenarbeit in diesen charakteristischen, aber dennoch untereinander verschränkten Teilbereichen nahe. Ein Modell regionaler Kooperation erfordert ein **professionelles Konfliktmanagement (Regionalmanagement Wien-Umland)** unter Einbeziehung der Länderverwaltungen und der regionalen und lokalen Akteure. Es wird in drei Ebenen (Lenkung – Management – Umsetzung) gearbeitet. Für die Lenkung des Regionalmanagements sind die politischen Raumordnungsreferenten der Länder verantwortlich, die dazu einen gemeinsamen Themenkatalog für die weitere Zusammenarbeit vereinbart haben.

Pilotprojekt für das Regionalmanagement war das „**Beschleunigungskonzept Regionalbusse Wienerwald Südost**“. Ein Projektmanagement unter fachlicher Leitung konnte die ihm gestellten Aufgaben in intensiver Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen lösen, indem die verschiedensten Veranlassungen für die Beschleunigung und Attraktivitätssteigerung der zwischen den Wienerwaldgemeinden und dem Bahnhof Liesing verkehrenden Buslinien zu einem großen Teil bereits getroffen, zumindest aber eingeleitet werden konnten. Eine Erfolgskontrolle ist geplant. Jedenfalls soll noch der Liesinger Platz (einschließlich Park & Ride-Anlage) neu gestaltet und die VOR-Zone 100 (die Kernzone des Verkehrsverbundes Ostregion) erweitert werden, um günstigere Tarife für Wien-Pendler zu erzielen.

Stadtforschung

Im Rahmen der **Stadtforschung** konnten wesentliche Untersuchungen zu mehreren dringend anstehenden Problemkreisen abgeschlossen werden, die nicht nur die weitere Tätigkeit der Stadtplanung beeinflussen werden, sondern auch darüber hinausgehend wertvolle Erkenntnisse beinhalten.

Wien verliert in den letzten Jahren wieder verstärkt Bevölkerung an das Wiener Umland, vor allem jüngere Familien ziehen dorthin. In der Stadt- und Wohnbauplanung haben Qualitätsmerkmale der Siedlungs- und Wohnungsstruktur einen hohen Stellenwert. Eine Untersuchung unter dem Titel „**Wohnzufriedenheit**“ sollte daher folgende Fragen beantworten: Kann durch planerische Konzeptionen für die BewohnerInnen eine bessere Wohn- und Lebensqualität ermöglicht werden und werden durch eine ausgewogene Nutzungsmischung und durch entsprechende Ausstattung

der Wohn- und Siedlungsgebiete mit Nahversorgungs- und Freizeiteinrichtungen Änderungen im Mobilitäts- und Freizeitverhalten erzielt? Konnten abgewanderte Familien ihre Wohnwünsche nicht in Wien erfüllen, weil die angestrebten Wohnformen in der Stadt nicht zu leistbaren Bedingungen zu finden waren, oder waren es andere Motive, die dazu führten?

Befragungen in acht unterschiedlichen Wohnhausanlagen sowie in vier Siedlungen, die man als „durchgrünte Wohnformen“ bezeichnen kann, ergaben, dass die überwiegende Mehrzahl der Bewohner mit ihrer Wohnung zufrieden sind, etwa ein Viertel ist unzufrieden, wobei die Gruppe der besonders Unzufriedenen mit 8 % jedoch verhältnismäßig klein ist. Den größten Einfluss auf die Wohnungszufriedenheit hat die Größe der Wohnung, zweitwichtigster Einzelfaktor ist die Preiswürdigkeit. Aber auch die Zufriedenheit mit der Wohnumgebung beeinflusst sehr stark die allgemeine Wohnungszufriedenheit – wie gut oder wie schlecht ist das Ansehen des Viertels aus Sicht der BewohnerInnen, möchte man im Viertel bleiben oder beabsichtigt man wegzuziehen und wie ruhig ist die Lage der Wohnung. Die Gemeinschaftseinrichtungen im Wohngebäude bzw. in der Wohnhausanlage (Hobbyräume, Kinderspielräume, Kinderspielplätze, begehbare Grünflächen, Dachschwimmbad), die Infrastrukturausstattung in der Wohnumgebung, Umweltqualitäten (geringe Lärmbelastigung, gute Luft) und das subjektive Sicherheitsgefühl sind weitere Faktoren, die die Wohnzufriedenheit bestimmen. Auch personenbezogene Kriterien, wie das Alter, die Lebensphasen und das Haushaltseinkommen, sind mitbestimmend.

Die Zufriedenheit mit der Wohnung selbst ist in den untersuchten Wohnhausanlagen generell sehr hoch. Rund acht von zehn Befragten leben sehr gerne bzw. gerne in ihrer Wohnung. Bei den „durchgrünerten Wohnformen“ ergeben sich noch höhere Zufriedenheitswerte mit der Wohnung: Gesamt gesehen leben sogar rund drei Viertel der BewohnerInnen „sehr gerne“ in ihren „Siedlungshäusern“.

Bei den Absiedlern aus Wien stehen keine generellen „Stadtflucht“-Motive, sondern sehr konkret artikulierte Mängel im Vordergrund: 52 % der Befragten war die Vorwohnung zu klein, 24 % waren mit der Wohnumgebung nicht zufrieden, 12 % bemängelten die schlechte Wohnungsausstattung.

Lediglich für 22 % der Befragten war der Wunsch, aus der Stadt herauszukommen, ein Grund, Wien zu verlassen, und 21 % hatten in Wien keine passende Wohnung gefunden.

Für den Umzug aus Wien in das Wiener Umland bezeichneten die befragten Haushalte folgende Motive als ausschlaggebend: Die neue Wohnung, das neue Haus waren für mehr als ein Drittel finanziell verhältnismäßig günstig bzw. waren relativ einfach zu bekommen (ein Drittel). Ebenfalls je ein Drittel erwartet im Umland bessere Verhältnisse für die Kinder, sucht den eigenen Garten und/oder die besseren Umweltqualitäten. Für 30 % war der Wunsch ausschlaggebend, Eigentum zu erwerben, nur 8 % wollten ein eigenes Haus bauen.

Durch den Wegzug aus Wien in die Umlandgemeinden hat sich die Mobilität deutlich erhöht, da von den Berufstätigen weiterhin zwei Drittel den Arbeitsplatz in Wien behalten haben und dieser von der überwiegenden Mehrheit (64 %) mit dem Auto (als Fahrer bzw. Mitfahrer) erreicht wird.

Als Antwort auf die eingangs gestellten Fragen ergibt sich sehr deutlich: Je besser die Ausstattung der Wohnhausanlagen, Siedlungen und Wohnumgebung mit Nahversorgung, Infrastruktur und Freizeitmöglichkeiten, desto höher ist die Wohnzufriedenheit, desto geringer ist die Wohnungsmobilität (der Wunsch, wieder weg zu ziehen), desto besser ist das soziale Netz und desto stärker ist die Identifikation mit der Siedlung. Keine ausgeprägten Unterschiede konnten bei der Wochenend-Freizeitmobilität festgestellt werden. Bei besserer Freizeitinfrastruktur verbringt man zwar mehr Freizeit in der Wohnhausanlage, Siedlung und in der näheren Wohnumgebung, die Unterschiede im Ausflugsverhalten sind aber bei den BewohnerInnen in den Wohnhausanlagen nicht sehr deutlich ausgeprägt. Lediglich bei den „durchgrünerten Wohnformen“ in Wien lässt sich ein deutlich reduziertes Ausflugsverhalten feststellen. Dem gegenüber ergibt sich bei solchen flächenintensiven Wohnformen eine geringere Zufriedenheit mit der Infrastruktur und Nahversorgung (Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf etc.).

Die **Schlussfolgerungen** aus dieser Untersuchung für die Stadtentwicklung und Wohnbaupolitik lauten daher:

- Um eine bessere Infrastrukturausstattung (Freizeit, Nahversorgung) zu gewährleisten (finanzierbar zu machen), sollten neue Siedlungen an bestehende Siedlungsgebiete angebunden werden bzw. kompaktere Siedlungseinheiten geschaffen werden.
- Das Angebot an Wohnungen hinsichtlich Wohnungsgrößen und Preisangemessenheit sollte erweitert und den Wohnwünschen unter Berücksichtigung der Lebensphasen (Mehrgenerationenwohnungen) angepasst werden.
- Vor allem im dicht bebauten Stadtgebiet sollte eine Verbesserung der Wohnumgebung durch Schaffung von Grünraumnutzungsmöglichkeiten (Innenhofbegrünung, Baulücken) angestrebt werden.
- Die gegenwärtigen Jury- und Beiratskriterien im Bereich des geförderten Wohnbaus in Wien sind in Hinblick auf die geänderten Wünsche und Mängel neu zu überdenken (jene Wohnhausanlagen, die eine mit Abstand höhere Wohnzufriedenheit gezeigt haben, wären derzeit nicht genehmigungsfähig.).
- Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtbildes sind zu setzen.
- Maßnahmen zur Integration von AusländerInnen zur Aufwertung der Wohngebiete mit hohem Ausländeranteil bzw. Integration der ausländischen Bevölkerung in „besseren“ Wohngebieten.

- Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastigung und Verbesserung der Luftqualität durch Eindämmen des Individualverkehrs (verkehrsberuhigende Maßnahmen) und Förderung des öffentlichen Verkehrs. Damit ist auch eine günstigere Energie- und Schadstoffbilanz im Stadtverkehr zu erzielen.
- Flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen.
- Schaffung von Grünräumen, Freiflächen und Spiel- und Sportmöglichkeiten vor allem für Kinder und Jugendliche, aber auch für andere Bevölkerungsgruppen.
- In den westlichen, südlichen und nordöstlichen Randgebieten sollte eine Verbesserung der Nahversorgung angestrebt, eine Verdichtung der ärztlichen Versorgung und sozialer Einrichtungen erreicht werden und mehr Bildungsangebote und Orte für Kultur und Geselligkeit (Kinos, Lokale, Kultureinrichtungen) geschaffen werden.

„Improving the Knowledge Base“ bedeutet, vorhandene aber wenig bekannte Kompetenzen der Stadt aufzuspüren, zu entwickeln, zu vernetzen und den Rahmen für eine stärkende Partnerschaft zwischen der Stadt und den Kompetenzträgern zu gestalten. Für den Erfolg im globalen Wettbewerb der Städte sind die Lebensqualität, die Anzahl und Qualität der am Standort tätigen Unternehmen, die Qualität der Infrastrukturen, insbesondere jene der Forschungs- und Bildungseinrichtungen entscheidend. Aber in der komplexen Welt, in der wir leben, sind diese Erfolgsvoraussetzungen von keinem gesellschaftlichen System alleine mehr herstellbar: Weder die Politik, noch die Verwaltung, noch die Wirtschaft haben für sich allein jene Kapazität, diese Entwicklung geradlinig zu planen und zu steuern. Umso mehr kommt es auf die Kooperations- und Innovationsfähigkeit vernetzter Systeme an. Nur wenn die Grenzen von Systemen überschritten werden und in Form vielfältiger Projekte und Partnerschaften zusammengearbeitet wird, entsteht jenes Klima, in dem Neues wächst. Innovation ist in erster Linie dort möglich, wo aus spezifischen, sich ergänzenden Kompetenzen einer Stadt wissensbasierte Stärkefelder entwickelt werden, aus denen unverwechselbare, schwer imitierbare Leistungen und Produkte von internationaler Geltung geschaffen werden.

In einem „Knowledge Base-Prozess“ wurden daher in einem interaktiven Vorgehen zunächst vier innovative Stärkefelder mit zukunftsweisenden Kompetenzen aufgespürt. Das sind: „Elektronische Musikstadt Wien“, „Innovatives Bauen & Wohnen“, „Wiener Media Design“ und „Wiener Schule der systemischen Beratung“. Innerhalb dieser Kompetenzfelder konnten 9 konkrete Projekte definiert und entwickelt werden, dazu wurden erfahrene Projektentwickler eingesetzt. Die entscheidende unternehmerische Initiative liegt aber bei den Projektakteuren selbst. Der wesentliche Vorteil einer solchen prozessorientierten Methode besteht darin, praktische und umsetzungsreife Projekte von hoher Qualität zu gewinnen, hinter denen wirksame Ideen und Träger stehen.

Eine der zentralen Voraussetzungen für eine zukunftsweisende strategische Steuerung der Stadtentwicklung ist die **laufende Beobachtung der Siedlungsentwicklung**. Sie erlaubt, entscheidende räumliche Veränderungen frühzeitig zu erkennen und die Wirksamkeit des eingesetzten Steuerungsinstrumentariums zu beurteilen. Mittel dazu ist die Beobachtung und der Vergleich zwischen den Flächenwidmungen, die den Rechtszustand für die potenziellen Nutzungsmöglichkeiten abbilden, einerseits und der realen Entwicklung der Flächennutzung andererseits. Diese Analyse wurde erstmals auf Basis digitaler Daten im Hinblick auf städtebauliche Parameter (wie z. B. Baulandgewinnung bzw. -verbrauch, Baulandreserven, Grünlandentwicklung etc.) regional, nutzungsspezifisch und im Zeitablauf für den Zeitraum von 1986 bis 1997 durchgeführt.

Mit Stand 1997 gab es in Wien rund 900 ha an Baulandreserven, um den Flächenbedarf für Wirtschaft und Wohnen zu decken; diese Menge liegt in der Größenordnung des durchschnittlichen Bedarfes von 10 Jahren. Der größte Teil dieser Baulandreserven befindet sich im Nordosten und Süden von Wien, ein größerer Überhang stammt aus der Zeit vor 1986: Beispielsweise ist das Flugfeld Aspern seit 20 Jahren als Industriegebiet gewidmet. Auch der ehemalige Verschiebebahnhof Breitenlee ist noch als Verkehrsfläche gewidmet, in Realität aber ein wertvolles Biotop. Von den derzeit vorhandenen Baulandreserven entfallen knapp zwei Drittel auf Industrie- und Gewerbegebiete und rund ein Drittel auf Wohn-Mischgebiete. Diese Art der Flächenvorsorge erscheint rein quantitativ recht komfortabel. Wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang aber die standortgerechte und den Wirtschaftsinteressen angepasste Flächenvorsorge.

Insgesamt können aus dieser Analyse eine Reihe von wesentlichen Erkenntnissen für die Stadtentwicklung gewonnen werden:

Das seit langer Zeit gewidmete und noch immer nicht genutzte Bauland am Stadtrand läuft Gefahr, immer länger brach zu liegen. Eine der Ursachen liegt in den hohen Infrastrukturkosten, die als Voraussetzung für dessen Nutzung aufzuwenden sind. Zunächst ist daher eine widmungsgemäße Anpassung, z. B. für Erholungszwecke, zu überlegen. Mit diesen quantitativen Nachweisen wird aber auch der schon seit langem bekannte Grundsatz bestätigt, dass die zukünftige Siedlungsentwicklung deshalb vor allem als Innenentwicklung im Sinne des Konzeptes der kompakten Stadt stattfinden soll.

Eine weitere Entwicklung im Nordosten Wiens wird aber einzukalkulieren sein. Dort wird es eine der Aufgaben der Stadtplanung sein, eine möglichst konfliktfreie Parallelentwicklung von Siedlungsgebiet, Verkehrssystem und Grüngürtel zu ermöglichen.

Um die Innenentwicklung voranzutreiben, sind Maßnahmen zur Baulandmobilisierung notwendig. Dazu zählen konkret eine beschleunigte Nutzbarmachung innerstädtischer Bundesimmobilien (Nordbahnhof, Aspanggründe, Kasernen etc.) oder auch das „Auffüllen“ bestehender Gewerbeparks, bevor neue erschlossen werden. Im Interesse der

künftigen Strategien und Möglichkeiten werden verschiedene Modelle der Baulandmobilisierung in anderen Bundesländern (Salzburg, Tirol, Niederösterreich) und im Ausland zu beobachten sein.

Die allgemeine Strukturfonds-Verordnung des Rates der EU vom 21. Juni 1999 ermöglicht eine verstärkte Berücksichtigung der **Förderung städtischer Problemgebiete im Rahmen des „Zieles 2“**. Wien hat sich daher um eine Förderung bemüht. Im Rahmen der Vorbereitung für die Auswahl eines möglichen Förderungsgebietes wurden zunächst drei mögliche Problemzonen vorgeschlagen, die den Kriterien der EU entsprechen. Das interne Auswahlverfahren führte schließlich zu dem Ergebnis, Teile des 2. und 20. Bezirkes als „städtisches Problemgebiet“ zur Aufnahme in die Ziel-2-Gebietskulisse vorzuschlagen. Da das Wiener Förderungsgebiet entsprechend der Vereinbarung der Bundesländer nur 60.500 Einwohner umfassen kann, musste sich die Gebietsauswahl auf die eigentlichen Problemzonen der beiden Bezirke konzentrieren. Die nun vorgeschlagene Förderungszone weist demnach bei den meisten der relevanten Problemkriterien im Vergleich zu Gesamt-Wien deutlich negativere Strukturwerte auf. Diese sind zum Teil sogar ungünstiger als jene der gegenwärtigen EU-Förderungszone „URBAN Wien Gürtel Plus“.

Die Gesamtfläche des vorgeschlagenen Förderungsgebietes beträgt rund 470 ha. Davon entfallen jeweils etwa 30 % auf Wohnmischgebiete bzw. auf Verkehrsflächen der österreichischen Bundesbahnen. Die restlichen Flächen werden von Handel, Gewerbe und Industrie genutzt (15 %) oder dienen als Parkanlagen oder Grünflächen der Naherholung (17,1 %). Das Gebiet ist charakterisiert durch je zwei größere noch gründerzeitlich geprägte Wohngebiete in den beiden Bezirken (zwei Drittel der Wohnungen wurden vor 1914 errichtet), die jeweils durch ausgedehnte und stark untergenutzte Bahnhofsareale voneinander getrennt sind (Nordbahnhofgelände mit dem ehemaligen Frachtenbahnhof Praterstern und das Frachtenbahnhofgelände Nordwestbahnhof). Ergänzt wird das Fördergebiet durch den Augarten und das Gelände des Volkspaters.

Die vier dichtbebauten Wohngebiete innerhalb der vorgeschlagenen Abgrenzung zählen nicht zuletzt durch ihren „Inselcharakter“ zu jenen Stadtgebieten, die in den vergangenen Jahrzehnten die geringste Erneuerungsdynamik aufzuweisen hatten. Ihr Wohnungsbestand ist noch stark durch gründerzeitliche Kleinstwohnungen mit mangelhafter Wohnungsausstattung geprägt. Der Anteil der Substandardwohnungen (ohne WC in der Wohnung) war 1991 mit 37,8 % mehr als doppelt so hoch als im Wiener Durchschnitt. Sehr deutlich ausgeprägt sind auch die beiden „Armutskennzeichen“: Die Ausländerquote (ohne EU-Ausländer) ist mit 36,5 % mehr als doppelt so hoch als in Wien insgesamt. Mehr als 40 % der Bevölkerung gehörte 1991 zu den einkommensschwachen Berufsschichten (angelernete Arbeiter und Hilfsarbeiter), dieser Wert liegt 54 % über dem Wiener Durchschnitt.

Auf dieser Grundlage wurde die Einreichung bei der Europäischen Union vorbereitet. Im Fall der (zu erwartenden) Zustimmung kann damit gerechnet werden, dass von der Kommission für ein Ziel 2-Gebiet in der Förderperiode 2000 bis 2006 Euro 41,39 pro Einwohner und Jahr zur Verfügung gestellt werden. Das ergibt für die gesamte Förderperiode eine Fördersumme von Euro 17.528.665 (rd. ATS 241 Mio.).

Im Hinblick auf die Verwirklichung von grundsätzlichen Zielen der Stadt für alle Lebensbereiche sowie zur Umsetzung der großräumigen und längerfristigen **Konzepte der Stadtplanung und der Regionalentwicklung** (Stadtentwicklungsplan 1994, Verkehrskonzept 1994, Grüngürtel Wien 1995, Siedlungspolitisches Konzept Ostregion u.s.w.) wurde der **„Strategieplan für Wien – Qualität verpflichtet/Innovationen für Wien“** gemeinsam mit einer Expertengruppe erarbeitet. Wesentliche Elemente sind dabei die Einbindung von maßgeblichen „Akteuren“, die Bestimmung von Indikatoren zur Bemessung des Erfolges, die Benennung von Verantwortlichen für die Durchführung von Maßnahmen sowie der regionale Maßstab der Aussagen.

Obwohl der Strategieplan für Wien mit seinen Strategiefeldern, Maßnahmen und strategischen Projekten in erster Linie auf die Bundeshauptstadt selbst bezogen ist, sind viele Projekte auf die Positionierung Wiens im europäischen Raum ausgerichtet. Sie betreffen sowohl die Entwicklung wettbewerbsfähiger Standortfaktoren in Bezug auf Wirtschaft und Lebensqualität (innovative Anwendung von Wissenschaft und Technik, funktionale und themenspezifische Spezialisierung, Integration, Wissensbasis, Stadtquartierserneuerung, Umweltqualität, Erlebnis, Kultur, öffentlicher Raum etc.) als auch die materiellen Elemente zur Anbindung Wiens an die europäischen Wirtschaftsregionen, die so genannten „harten Standortfaktoren“.

Insgesamt 34 strategische Projekte benennen wichtige Entwicklungsfelder und stellen mit einer fachübergreifenden, mehreren Zielen unterworfenen Vorgangsweise sowohl für die Bürger dieser Stadt als auch nach außen wichtige Signale dar, in welche Richtung sich die Stadt weiterentwickeln will, ohne den Anspruch auf ganzheitliche Abgestimmtheit in einem konsistenten Zielsystem zu erheben.

Im vergangenen Jahr wurde der schon zuvor erarbeitete Entwurf im Rahmen eines umfassenden moderierten Verfahrens unter der Bezeichnung **„Stadtdialog“** mit einer qualifizierten Fachöffentlichkeit, den Interessensvertretungen, der Wirtschaft, aber auch mit der interessierten Öffentlichkeit ausführlich und möglichst umsetzungsorientiert diskutiert. Nach den abschließenden Empfehlungen der Expertengruppe und Einarbeitung der Anregungen aus der breiteren Bürgerdiskussion wurde eine abgestimmte Fassung des Strategieplans fertig gestellt. Diese soll im Jahr 2000 im Rahmen einer internationalen Fachtagung einem europäischen Expertenforum vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden. Dann soll er von Stadtregierung und Gemeinderat beschlossen werden.

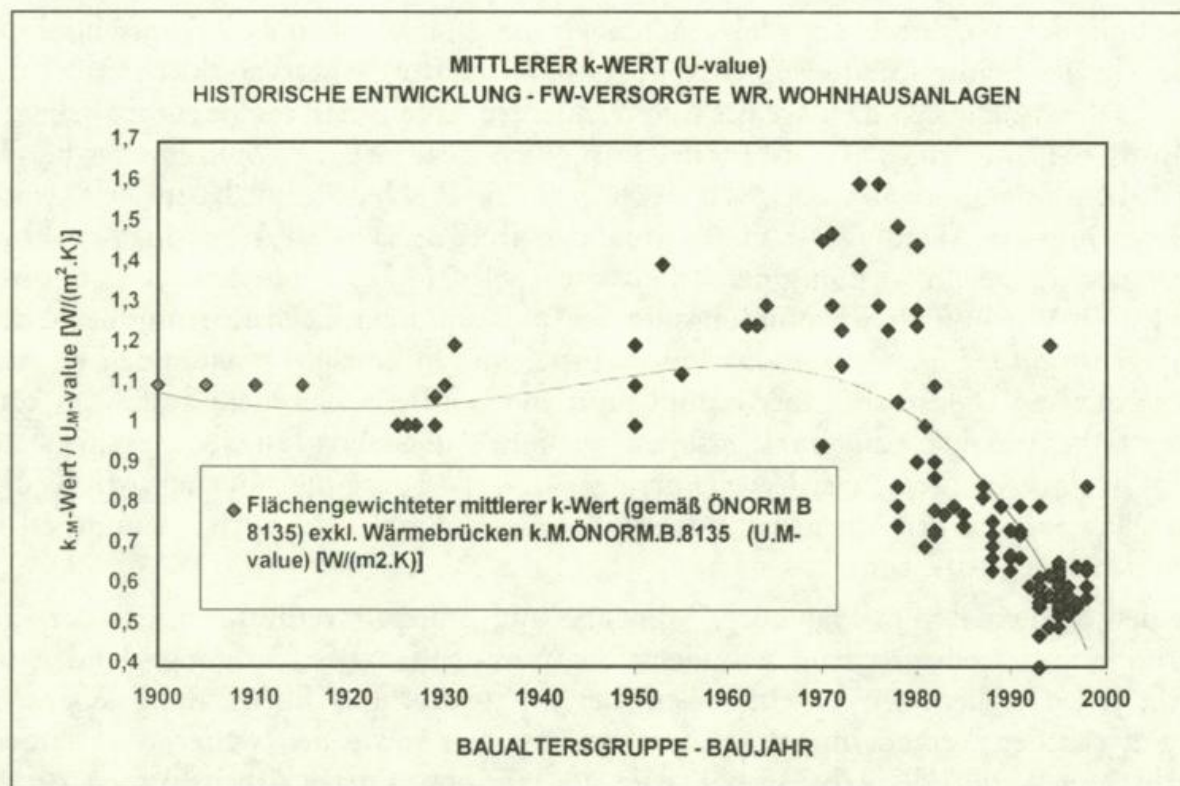
In Zusammenhang mit der Weiterführung des Stadtentwicklungsplanes wurde das Forschungsprojekt über die „Zukunft der Arbeit in der Stadt“ (Städtevergleich) abgeschlossen. Trotz einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in den letzten 15 Jahren stellt sich die Lage des österreichischen Arbeitsmarktes im europäischen Vergleich gegenwärtig noch als günstig dar. Im Vergleich mit Österreich ist Wien zwar negativer Spitzenreiter bei den Arbeitslosen, hat aber mit einer Arbeitslosenquote von über 8 % noch nicht die Probleme, mit denen viele deutsche Großstädte schon seit Jahren leben müssen. Allerdings ist zu erwarten, dass trotz der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Wien (territorialer Beschäftigungspakt) die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Wien nur schwer stabilisiert werden kann. Gefährdungen werden für Wien durch Schrumpfungsprozesse in bestimmten Dienstleistungsbereichen (z. B. Handel, Banken, Versicherungen) und bei Standardproduktionen entstehen. Die einzigen wachsenden Bereiche sind zur Zeit die unternehmensorientierten Dienste, die aber Einbußen in anderen Bereichen nicht auffangen können. Besonders problematisch ist der hohe Anteil an Langzeitarbeitslosen; auch die Altersarbeitslosigkeit gestaltet sich zunehmend als ein Problem, positiv ist dagegen die vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit Jugendlicher. Mit wenigen Ausnahmen greifen die traditionellen Ansätze der Arbeitsmarktpolitik bei diesen Problemgruppen – zumindest im Hinblick auf die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt – nicht.

Der Vergleich mit den Städten Berlin, Hamburg, München und Stuttgart vermittelt grundsätzlich den Eindruck, dass trotz einer Erhöhung der entsprechenden Budgets die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Wien noch nicht jenen Stellenwert erreicht haben, der der zukünftigen Entwicklung Wiens in einer globalisierten Welt mit gravierenden Veränderungen in der Erwerbsarbeit sowie den weiter wachsenden Arbeitsmarktproblemen entspricht. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft, das Vordringen neuer Arbeitsformen, die größere Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen oder die neue Selbständigkeit sind noch nicht wirklich zum Thema geworden. Auch das Problem der dauerhaft Ausgegrenzten ist in der politischen und öffentlichen Diskussion noch kaum vertreten.

Zu den ebenfalls stadtrelevanten Entwicklungen zählen auch die Ergebnisse der Studie „Wohnen und Integration in europäischen Großstädten“. Ähnlich wie in der Schweiz wohnen in Wien Ausländer fast ausschließlich im privaten Mietwohnungssektor. Diese Wohnungen sind zumeist schlechter ausgestattet als jene der Österreicher, meist handelt es sich um Klein- und Kleinstwohnungen, daher ist die Belagsituation um einiges ungünstiger. Zu den qualitativen Benachteiligungen kommen noch kostenmäßig ungünstigere und oft auch unsichere befristete Mietverhältnisse. Hinsichtlich der räumlichen Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung ist festzustellen, dass durch die „Öffnung“ der sozialen Wohnbauten für Ausländer in den Niederlanden, in Deutschland und in der Schweiz Ausländerkonzentrationen in den größeren Städten weitgehend verhindert werden konnten. Dennoch ist diese Bevölkerungsgruppe auch in diesen Ländern in bestimmten, meist „benachteiligten“ Gebieten häufiger anzutreffen. In Wien konzentriert sich demgegenüber der Zuzug der Ausländer weiterhin auf das Gebiet um den Süd- und Westgürtel. Diesen Stadtteilen stehen großflächige Gebiete gegenüber, in denen der Anteil der ausländischen Bevölkerung nur gering ist. Es sind dies hauptsächlich Gebiete, in denen genossenschaftliche Wohnbauten und Gemeindebauten dominieren bzw. Einfamilienhausgebiete und Gebiete mit großen Altbauwohnungen aus der Hoch- und Spätgründerzeit. Die Art der Wohnungsversorgung ist neben der Arbeits- und Einkommenssituation die wichtigste Dimension im Alltagsleben von Zuwanderern. Aufgrund der städtebaulichen Besonderheiten Wiens und durch die Beschränkung der Wohnmöglichkeit von Ausländern auf bestimmte Segmente des Wohnungsbestandes ist eine Polarisierung zwischen der Wohnsituation von Inländern und Ausländern gegeben. Die Integrationsstrategien der letzten Jahre gehen vor allem in Richtung einer besseren sozialen Durchmischung der städtischen Bevölkerung. Der Wille zum Zusammenleben zwischen Wienern unterschiedlichster Nationalitäten sowie ethnischer und kultureller Herkunft hat bereits konkrete bauliche Umsetzungsformen gefunden. In Form zweier integrativer Wohnprojekte – der bereits fertig gestellten Anlage „Interkulturelles Wohnen“ (21. Bezirk) und der bis Ende 1999 bezugsfertigen Anlage „Inter-Ethnische Nachbarschaft“ (23. Bezirk) – wird versucht, der durch Wohnungsangebot und Stadtentwicklung stattfindenden Segregation und Ausgrenzung sozialer Gruppen entgegen zu wirken.

Zielsetzung der Studie „Energetische Kennzahlen von Bebauungsformen für die Stadtentwicklung“ war die Erfassung und Bewertung des Energiebedarfes bzw. -verbrauches im Wohnhausbau auf Basis eines repräsentativen Querschnittes aller in Wien vertretenen Bauformen. Auf landesgesetzlicher Ebene wurde mit der Bauordnungsnovelle 1993 dem Stellenwert der Energie bzw. dem effizienten Umgang damit deutlich Rechnung getragen. Unter anderem wurden die daraus resultierenden tatsächlichen Auswirkungen auf den Energieverbrauch untersucht bzw. in Relation zu Pilotprojekten der jüngeren Vergangenheit (wie z. B. Niedrigenergiehaus) gestellt. Ebenso wurden die Objekte hinsichtlich ihrer Orientierung, Kompaktheit, Baukörperkonfigurierung oder der Ausnützung von zugeführten erneuerbaren Energieformen bewertet.

Die im Wiener Wohnhausbau vorherrschenden Bauteilqualitäten weisen in Abhängigkeit von der Baualtersgruppe äußerst unterschiedliche Standards mit vergleichsweise hohen Streubreiten auf. Im Zusammenhang mit den beiden Ölpreisschocks in den 70er und 80er Jahren wurden nachhaltige Maßnahmen (siehe auch Wiener Wärmeschutzverordnung aus 1995) gesetzt, die sich positiv auf den Energiebedarf auswirken.



Im Zuge der Bearbeitung wurden bei den einzelnen Projekten stark unterschiedliche Ergebnisse in den einzelnen Baukörpern festgestellt, die in weiterer Folge eigenständig betrachtet und ausgewertet wurden. Einer der wesentlichsten Einflussfaktoren auf die energetisch effiziente Bauweise ist der Quotient aus Gebäudeoberfläche und Gebäudevolumen (= Oberflächen/Volumen-Verhältnis). Weiters sinkt der Transmissionswärmeverlust mit steigender Gebäudedekubatur. Innerhalb der bestehenden Bebauungsformen und Gebäudetypologien existiert ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Gebäudegröße, Kompaktheit, Bauteilqualität und dem (spezifischen) Raumwärmeverbrauch.

Eine zentrale Aufgabe zukunftsorientierter Planung ist es, durch die optimale Koordinierung aller verfügbaren Mittel und Instrumente günstige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen zu schaffen. Die Zusammenhänge zwischen Entscheidungen auf den Gebieten der Verkehrs- und Raumplanung einerseits und regionalwirtschaftlicher Entwicklung andererseits sind jedoch komplex und bisher auch wenig untersucht worden. Durch „Indikatoren für eine optimale Koordinierung zwischen Raumordnung und Verkehr zur Stärkung der regionalen Wirtschaft“ wurden die von der Verkehrsinfrastruktur und dem Flächenangebot ausgehenden Einflüsse auf die Betriebsansiedlung, und hier wiederum auf Betriebsverlagerungen innerhalb der Region Wien, quantitativ abgeschätzt, damit wurde auch zur Erforschung dieser Thematik beigetragen. Dazu war es erforderlich, den Zusammenhang der Erreichbarkeit mit den Bodenpreisen und der Verfügbarkeit geeigneter Flächen einerseits und mit Betriebsverlagerungen andererseits zu untersuchen. Die verwendeten Indikatoren sollten auch einen möglichen Anknüpfungspunkt für die laufenden Arbeiten zum Strategieplan bilden, in dessen Rahmen Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Wien formuliert bzw. einer quantitativen Evaluierung zugänglich gemacht werden sollen.

Die Untersuchung ging darüber hinaus als „Fallstudie Wien“ auch in das Projekt BENEFICIAL (Economic Benefits of an Efficient Institutional Coordination between Transport and Land-use Policy, Illustrated on Austrian Level) aus dem EU-Forschungsprogramm COST ein.

Aus der Kenntnis grundlegender Zusammenhänge wurden Empfehlungen für die im Einflussbereich der Stadtplanung Wien liegenden Handlungsfelder, das sind Verkehrsplanung und Raumordnung, aufgezeigt. Mit deren Hilfe sollte es möglich sein, erwünschte Verlagerungen zu unterstützen und unerwünschte zu bremsen. Ziel ist es z. B., einer Suburbanisierung jenseits der Landesgrenze vorzubeugen oder die Betriebsansiedlung in Stadtteilen mit Arbeitsplatzdefiziten zu unterstützen (Nordosten gegenüber Südraum).

Die Ergebnisse können als Hinweis darauf aufgefasst werden, dass die Kernstadt mit auch im Umland leicht erzielbaren Standortqualitäten allein (Anbieten billiger Grundstücke und Verbesserung der Erreichbarkeit mit dem Auto) nicht erfolgreich um Betriebsansiedlungen konkurrieren kann. Obwohl keine Korrelation der Betriebsansiedlung mit der Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr nachweisbar war, sollte doch näher untersucht werden, ob nicht Betriebsgebiete mit hochrangiger Anbindung durch den öffentlichen Verkehr (Gasometer, Erdberger Mais, Aspanggründe, aber auch Siemensstraße, Aspern nach Verlängerung der U 2 und ähnliche) einen Mix an Standortqualitäten bieten könnten, welche sehr wohl gegenüber peripheren Standorten konkurrenzfähig sind (v. a. für Schlüsselbetriebe mit hoher Wertschöpfung und qualifizierten Arbeitsplätzen).

Über die eigentliche Fragestellung hinausgehend ergaben sich aus der Interpretation der rechnerisch nachweisbaren Korrelationen auch Hinweise auf mögliche Verbesserungen bei der Koordination von Raum- und Verkehrsplanung (z. B. Wertschöpfung durch Investitionen in den öffentlichen Verkehr; Anreize zu flächensparenden Bebauungsformen bei Betriebsanlagen; unerwünschte Wirkungen der Erreichbarkeit mit Kfz auf die Attraktivität von Wohngebieten).

Derartige Untersuchungsergebnisse auch aus früheren Jahren bildeten die notwendigen Grundlagen zur Beurteilung der stadtstrukturellen Auswirkungen von städtebaulichen und infrastrukturellen Großprojekten. Die hohe Investitionsbereitschaft in Wien ist grundsätzlich zu begrüßen und zu fördern, es gilt jedoch, damit allenfalls verbundene Nachteile für die ansässige Bevölkerung und die Wirtschaft wegen unüberlegter Standortwahl, mangelhafter Verkehrsanbindung oder nicht mehr verträglicher Konkurrenz zur Nahversorgung nach objektiven Kriterien aufzuzeigen, um sie zu verringern.

Themenbezogenes Projektmanagement

Ein Kernthema des **themenbezogenen Projektmanagements** war das Verfahren zur Erarbeitung von Rahmenbedingungen für eine Projektentwicklung des **TEN-Knoten Wien** (TEN steht für Transeuropäische Netze). Aus wirtschaftspolitischer Sicht hat der Güterverkehr eine große Bedeutung. Es gilt, die wirtschaftspolitischen Chancen zu nutzen, die ein moderner und leistungsfähiger intermodaler internationaler Güterverkehrsknoten unter Wahrung umweltpolitischer Zielvorstellungen bringen kann. Dazu wurde die „Initiative TEN-Knoten Region Wien“ in Form eines kooperativen Planungs- und Beratungsverfahrens entwickelt, in das alle wesentlichen Akteure der Verkehrspolitik, der Verkehrswissenschaft sowie der Stadt- und Regionalplanung eingebunden waren.

Der Ausbau des Verkehrssystems in der Region Wien zu einem überregional bedeutsamen „Knoten“ soll vorrangig besondere Standortqualitäten schaffen. Damit können zusätzliche Wertschöpfungspotenziale durch die Entwicklung einer „Logistikkompetenz“ für die Knotenregion Wien erschlossen werden. Es gilt, die Tendenzen in der Wirtschaft in Richtung weiterer Spezialisierung und struktureller Änderungen in den Produktions- und Fertigungsprozessen für den Standortraum Wien nutzbar zu machen. Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Umweltschutzes sind vor allem die verkehrlichen, umschlagstechnologischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, so dass die logistikrelevanten Anteile an den Wertschöpfungsketten stärker an die Region Wien gebunden werden und damit ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region geleistet wird.

Für den **Stadtentwicklungsbereich Rothneusiedl** wurde ein Verfahren zur Abklärung von Potenzialen für die Stadtentwicklung begonnen. Die bereits geplanten Entwicklungen in diesem Stadtrandgebiet, wie das Güterverteilzentrum Inzersdorf Metzgerwerke in Verbindung mit einem möglichen TEN-Knoten oder die Bundesstraße an der südlichen Landesgrenze (B 301) geben hier einen Rahmen vor, der durch Entwicklungsszenarien für dieses Gebiet von Wien ergänzt wurde. Weiters wurden die Grundlagen für das Projekt „Landschaftskunst 2002“ geschaffen. Dem zufolge soll ein public-private-partnership Modell mit dem Ziel initiiert werden, renommierten und weniger bekannten Künstlern auf Basis eines Wettbewerbes Landschaftsräume zur Umsetzung ihrer Vorschläge anzubieten. In einem ersten Schritt soll dazu eine Gesellschaft bestehend aus Sponsoren und Stadt Wien gegründet werden, die in weiterer Folge auch die Umsetzung der gewonnenen Ideen sicherstellt.

Eines der Ergebnisse der **Generellen Grün- und Freiraumplanung** ist ein generelles Schotterkonzept für Wien. Es enthält Aussagen über die Potenziale von Abbaufächen für mineralische Stoffe in Wien und soll als Grundlage für entsprechende Bestimmungen in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen dienen. Damit kann einerseits dem Bedarf nach Rohstoffen vor allem für die Bauwirtschaft Rechnung getragen werden, andererseits sind damit eine unnötige Zerstörung der Landschaft und negative Einflüsse auf das Grundwasser zu vermeiden. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Evaluierung des im Jahr 1995 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen **Landschafts- und Freiraumkonzeptes für Wien**. Dabei zeigt sich, dass die tatsächliche Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen bisher weit hinter den anfänglichen Vorstellungen zurückbleibt. Besonders nachteilig wirkt hier der Umstand, dass bisher kein Ankauf von schützenswerten Grünflächen durch die öffentliche Hand möglich war.

Die Entwicklung der „**Kultur- und Freizeitachse Schönbrunn**“ steht inhaltlich im Rahmen des Arbeitsbereiches „Freizeit“, erfordert aber wegen der komplexen Abhängigkeiten und der Vielzahl von Akteuren ein Projektmanagement. Dazu wurden weitere Gespräche geführt, um die Ausschreibung eines Wettbewerbes für die Entwicklung des Vorfeldes Schönbrunn in die Wege zu leiten. Auf Grundlage der bisher erfolgten Abklärungen soll dabei für den Vorplatz als Entree für die Besucher, die Westeinfahrt, das Parkplatzproblem (vor allem für Autobusse), den Sportplatz und nicht zuletzt auch für notwendige weitere Einrichtungen in Zusammenhang mit einer derart bedeutenden Fremdenverkehrsattraktion eine befriedigende Lösung gefunden werden.

Im Bereich **Gesundheit und Soziales** stellt der Projektentwurf „Virtueller Stadtplan für Jugendliche in Wien“ das missing-link zwischen gedruckten Papierversionen und einem alle Bezirke umfassenden „Virtuellen Plan“ für Wien dar, in dem speziell den Bedürfnissen Jugendlicher in zeitgemäßer Form Rechnung getragen werden kann. Das Forschungsprojekt „mehr platz!“ stand im Rahmen der Gesamthematik „Bespielbare Stadt“. Adressaten waren nicht nur Fachleute, die die Auswirkungen von Freiraummangel auf Kinder und Jugendliche interdisziplinär diskutierten, sondern auch die Öffentlichkeit: Eine Theatergruppe setzte bewusst Irritationen, indem sie beispielsweise die Rückgewinnung von befestigten Straßen als Abenteuerplatz forderte, und prominente WienerInnen gaben Hinweise auf Plätze, die ihnen in ihrer Jugend noch zu ganz anderen Betätigungen offen standen. Damit wurde zur Bewusstseinsbildung auf die Auswirkungen dieses Verlustes von Freiraum auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beigetragen.

Im Folder „Spielplatz für ALLE“, der im Rahmen des Netzwerkes der österreichischen Beratungsstellen für barrierefreies Planen und Bauen erstellt wurde, sind Spielwert und Rahmenbedingungen eines integrativen, das heißt auch für behinderte Kinder nicht bloß zugänglichen, sondern auch wertvollen Spielplatzes dargestellt. Im Rahmen des Seniorengesundheitsberichtes ergab sich aus der schon früher fertig gestellten Studie „Gesunde Gärten“ eine palliativmedizinische Planung im Geriatriezentrum am Wienerwald. Diese verfolgt das Ziel, begleitend zur kurativen, d. h. heilenden Medizin den Patienten Linderung zu schaffen. Schließlich wurden in einem Leitfaden („Gemeinsame Wege“) die Rahmenbedingungen eines Partizipationsprozesses für eine aktive Mitgestaltung auf Grätzelebene formuliert.

Innerhalb der **Regionalentwicklung** lag der Schwerpunkt bei Planungsfragen regionaler und städtischer Verkehrsinfrastruktur. Zu diesen Aufgaben zählen grundsätzlich die generelle verkehrssystemübergreifende und raumstrukturbezogene Bearbeitung der übergeordneten Verkehrsnetze und -knoten, im Speziellen vor allem aber auch die generelle U-Bahn- und Bundesstraßenplanung.

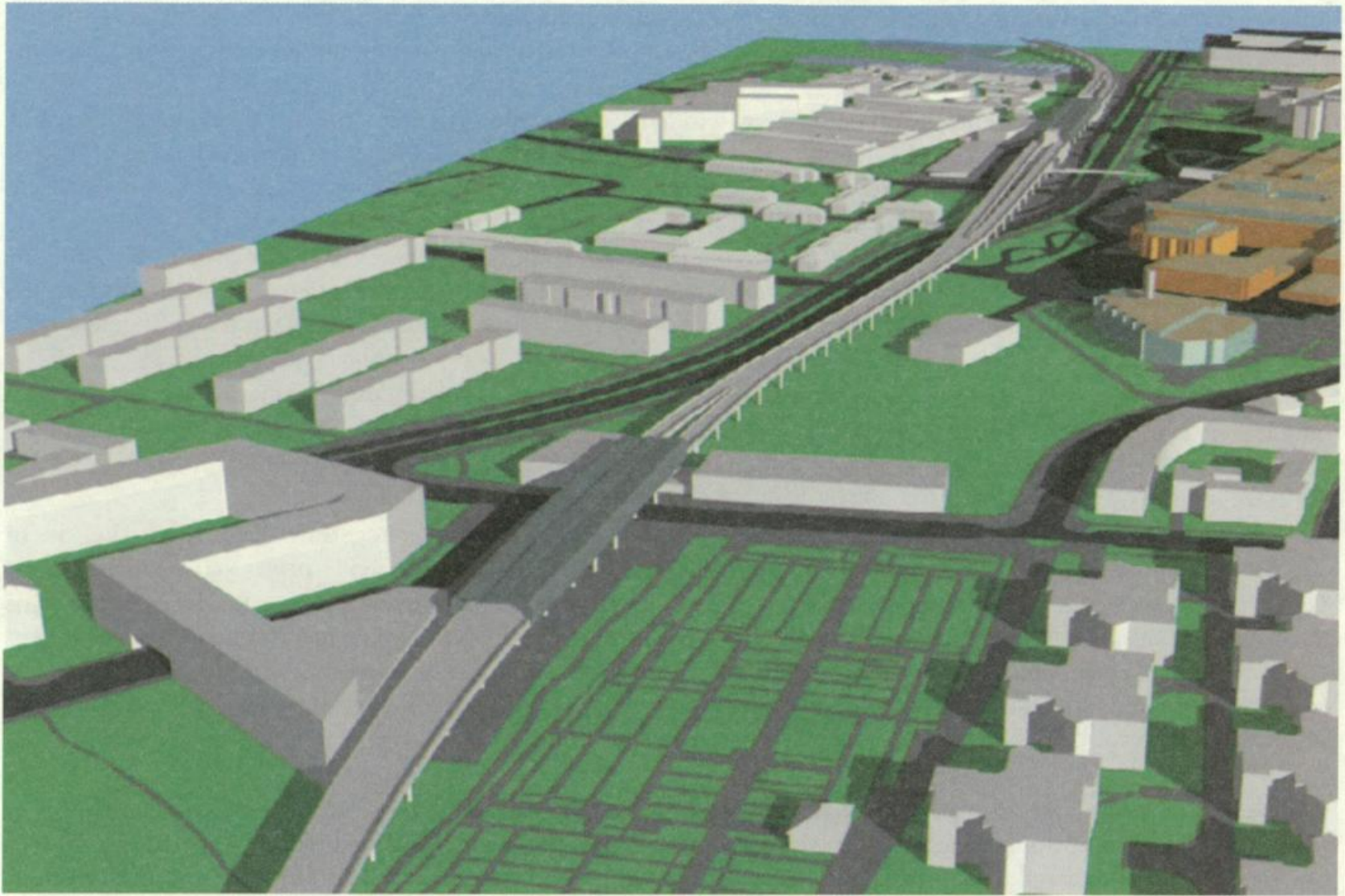
Planungen des öffentlichen Verkehrs konzentrierten sich in den zurückliegenden Jahren auf die Erstellung von Generellen Projekten für zwei Linienverlängerungen im Norden Wiens. Dabei wurden neue Wege in der Planungsmethode beschritten, indem die wissenschaftlichen und technischen Parameter um das Element der Öffentlichkeitsarbeit erweitert wurden. Konkret heißt das, dass parallel zur Projektentwicklung

die interessierte Öffentlichkeit in einer Reihe von Veranstaltungen über den Projektstand informiert wurde und dabei Gelegenheit hatte, auf diesen einzuwirken. Termine für derartige Großveranstaltungen fanden je nach Planungsfortschritt in unterschiedlichen Formen – entweder als Diskussionsveranstaltungen oder als Werkstattausstellung mit fachlicher Betreuung – nach Ankündigung in zahlreichen verschiedenen Medien statt. Darüber hinaus wurden Interessenten in einer Adresskartei gespeichert und laufend mit Informationsmaterial über das Projekt versorgt.

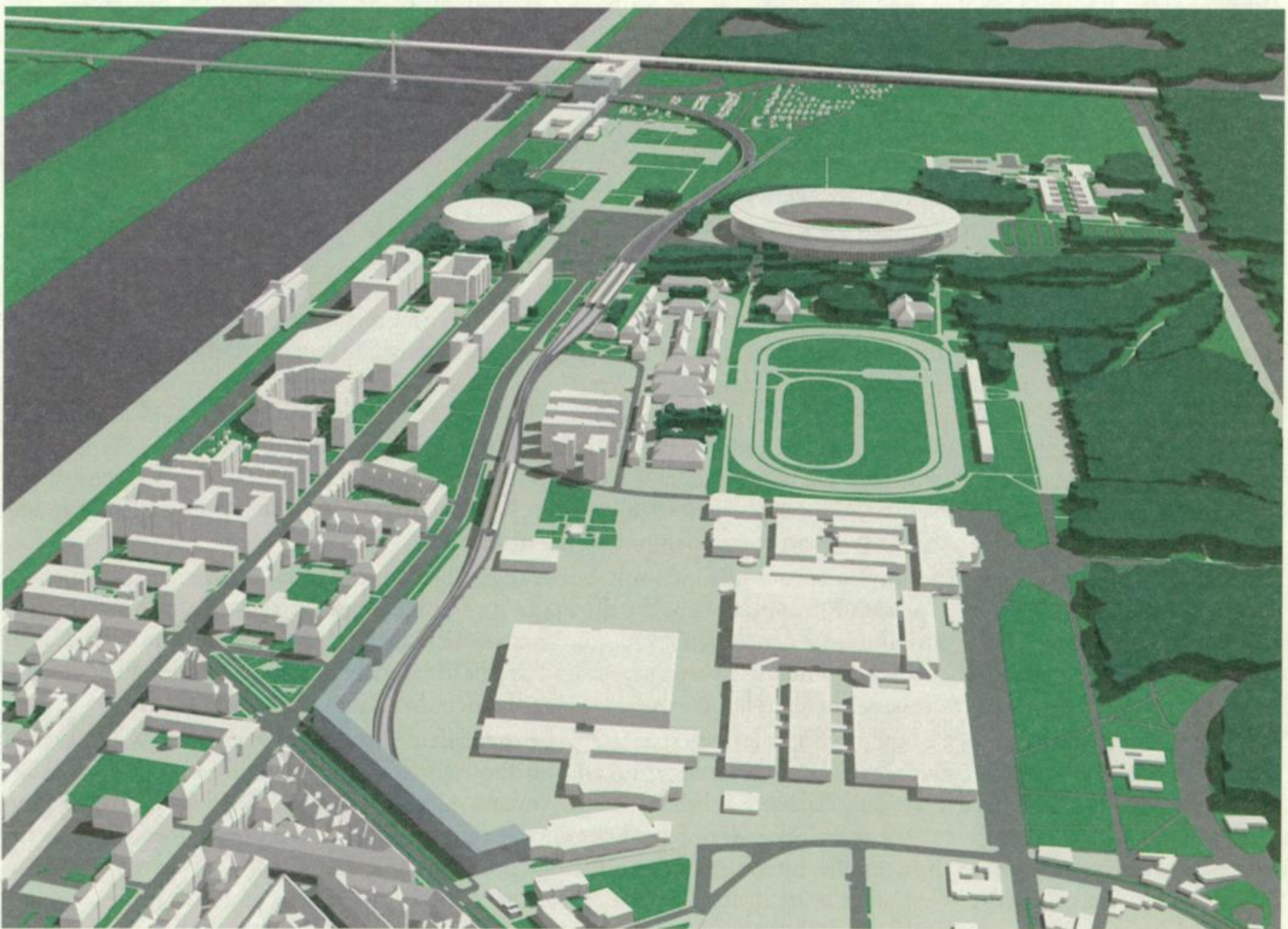
Das Generelle Projekt der **Linie U 1-Nord** – die Trassenfestlegung – konnte nach der Wirtschaftlichkeitsbesprechung im Dezember 1998 den Wiener Linien zur Detailplanung sowie zur Abwicklung der rechtlichen Genehmigungsverfahren und damit zur Realisierung übergeben werden. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Rechtslage ist ein Baubeginn mit Ende 2001 und eine Betriebsaufnahme im Jahr 2006 vorstellbar. Auf Grundlage der beschlossenen Trasse wurden die Planungsarbeiten zur Phase 3 begonnen (das sind Folgearbeiten, insbesondere die Planung der Oberflächen der Stationsumgebungen und die Anbindungen des Sekundärnetzes) und bei gleichzeitiger intensiver Befassung der Öffentlichkeit mit Ende des Jahres abgeschlossen.

Für die **Verlängerung der U 2** von der Station Schottenring, die entsprechend umgebaut werden muss, über Taborstraße – Praterstern – Messengelände – Stadion – Donaustadtbrücke nach Stadlau/Essling wurde das Generelle Projekt mit der Trassenoptimierung auf Grundlage des Beschlusses über die auszuführende Variante fortgeführt und befand sich zu Jahresende in der Schlussphase. Die Fertigstellung des eigentlichen Generellen U-Bahn-Projektes wird Anfang März 2000 erfolgen, im Anschluss wird auch der Teil mit den so genannten Begleit- und Folgemaßnahmen in Angriff genommen. Auch hier wurde bereits im laufenden Planungsprozess eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit für alle betroffenen BewohnerInnen und andere Anrainer an der neuen Strecke durchgeführt. Das Projekt weist nunmehr einschließlich des Betriebsgleises eine Streckenlänge von insgesamt ca. 13,5 km auf, die eigentliche U-Bahntrasse wird ca. 3,5 km in Tief- und ca. 6,0 km in Hochlage geführt. Insgesamt sind 11 neue Stationen geplant. Der aktuelle Zeitplan für die U2 sieht einen möglichen Baubeginn frühestens Ende 2002 vor. Damit könnte die erste Teilstrecke (etwa bis Stadion) Ende 2007, die gesamte Strecke im Jahr 2008 oder 2009 in Betrieb gehen. Die generelle Planung für den Umbau der Wendeanlage bei der Station Karlsplatz, um sie für die künftig notwendigen Langzüge geeignet zu machen, wurde bereits Ende Februar 1999 abgeschlossen, so dass die Bauarbeiten termingerecht im Jahr 2000 beginnen können.





Modell der U2-Trasse in Stadlau (Hardeggasse)



Modell der U2-Trasse im Bereich Stadion

Im Bereich der **S-Bahn-Planung**, aktuell vor allem im Zusammenhang mit dem Ausbau der S 7 – Flughafen-S-Bahn, war die Mitwirkung in Arbeitskreisen erforderlich, um die Interessen der Stadtplanung mit jenen der ÖBB abzustimmen.

Im Rahmen der **generellen Bundesstraßenplanung** wurden für den motorisierten Individualverkehr Projekte für Bundesstraßen überwiegend außerhalb des zentralen Stadtbereiches erstellt. Dadurch wird vor allem ein Lückenschluss des hochrangigen Netzes im Süden, Osten und Norden von Wien erreicht, vor allem, um stark belastete Wohngebiete vom Durchzugsverkehr zu entlasten. Im Einzelnen handelt es sich dabei um:

- die Verlängerung der B 227 – Donaukanal Straße über die Lundenburgerstraße zur Brünner Straße (B 7, B 229) und den Abschnitt der B 229 – Groß Jedlersdorfer Straße im Bereich der neuen Hauptfeuerwache Floridsdorf, für welche die Genehmigungsverfahren beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten abgeschlossen wurden;
- eine neue Trasse der B 225 – Wienerbergstraße zwischen Bitterlichstraße/Ostbahn und Simmeringer Hauptstraße;
- die Untersuchung einer Verbindungsspanne zwischen der A 23 – Südosttangente Wien und der weitgehend in Niederösterreich verlaufenden B 301 – Wiener Südrandstraße zur Entlastung der bestehenden Radialstraßen (B 16, B 230);
- die so genannte „Spange Rannersdorf“, als Teilstück der B 14 in südlicher Verlängerung der Etrichstraße, die in Verbindung mit dem Umbau der Flughafen S-Bahn als Anschluss an die künftige B 301 projektiert wurde.

Weiters wurde, nachdem in einem moderierten Verfahren unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung Konsens erzielt worden war, die Umsetzung der B 3-Planung im Abschnitt zwischen der Leopoldauer Straße und dem Donauzentrum in einem eigens eingerichteten Arbeitskreis weiter begleitet. Als Ergebnis wurden zahlreiche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Umgebungsbereich der teilweise bereits in Bau befindlichen Trasse gemeinsam mit einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs zur Ausführung empfohlen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Weiterentwicklung und weitgehend intern bearbeitete Aktualisierung von wesentlichen Parametern und Eingangsdaten des **Verkehrsmodells der Stadt Wien** und dessen Anwendung zu nennen. Die Verwendung der aktuellen Bevölkerungsprognose und prognostizierter Infrastrukturdaten ermöglichen nunmehr eine rasche Beurteilung aktueller Verkehrsfragen.

Zur **generellen Radverkehrsplanung** wurde eine Überarbeitung des Hauptradverkehrsnetzes für Wien begonnen. Zur intensiven Einbindung der zuständigen Magistratsdienststellen und Wiener Bezirke fanden dazu ein Workshop und eine Informationsveranstaltung statt. Zusätzlich wurde erstmals eine Befragung der Bezirksvorsteher zu ihrer Sicht über den Wiener Radverkehr durchgeführt. Der Schwerpunkt der Bearbeitung liegt in der Erstellung eines so genannten „Lückenschlussprogramms“ für die Wiener Radverkehrsanlagen, mit dem das heute zu Recht oft als „Stückwerk“ bezeichnete Radwegenetz jene Attraktivität erhalten soll, die im Sinne des Verkehrskonzeptes als echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr notwendig ist.

Wissenschaftsförderung

Die Wiener Vorlesungen der Stadt Wien und die Universität Wien haben im Sommersemester 1999 im Rahmen der **Wissenschaftsförderung** eine Initiative gestartet, die die Stadt mit ihrer ältesten Universität stärker verbinden soll. Die „Wien Akademie der Stadt Wien und der Universität Wien“ versteht sich als Plattform zur Vernetzung urbaner und universitärer Diskurse und als intellektueller Impulsgeber für Wien. Die Stadt hat mit der „Wien Akademie“ ein interdisziplinäres Bildungsinstitut, in dem auf hohem akademischen Niveau Fragen behandelt werden, die sich auf Wien beziehen. Die Stadt Wien und die Universität Wien verbinden im Rahmen der „Wien Akademie“ ihr Erkenntnispotenzial, ihre Analysekapazität und ihr Know-how in der Bewältigung der Aufgabe, historische Grundlagen und Entwicklungen und aktuelle Problemsituationen präzise darzustellen.

Die „Wien Akademie“ analysiert im Universitätscampus mit Vorlesungsreihen und Symposien jene intellektuellen, künstlerischen, politischen und sozialen Konstellationen, die die Stadt, ihre Mentalitäten, Strukturen und Ausdrucksformen geprägt haben. Die Veranstaltungen der „Wien Akademie“ richten sich an StudentInnen, die ein Interesse an interdisziplinären Analysen über ihren Studienort Wien haben, und an die BürgerInnen der Stadt, die Wien aus der Perspektive neuester Forschungen besser kennen lernen wollen. Bisher fanden drei Ringvorlesungen statt.

Im Rahmen der ersten Ringvorlesung im Sommersemester 1999, die unter dem Motto „**Im Zentrum: Wien. Österreichische Kulturgeschichte**“ stand, sprachen die Professorinnen und Professoren Wolfgang Müller-Funk, Karl Wagner, Konstanze Fliedl, Alfred Pfabigan, Richard Schrod, Klaus Amann, Gernot Gruber, Alfred Pfoser, Wolfgang Maderthaler, Hubert Lengauer, Anton Pelinka, Wendelin Schmidt-Dengler und Peter Wiesinger über Österreichische Kulturgeschichte um 1848, über die Literatur und Kultur der liberalen Ära, die Wiener Moderne, Freud im Kontext, über Wittgensteins Wien, die Literatur der Zwischenkriegszeit, nach 1945 und die literarische Szene heute, über die Musik in Wien zwischen Fin de siècle und Moderne, „Das rote Wien“, über das Wienerische in Geschichte und Gegenwart und über die politische Kultur Österreichs nach 1945.

Im Wintersemester 1999/2000 wurde die „Wien Akademie“ mit zwei Ringvorlesungen zu den Themen „Wiener Moderne“ und „Wiener Kunst-Stücke“ fortgesetzt.

Bedeutende künstlerische, literarische, geisteswissenschaftliche Impulse, die von der Wiener Moderne ausgingen, thematisierte der Zyklus „Wiener Moderne“ mit Vorträgen renommierter WissenschaftlerInnen wie Moritz Csáky, Artur Rosenauer, Friedrich Achleitner, Franz K. Stanzel, Friedrich Stadler, Lutz Musner, Wolfgang Maderthaner, Helmut Konrad, Wendelin Schmidt-Dengler, Konstanze Fliedl, Inge Scholz-Strasser und Karl Wagner. Der Logische Empirismus des Wiener Kreises, die Persönlichkeit Sigmund Freuds und die sozialen Forderungen von Popper-Lynkeus fanden ebenso ihre Würdigung wie die Entstehungsgeschichte des Ulysses, die Wiener Malerei und Architektur um die Jahrhundertwende und die Ambivalenz der Moderne in Zentraleuropa. Kontrastierend zur geistigen Hochkultur der Wiener Moderne wurde das Leben in den Wiener Vorstädten um 1900 vorgestellt.

Repräsentative Wiener Baulichkeiten und Artefakte wurden ebenfalls im Wintersemester 1999/2000 unter dem Titel „Wiener Kunst-Stücke“ von den österreichischen KunsthistorikerInnen Hellmut Lorenz, Friedrich Dahm, Michael Viktor Schwarz, Artur Rosenauer, Martina Pippal und Elisabeth Goldarbeiter vorgestellt und interpretiert. Der Bogen spannte sich dabei vom Hochmittelalter über das barocke Wien (mit dem „Stadtpalast des Prinzen Eugen“ und „Tizians Nymphe und Schäfer“ im Kunsthistorischen Museum als Beispiele) bis zur Moderne (u. a. die Wiener Werkbundsiedlung). Dem Veranstaltungsort der „Wien Akademie“, dem Alten AKH, war der Vortrag „Vom Armenhaus zur Universität. Der Baukomplex des Alten AKH und seine Geschichte“ gewidmet.

Darüber hinaus wurden in traditioneller Weise die „Wiener Vorlesungen“ im 12. Jahr ihres Bestandes erfolgreich weitergeführt. Dabei wurde Unterstützung für die Forschung und Wissenschaft in Wien im Wege von Förderungsbeiträgen an wissenschaftliche Vereine und in Form von Stipendien für junge WissenschaftlerInnen geboten und auch wissenschaftliche Publikationen in verschiedener Weise unterstützt.

Technische Bibliothek

Die **technische Bibliothek** stellt für den gesamten technischen Bereich des Magistrates die jeweils aktuellen Gesetze, Normen und Regelwerke sowie die in den einzelnen Fachabteilungen benötigte Amtsliteratur, Fachzeitschriften etc. zur Verfügung. Das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften wird hier sogar für den gesamten Magistrat bereitgestellt. Parallel dazu wird die Sammlung und Dokumentation der im eigenen Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten vervollständigt und um neue Werke ergänzt. In diesem Zusammenhang steht auch der institutionalisierte Schriftentausch mit – vor allem deutschsprachigen – Instituten, Planungsämtern und Bibliotheken zum Themengebiet Stadtplanung. Auch diese Kooperation fördert die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Die Übersiedlung der Bibliothek in neue Räume und die Umstellung auf ein neues EDV-System zur Katalogisierung waren die passende Gelegenheit für eine weiter gehende Zusammenführung der aus unterschiedlichen Sammlungen stammenden Bestände. Dennoch wurde der Bestand im abgelaufenen Jahr um rund neue 330 Titel (640 Bände) erweitert, es stehen somit aktuell insgesamt etwa 27.000 Titel (rund 49.000 Bände) zur Verfügung. Damit konnte fast 5.800 Personen die gesuchte Information in Gestalt von mehr als 10.000 entlehnten Bänden vermittelt werden. Trotz der Übersiedlung und der damit verbundenen vorübergehenden Schließung blieb die Nachfrage gegenüber dem vergangenen Jahr nahezu unverändert. Eine Steigerung erfuhren Fachzeitschriften (Periodika): In einem magistratsinternen Umlaufverfahren befanden sich 322 verschiedene Fachjournale, den MitarbeiterInnen der Stadt standen im Laufe des Jahres somit insgesamt fast 36.000 Einzelhefte zur Verfügung.

Die technische Bibliothek versteht sich auch als „fachliche Leihbibliothek für MitarbeiterInnen“. Besonders die Dokumentation Stadtplanung findet aber auch bei auswärtigen BenutzerInnen großes Interesse, dieser Kreis kommt vorwiegend von Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen. Nachgefragt werden insbesondere Arbeiten aus der jüngeren Vergangenheit, die als Grundlage für weitere Bearbeitungen dienen.

Durch das neue EDV-System wurde die Möglichkeit eröffnet, analog zu den Suchmöglichkeiten in den Beständen anderer Bibliotheken zunächst über das Intranet auch Bestände der technischen Bibliothek abzufragen. Nach Abschluss noch notwendiger technischer Vorarbeiten wird dieses Angebot auch im Internet verfügbar sein. Dem „digitalen Zeitalter“ wird zusätzlich durch das Angebot von schon jetzt digital verfügbaren Quellen in dieser Form Rechnung getragen. Hier wurden bereits Verhandlungen geführt, um dieses Service nach Maßgabe des Angebotes der Verlage bzw. Herausgeber zu erweitern.

Öffentlichkeitsarbeit und technischer Fotodienst

Der Aufgabenbereich und der Arbeitsumfang der **Öffentlichkeitsarbeit und technischer Fotodienst** der Stadtplanung Wien (darunter werden die Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, 21 B, 21 C und 41 verstanden) werden einerseits vom Informationsbedürfnis der Bevölkerung und andererseits von den jeweiligen Aufgabenstellungen und Ergebnissen der beteiligten Fachabteilungen bestimmt. Die wachsende mediale Überflutung macht es umso wichtiger, Informationen auf rein fachlicher Ebene zu vermitteln und gleichzeitig Plattform für das feed-back der BürgerInnen und Gäste dieser Stadt zu sein. Neben der Ausstellungstätigkeit, die den meisten Aufwand erfordert, wurden wieder

umfangreiche Publikationen herausgegeben, Veranstaltungen vorbereitet und viele Interessenten einzeln oder in Gruppen über die Tätigkeit der Wiener Stadtplanung informiert. Des Weiteren wurde die Präsentation der Stadtplanung Wien im Internet auf der Homepage der Stadt Wien maßgeblich ausgeweitet und aktualisiert.

In der **Wiener Planungswerkstatt**, dem ständigen Ausstellungsraum der Stadtplanung, werden auftragsgemäß aktuelle Fragestellungen der Stadtplanung behandelt und der interessierten Bevölkerung Informationen über Probleme, Zielsetzungen, Lösungsmöglichkeiten und Ergebnisse von Planungen vermittelt. In diesem Sinne wurden aktuelle Stadtplanungsfragen und deren lokale Lösungen in den Städten Amsterdam, Berlin, Hamburg, München, Zürich und Wien in einer eigens gestalteten Ausstellung mit dem Titel „Best of European Citys“ behandelt. „Aktuelle Projekte auf dem Sektor des Verkehrs in Wien“, der Themenkreis „Der Kleingarten – Wohnen im Grünen“ und Fragen der „Wohnqualität im Gründerzeitviertel“ waren Anlässe für die Präsentation von umfangreichem Material zu den jeweiligen Themen. Anlässlich der Verleihung des Landschaftsarchitekturpreises der Österreichischen Garten- und Landschaftsarchitekten wurde eine Ausstellung mit dem Titel „Industrie und Gewerbe – natürlich“ zusammengestellt, in der ein Schlaglicht auf die viel zu selten genutzten Möglichkeiten geworfen wurde, auch Industrie- und Gewerbegebiete durch Grüngestaltung attraktiver zu machen. Die Planungswerkstatt stand aber auch für eine Zusammenschau der Leistungen österreichischer Technikerinnen im In- und Ausland „Frauen in der Technik 1900–2000“ sowie – in Kooperation mit der Berliner Architektenkammer – der Präsentation der Ausstellung „da! Architektur in Berlin 99“ zur Verfügung. Schließlich fand auch über mehrere Wochen eine Workshop-Reihe für Jugendliche unter dem Titel „Urban Space Lab II – Go Space“ statt. Dabei waren Schüler und Lehrlinge aufgefordert, ihre Ideen zur Verbesserung des Freiraumes in ihrer Umgebung zu entwickeln und mit professioneller Hilfe umsetzbare Vorschläge zu erarbeiten.

Um Informationen möglichst nahe an die BürgerInnen zu bringen, wurden in **Bezirksausstellungen** jeweils „vor Ort“ die Ergebnisse des Wettbewerbs „Stadt 2000 – nach der KDAG“, die Ergebnisse des Expertenverfahrens „Wien 20, Höchstädtplatz“ sowie Planungen für den Bereich Nussdorf gezeigt. Vorhandene Ausstellungen über Möglichkeiten der Attraktivierung der Wiener Geschäftsstraßen, zu den Wiener Stadt- und Umwelttechnologien sowie zum Thema „Kleingarten in Wien“ wurden an verschiedenen Orten Wiens präsentiert.

Mit dem Titel „ZEICHEN BAU“ wurden die beiden Ausstellungen „Wien, Architektur – Der Stand der Dinge III“ und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung – Der Stand der Dinge III“, die im Jahr 1999 aufwendig aktualisiert und erweitert wurden, im Wiener Künstlerhaus im Rahmen einer umfassenden Präsentation zum Thema „Architektur“ erstmalig der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese für den **internationalen Einsatz** erstellten Ausstellungen wurden Ende des Jahres mit großem Erfolg in den Städten Laibach und Hamburg gezeigt. Diese Präsentationen wurden durch Vorträge namhafter Wiener Experten zu den dargestellten Ausstellungsthemen ergänzt.

Die in Gemeinschaft zwischen Stadtbaudirektion und Stadtplanung hergestellte Ausstellung „Wien, Stadt- und Umwelttechnologien“ war in Budapest, Laibach, Berlin, Brünn, Pressburg und Krakau zu sehen.

Die **Publikationstätigkeit** im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit umfasste neben vielen Informationsfoldern als Begleitung von Ausstellungen unter anderem sechs so genannte „Werkstattberichte“. In dieser einfach gehaltenen Reihe von interessanten Ergebnissen der laufenden Arbeit der Stadtplanung wurden die Themen „Wirkungsweise des Stadtentwicklungsplanes und des Siedlungspolitischen Konzeptes Ostregion 1994“, die „Kaufkraftströme Wiens 1998“, die „Zukunft der Arbeit in der Stadt“ behandelt. Darüber hinaus wurden die Themen „Urbane Strukturen – Neue Freizeittrends“, „Planungsradio – Stadtplanung im Lokalradio“ und das Thema Jugendliche erforschen die Zukunft der Stadt unter dem Titel „Urban Space Lab“ dokumentiert. „Internationale innovative Entwicklungen im Wohnungsbau“ wurden in einem Band der Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ behandelt. Ergänzend dazu beteiligte sich die Stadtplanung Wien an mehreren einschlägigen Publikationen.

In der internationalen Reihe „Der Stand der Dinge“ wurden die englisch/deutschen Broschüren zu den Themen „Wien, Architektur“ und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung“ aktualisiert und neu aufgelegt.

Einen besonderen Schwerpunkt auf dem Sektor der **Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung** stellen die Arbeiten der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang mit der Planung der Verlängerung der U-Bahn Linie U2 dar. Es wurde ein strategisches Konzept der Öffentlichkeitsarbeit zur Optimierung von Planungsergebnissen erarbeitet und weitgehend erfolgreich umgesetzt. Dies ist erwähnenswert, da sich die Stadt Wien in der Vergangenheit nur selten bereits in der Planungsphase von Großbauvorhaben einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung der Absichten und zur Einbeziehung der Bevölkerung bedient hat.

Im Zuge der persönlichen Betreuung von InteressentInnen an Fragen der Stadtplanung wurde im Schnitt fast jede Woche eine **Besucherguppe** betreut und entsprechend ihrer spezifischen Interessenslagen auch mit Unterstützung der jeweiligen Fachleute informiert. Diese Gruppen kamen aus den USA, Japan, China, aus den skandinavischen Staaten, der Schweiz, den Niederlanden, aus Deutschland und – einige wenige – auch aus österreichischen Bundesländern. Die Schwerpunkte der Fragestellungen waren Grünplanung, verschiedene Verkehrsprobleme und deren Lösungsstrategien, Stadterhaltung sowie Fragen zur Stadtentwicklung und Regionalplanung im Allgemeinen.

Das Aufgabenspektrum der Öffentlichkeitsarbeit wurde durch die organisatorische Bewältigung zahlreicher **Fachveranstaltungen** abgerundet. Dabei bestand die Aufgabe des Teams der Öffentlichkeitsarbeit darin, in der Art einer Veranstaltungsorganisation Voraussetzungen und Rahmen für eine gedeihliche Arbeit nationaler und internationaler

Expertenteams zu schaffen. Stellvertretend für viele dieser Veranstaltungen werden die Wiener Architekturgespräche sowie Aktivitäten im Rahmen der 3. Ausbauphase der Wiener U-Bahn genannt.

Auf dem Sektor der so genannten „Neuen Medien“ wurde im Jahr 1999 ein besonderer Schwerpunkt auf die Präsentation der Stadtplanung Wien im Internet (http://www.wien.gv.at/ma53/in_stadt.htm, bzw. Link zu „Stadtplanung“ auf der Startseite von Wien Online) gelegt. In diesem Zusammenhang soll aber auch auf die Beteiligung der Stadtplanung Wien am Projekt www.gürtel.at hingewiesen werden, in dem der Stadt eine Plattform für alle Aktivitäten im Rahmen des EU-Projektes „URBAN WIEN – Gürtel plus“ zur Verfügung stellt.

Im Rahmen der **fotografischen Dokumentation** wurden die Arbeiten an der Chronologie des Baugeschehens in Wien weitergeführt und das über das Intranet und Internet zugängliche Informationssystem nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen vorangetrieben.

Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft der Stadt Wien sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung“ übertragen worden. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkte zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes
- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten
- Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens
- Stadterhaltung und architektonische Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens in Schutzzonen
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadterhaltung – Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbilds bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlussabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Wiener Stadtwerken, Wiener Linien, Wienstrom, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfangs ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so dass Honorare eingespart werden konnten.

1. Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“ stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfelds zum Inhalt haben.

Diese Tätigkeit umfasst grundsätzlich vier Arbeitsbereiche:

- Oberflächenplanungen
- Möblierung des öffentlichen Raums
- Diverse andere Gestaltungsaufgaben
- Begutachtung von privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben werden, wie z. B. U3-Ost (Bauabschnitt U3/19-22), 11., Simmeringer Hauptstraße, 11., Enkplatz, ist die begleitende Oberflächengestaltung der Stationsvorplätze und die Straßenplanung fortgesetzt bzw. beendet worden. Oberflächenplanungen wurden weiterbearbeitet, wobei es sich teil-

weise um Architektenbeauftragungen handelt, (wie z. B. 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz, 1., Judenplatz, 2., Karmeliterviertel, 3., Landstraßer Hauptstraße 3. Teil, 5., Reinprechtsdorfer Straße, 5., Siebenbrunnenplatz, 5., 12., Margaretenviertel, 7., Museumsquartier Vorplatz, 8., Albertplatz, 9., Julius-Tandler-Platz, 16., Yppenplatz, 21., Floridsdorfer Hauptstraße, 22., Kagran-West, 23., In der Wiesen Nord) bzw. um Eigenplanungen der MA 19, (wie 2., Ilgplatz, 4., Favoritenstraße, 5., Am Hundsturm, 5., Schlossgasse/Hofgasse, 13., Am Platz, 13., Altgasse, 21., Amtsstraße, 23., Ketzergasse, Abänderung der Möblierung Fußgängerzone Kärntner Straße und weitere 41 kleinere Projekte).

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates betraf die Oberflächenplanungen für die Stadterweiterungsgebiete im 21., 22. und 23. Bezirk. In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befassten Architekten und den beteiligten Dienststellen wurden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellen Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollten.

In den Arbeitskreisen 1., Kunstplatz-Karlsplatz, 1., Donaukanalbereich – Innere Stadt, 2., Praterstraße, 2., Donaukanal – Umweltmeile Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN – Gürtel Plus“ (Gumpendorfer Straße – Nussdorfer Straße), „Kulturachse Schönbrunn“ (Schönbrunn Vorplatz – Technisches Museum – Äußere Mariahilfer Straße) sowie Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung hat die Abteilung – teilweise federführend – mitgearbeitet. Für den Bereich 20., Wallensteinplatz wurde eine Ideenfindung durchgeführt.

Möblierung des öffentlichen Raumes

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates. Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:

- Weiterbearbeitung eines Aufstellungssystems für Altstoffcontainer (gemeinsam mit der MA 48) im Sinne einer stadtgestalterischen Ordnung nach einer von der MA 19 beauftragten Studie laut Prototyp Bearbeitung des 15. Bezirks und weiteren Bezirken z. B. 3., 12.
- Überarbeitung der „Rechnergesteuerten Betriebsleitsystem-Anzeigen“ gemeinsam mit den Wiener Linien (Prototyp)
- gestalterische Weiterbearbeitung der Gasdruckregler bzw. Trafostationen (gemeinsam mit Wiener Stadtwerken)
- neue Beleuchtungssysteme für den öffentlichen Raum, Projekt Schwarzenbergplatz
- Entwicklung von neuen Liftaufbauten im öffentlichen Raum am Beispiel 1., Freyung, 1., Oper
- Entwicklung von Werbeleuchtsäulen am Beispiel 4., Favoritenstraße mit der Akademie der bildenden Künste
- neue Info-points im öffentlichen Raum

Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Die Abteilung hat folgende Agenden durchgeführt:

- Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28,
- Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke,
- Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen und Bearbeitung von diesbezüglichen gestalterischen Aufgaben,
- Teilnahme an projektbezogenen Bürgerdiskussionen,
- Öffentlichkeitsarbeit im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw.

Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Folgende Themengebiete werden behandelt:

- Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfaßsäulen, City-Light-Wartehallen usw.
- Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dem WIFI und dem Institut für Fremdenverkehrsentwicklung wurde 1999 überarbeitet und in der Praxis laufend umgesetzt. Weiterbearbeitung der praxisgerechten Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbs „Kioske im öffentlichen Raum“ bzw. neuer Entwicklungen im Bewilligungsverfahren. Im Jahr 1999 wurden rund 980 Ansuchen behandelt.

2. Referat „Generelle Grundlagenplanung“

Das Referat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen und überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen bzw. begleitet oder koordiniert deren Entwicklung.

Generelle Konzeptionen

Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand einerseits die Überprüfung der Anwendungsmöglichkeit des neuen Stadterhaltungskonzepts im Hinblick auf verschiedene Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans sowie die Schutz-zoneninventarisierung mittels Grafischem Informationssystem (GIS) im Vordergrund.

Der Projektablauf ist in mehreren Phasen konzipiert, wobei 1999 folgende Arbeitsschritte erfolgten:

Phase 2 – Schnellinventarisierung:

Die Schnellinventarisierung stellt als zweite Phase der neuen Arbeitsweise für die Schutzzonenabgrenzungen den wesentlichsten Arbeitsschritt dar, da hierbei die neuen Schutzzonengrenzen vordefiniert werden. 1999 wurde begonnen, die Bezirke 12 und 13 sowie die alten Ortskerne im Süden und Norden Wiens zu inventarisieren und daraus gegebenenfalls neue Schutzzonen (SZ)-Vorschläge abzuleiten, welche in weiterer Folge – nach eingehender Diskussion – im Bebauungsplan ausgewiesen werden sollen. Die Fertigstellung dieser Bearbeitungen ist für das Frühjahr 2000 vorgesehen.

Die Basisinventarisierung für die Bezirke 4 und 7 sowie die Inventarisierung von Aspern, Leopoldau und Stadlau wurde 1999 abgeschlossen. Für Rodaun, Mauer, Kalksburg, Oberlaa, Unterlaa und Rothneusiedl wurde mit einer Schnellinventarisierung begonnen.

Für Strebersdorf wurde, im Zuge der laufenden Bearbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes durch die MA 21 eine Schutzzone neu formuliert bzw. die Gebäude innerhalb dieser Schutzzone einer Inventarisierung zugeführt.

1999 wurde begonnen, aus den erhobenen Daten der Schnellinventarisierung statistische Auswertungen zu erstellen. Diese Statistiken werden einen Überblick über den historisch gewachsenen Bestand der erhobenen Bezirke geben.

Für die Abfrage der Daten des Schutzzonenmodells im Intranet wurde das Intranetprogramm gemeinsam mit der MA 14 weiterentwickelt. Es können Pläne wie die Stadtkarte, Kataster, Bebauungsplan und Luftbild sowie Fotos und Datenbankdaten der inventarisierten Objekte dargestellt werden. Seit der Installation im Juli 1998 wurden bereits über 90.000 Zugriffe verzeichnet.

Die 1994 erstellte Ausstellung zum Thema „Stadterhaltung und neue Architektur – Stand der Dinge in Wien“ wurde neu erstellt und 1999 in Wien, Laibach und Hamburg präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben und Vergleiche zum neuen Schutzzonenmodell von Wien gezogen werden konnten.

EU-Projekt

5. Rahmenprogramm – Leitaktion 4 – Die Stadt von morgen und das kulturelle Erbe.

Gemeinsam mit den Partnerstädten Göteborg, Lucca, Laibach und Neapel wurde im Zuge der Ausschreibung des 5. Rahmenprogrammes der europäischen Kommission das Projekt „Sustainable Integrated Urban Conservation Management“ für eine Einreichung zur Förderung durch die EU vorbereitet. Bei Förderungszusage wird das Projekt über ca. 4 Jahre laufen. Aufbauend auf den schon erarbeiteten Grundlagen des Wiener Schutzzonenmodells sollen weiterführende Studien zu spezifischen Themenbereichen (auch in Zusammenarbeit mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds [WBSF] und der MA 18) erarbeitet werden.

Studie „Die Architekturabteilung des Wiener Stadtbauamtes“

Aufbauend auf der im Architekturzentrum gezeigten Ausstellung „Erich Leischner und das Wiener Stadtbauamt“ wurde eine Sammlung der Eigenplanungen (kommunale Wohn- und Nutzbauten) der Architekturabteilung des Wiener Stadtbauamtes zusammengestellt.

Koordinierung von Planungsabläufen

Donau-City, Projektteam Donau-City

Die städtebaulich-gestalterische Entwicklung der Donau-City wird unter Mitwirkung bzw. Federführung der MA 19 koordiniert.

Die entstehenden Hochbauprojekte sowie die Ausführung der öffentlichen Bereiche wurden und werden auf ihre städtebauliche und gestalterische Verträglichkeit überprüft.

Im Rahmen der Aufgabenstellungen des Projektteams Donau-City (Koordinierung der Planungsabläufe zwischen der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum (WED) und der Stadt Wien, Entwicklung eines neuen Masterplans für die Donau-City, Visualisierungen von Bauvorhaben für die Donau-City und Abstimmung der Zwischenergebnisse mit der Lenkungs- bzw. Koordinationsgruppe) wurden generelle Themen (z. B. neues Fußwegesystem im Südost-Teil, Varianten für Standortentscheidungen) bzw. eine Vielzahl von Einzelthemenstellungen (z. B. Überarbeitung Eingangssituation, Lösungen zum Donau-City-Vorfeld) behandelt und auch abgestimmt.

Auf Grund der Überarbeitung des Masterplans ergaben sich Grundlagen für weitere Studien zu Inhalten für einen zeichensetzenden Kulturbau in der Donau-City bzw. Grundlagen für die Vorbereitung eines städtebaulichen Wettbewerbes.

Die Entwicklung des Bauplatzes „Ares“ wurde mit der WED im Sinne einer adäquaten städtebaulichen Form (Hochhaus) behandelt.

Das 3D-Datenmodell für die Donau-City und den Umraum wurde weiter aktualisiert und bereits bei mehreren Entscheidungsfindungen wie auch Publikationen (Internet) und Ausstellungen (Architekturkongress in Peking) angewendet.

Bauträgerwettbewerb, 6., Wallgasse

Für den Bereich 1060 Wallgasse – Gumpendorfer Gürtel – Gumpendorfer Straße ist die Durchführung eines Investoren- und Architektenwettbewerbs in Vorbereitung.

Dieser Wettbewerb basiert auf einer im Jahre 1995 von Herrn Dipl.-Ing. Gräsel im Auftrag der MA 21A und MA 19 erstellten Feasibility Studie.

In dieser Studie wurde neben den Bebauungsmöglichkeiten ein Garagenstandort unter dem Fritz-Imhoff-Park untersucht, dem seitens des Bezirks eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Die Grundlagen für die Wettbewerbsausschreibung wurden 1999 aufbereitet, auf Grund der schwierigen Grundbesitzverhältnisse sind vor der Auslobung noch diverse rechtliche Fragestellungen zu klären.

Donauraum

Im Zuge der Realisierung des Hochwasserschutzprojektes „Donauinsel/Entlastungsgerinne an der Wiener Donau“ wurde für den engeren Donauraum ein Nutzungskonzept erstellt, das der Wiener Gemeinderat 1979 als „Nutzungskonzept Engerer Donauraum“ mit Beschluss zur Kenntnis genommen hat.

Die Bedeutung des Donauraumes als Erholungsgebiet rückte durch die starke Entwicklungsdynamik vor allem in den angrenzenden Bezirken in den letzten 20 Jahren immer mehr in den Vordergrund, wodurch sich neue Anforderungen an den Erholungsraum stellten. Diese Entwicklung einerseits und ein Handlungsbedarf auf Grund vielseitiger Ansuchen von Investoren und Betreibern von Freizeiteinrichtungen andererseits war Grund für eine Überprüfung des bestehenden Nutzungskonzeptes aus dem Jahre 1979, für die Erstellung einer Reihe von Untersuchungen und Analysen und einer Neudefinition eines Leitbilds 2000.

Eine interdisziplinäre, magistratsinterne Arbeitsgruppe („Arbeitskreis Donauraum“), die von Herrn Stadtbaudirektor eingesetzt wurde und sich aus den Magistratsabteilungen 18, 19, 21C und 45 zusammensetzt, erarbeitete mit unterstützender Mitarbeit von Fachleuten ab dem Frühjahr 1996 ein, nunmehr vorliegendes „Stadtstrukturelles Nutzungskonzept Donauraum Wien 2000“.

Inhalt der Bearbeitung waren die Analyse des gesamten Donauraumes im Hinblick auf die städtebaulichen und nutzungsmäßigen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte, die Erarbeitung von Grundlagen für ein neues Nutzungskonzept und die Ausweisung von möglichen Entwicklungsspielräumen und weiteren planerischen Vertiefungsgebieten. Zielsetzung des aktualisierten Leitbildes ist es, ein ausgewogenes und abgestimmtes Verhältnis zwischen notwendigen Freizeitangeboten und dem Naturraum festzuschreiben.

Aufbauend auf den Vorgaben dieses „Stadtstrukturellen Nutzungskonzeptes Donauraum Wien 2000“ soll auch die Festsetzung des neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Jahr 2000 erfolgen.

1999 wurde dieses Konzept fertig gestellt und den relevanten Gremien (Dienststellen, Bezirke, Gemeinderatsausschüsse) zur Kenntnis gebracht, diskutiert und weitere Feinabstimmungen vorgenommen.

In Zusammenarbeit mit der MA 45 wurde, aufbauend auf den Erkenntnissen einer Bestandsanalyse aus dem Jahr 1997, ein Leit- und Informationssystem für einen Teilbereich des Donauraumes (Weiterführung ist vorgesehen) sowie ein „Corporate Design“ für den Donauraum entwickelt. Erste Prototypen des Leitsystems sollen im Jahr 2000 errichtet werden.

Westbahnhof

In Zusammenarbeit mit der ÖBB wird, im Rahmen einer Arbeitsgruppe (MA 18, MA 21A, MA 46, u. a. unter der Leitung der MA 19), ein städtebauliches Entwicklungs- und Gestaltungskonzept für das Westbahnhofgelände, vom Europaplatz bis zur Johnstraße ausgearbeitet. Von den Arch. Prof. Holzbauer und Prof. Peichl wurden 1999 dazu weitere Konzeptionen ausgearbeitet, Detaillösungen, vor allem verkehrstechnischer Natur, sind noch in Bearbeitung.

Westgürtel

Wie die Donau, der Donaukanal, das Wiental, der erste Bezirk und die Ringstraße zählt auch der Gürtel als Stadtelement zu den „Imageträgern“ Wiens. Als eines der wesentlichen, stadtgliedernden Raumelemente Wiens besitzt der Gürtel einen hohen Identitätsgehalt, die historische Stadtentwicklung ist an seiner Konfiguration klar nachvollziehbar.

Durch die Dominanz des Verkehrs ist er heute in seiner Funktion als Freiraum und klimawirksame Grünschneise weitgehend eingeschränkt, die Boulevardsituation ist verödet. Eine seinerzeit relativ günstige Wohnlage ist heute schwer beeinträchtigt.

Im Bewusstsein dieser Gegebenheiten wurden in den vergangenen 2 Jahrzehnten verschiedene Planungsverfahren (z. B. Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt) durchgeführt und Initiativen (EU-Projekt „URBAN Wien – Gürtel Plus“ und das umfassende Programm der sanften Stadterneuerung) gesetzt, die in Teilbereichen sichtbare Erfolge erbracht haben.

In den vergangenen 3 Jahren ist eine gewisse bauliche Dynamisierung festzustellen, welche auch als Reaktion auf die genannten Sanierungsbemühungen verstanden werden kann.

Für einen umfassenden Erneuerungsprozess, der den Verkehr, die städtebauliche Identität, die möglichen baulichen Entwicklungspotenziale, die Wohn- und Umfeldsituation, die sozialen Strukturen, die wirtschaftliche Entwicklung etc. beinhaltet, ist ein integriertes Maßnahmenpaket aufzustellen, welches einerseits Maßnahmen der öffentlichen Hand wie auch des privaten Sektors beinhaltet. Dafür sind entsprechende Randbedingungen zu schaffen.

Für die möglichen städtebaulichen Entwicklungspotenziale wurden in einer umfangreichen Studie (Arch. Prof. Holzbauer/Peichl) sowie in einer begleitenden Expertenrunde im Jahre 1999 Optionen und Randbedingungen aufgezeigt. Die MA 19 war dabei für die inhaltliche Aufbereitung verantwortlich.

Die Ergebnisse wurden in einer Pressekonferenz im Dezember 1999 von Vizebürgermeister Dr. Görg vorgestellt.

Nach Abschluss der Diskussion von Zwischenergebnissen sollen mehrere geschäftsgruppenübergreifende Arbeitsgruppen die relevanten Aspekte jeweils vertiefen und daraus ein Arbeitsprogramm formulieren, welches im „strategischen Projekt Westgürtel“ weiterbehandelt wird.

Mitarbeit bei Projektentwicklung und Arbeitskreisen

Generelle Ingenieurprojekte

Die MA 19 ist im Zuge der Instandsetzung und Hebung der Prater Hochstraße im Hinblick auf gestaltungsrelevante Lösungsfindungen laufend eingebunden.

Bei den Planungen Nussdorfer Steg, Steg über Anton-Baumgartner-Straße, Radweg über Ketzergasse sowie B 227 Unterführung Rautenweg wurden von der MA 19 die stadtgestalterischen Fragestellungen behandelt (Gestaltung, Einbindung in das Stadt-/Landschaftsbild).

Lärmschutzprojekte

Die gestalterischen Begleitplanungen für die Lärmschutzprojekte B 227 – Rautenweg und B 3 – Donaustraße erfolgten durch die MA 19.

Arbeitskreis GIS-Anwendung zur Plandokumentenerstellung für die MA 21-Abteilungen

Nachdem der MA 19 mit dem neuen Schutzzonenmodell der Stadt Wien in der Stadtplanung eine Vorreiterrolle bei Datenbankstellungen zukommt und die GIS-Anwendung für die MA 21-Abteilungen vom grundsätzlichen System und der Organisation her ähnliche Anforderungen hat, konnten die Erfahrungen mit den anzuwendenden Systemen in einem Arbeitskreis weitergegeben werden.

Arbeitskreis U-Bahnverlängerungen

Schwerpunktmäßig wurde das generelle Projekt der Verlängerung der U2 nach Stadlau weiterbehandelt. Mögliche Oberflächenausgestaltungen, Ausbildung von Stationsbauwerken, Auftauchen aus der Tieflage im Bereich Ausstellungsstraße stellten für die MA 19 die wesentlichen Fragestellungen dar.

ÖNORM, Mitarbeit in Normenausschüssen

Die MA 19 arbeitet in den Normenausschüssen FNA 133 – grafische Öffentlichkeitsinformation und FNUA 01 h – Sicherheit in der Stadt- und Gebäudeplanung mit.

Beim FNUA 01 h steht die Erarbeitung einer Richtlinie im Vordergrund, die eine Hilfestellung für die Beurteilung einer städtebaulichen Umgebungssituation und den daraus resultierten Sicherheitsmaßnahmen bei Neuplanungen und baulichen Adaptierungen von Wohnhausanlagen bietet.

Arbeitskreis: Güterterminal Inzersdorf-Metzgerwerke

Von der ÖBB wurde im Jahr 1998 ein Wettbewerb für die „Generalplanung Logistikcenter Inzersdorf“ durchgeführt. Das Siegerprojekt von Architekt Neumann & Partner wurde der Stadt Wien präsentiert.

In mehreren Besprechungen mit Vertretern der ÖBB wurde das von der Stadt Wien kritisch beurteilte Logistikgebäude (EC-Gebäude) hinsichtlich seiner Größe, Gestaltung und Einbindung in das Landschaftsbild behandelt und in weiterer Folge vom Architekten Neumann überarbeitet. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit der ÖBB ein Leistungsbild für die Entwicklung von modularen Güterumschlagshallen entwickelt.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Zu den laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie zu den Entwürfen der Bezirksentwicklungspläne wurden Stellungnahmen aus der Sicht der Stadtgestaltung abgegeben.

Arbeitskreis: Bahnhof Wien (Südbahnhofareal)

Die ÖBB und die Stadt Wien haben im Jahr 1995 gemeinsam ein städtebauliches Expertenverfahren für den Bereich des Südbahnhofareals durchgeführt, bei dem das Projekt von Architekt Hotz zur Weiterbearbeitung empfohlen wurde.

Auf Grund geänderter Rahmenbedingungen wurde nunmehr von der MA 21B ein neues städtebauliches Leitbild für die Bebauung des gesamten Bahnhofbereiches in Auftrag gegeben. Seitens der MA 19 werden dabei die stadtgestalterischen Aspekte eingebracht und begleitet.

Wiental – Wienfluss

Das im Jahre 1991 unter der Leitung der MA 19 erstellte „Wienfluss-Konzept“ (Kanalbau, Hochwassersicherung, Ökologisierung, Gestaltung und Attraktivierung) wurde in Arbeitsgruppen unter Federführung der MA 30 und MA 45 im Hinblick auf eine schrittweise Realisierung weitergeführt.

Visualisierung von Stadträumen

Mittels einer 1996 eigens entwickelten Software wurden auf Basis der Digitalen Mehrzweckkarte unter anderem für folgende Projekte 3D-Modelle entwickelt:

- **Donau-City:**

Zur Unterstützung der Entscheidungen des Projektteams sowie für Publikationen.

- **Westgürtel:**

Zur Unterstützung der für die Entwicklung einer Planungsphilosophie einberufenen Expertengruppen wurde für den gesamten Westgürtel ein 3D-Modell erstellt.

Den geplanten Veränderungen konnte so der Bestand gegenübergestellt werden. Entsprechende Planungsvarianten wurden untersucht und verteilt.

3. Referat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefasst, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, und zwar in

- Schulbau
- Kindergärten, Heime
- Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten
- Krankenanstalten und Pflegeheime

Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt – ausgehend von der Grundlagenbeschaffung – den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.

Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren (Wettbewerb, Verhandlungsverfahren) oder Gutachterverfahren abzuwickeln, wobei das Verfassen der Ausschreibungsunterlagen, die Vorprüfung und Schriftführung sowie die Vorbereitungen für Ausstellungen von der Abteilung wahrgenommen werden.

Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlussrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Schulbau

Im Rahmen des Schulbauprogramms 2000 wurden seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfes im Wiener Pflichtschulbereich ca. 100 Schulen neu gebaut oder erweitert. Dieses Programm ist nun im Wesentlichen abgeschlossen. Auf dem Bildungssektor stehen nunmehr vermehrt finanzielle Mittel für Generalsanierungen der bestehenden Schulen zur Verfügung.

Im Zuge der Instandsetzung von Schulgebäuden kommt es – falls erforderlich – auch zu Umplanungen, Erweiterungen und Verbesserungen der vorhandenen Bausubstanz.

Im Schulbau ist die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme in Entwurf und Planung Aufgabe der MA 19. Dies ist gerade in bestehenden Gebäuden und im dicht verbauten innerstädtischen Gebiet mit nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten verbunden, da kaum ausreichend große Bauplätze zur Verfügung stehen und trotzdem Lösungen gefunden werden müssen, die alle funktionellen Anforderungen erfüllen. Die Folge sind langwierige Planungsphasen und Erschwernisse bei den sich in Betrieb befindlichen Altgebäuden, wie etappenweise Bauführung unter Aufrechterhaltung des Schulbetriebes.

Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl und Beurteilung neuer Standorte bzw. für die Lösung der Bauaufgabe bei bestehenden Gebäuden werden im Schulbaureferat Bebauungsstudien erstellt und vergeben und Wettbewerbe ausgeschrieben. Durch diese gewissenhafte Aufbereitung der Planungsgrundlagen kann die Entscheidungsfindung innerhalb der Schulverwaltung und die Beschlussfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der einzelnen Schulen rascher erfüllt werden.

Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung folgender Schulstandorte erstellt:

(VS = Volksschule, HS = Hauptschule, PS = Polytechnische Schule)

VS 7., Langegasse

VS 15., Hackengasse

- VS 15., Ortnergasse 4
- VS 18., Scheibenbergstraße 63
- VS + HS 19., Oskar-Spiel-Gasse 3
- VS 22., Natorpgasse 1
- VS 22., Steinbrechergasse 6

Für den Neubau der Berufsschule für Gärtner und Floristen in 22., Siebeckstraße 14 wurde eine EU-weite Bewerbung ausgeschrieben, anschließend ein Architektenwettbewerb durchgeführt und ein Siegerprojekt ermittelt. Der Vorentwurf für diesen Neubau befindet sich in Ausarbeitung.

Die Einreich- und Polierplanungen für die Zubauten zu folgenden Schulen wurden fertig gestellt und der Baubeginn steht unmittelbar bevor: VS + HS 8., Pfeilgasse 42b, VS 10., Quellenstraße 54.

Mit Generalinstandsetzungen bzw. Adaptierungen folgender Schulgebäude wurde begonnen:

- 5., Am Hundsturm 18
- 15., Goldschlagstraße 113
- 17., Geblergasse 29–31
- 18., Währinger Straße 173–181
- 19., Krottenbachstraße 108
- 22., Aderklaaer Straße 2

Im Jahr 1999 wurden folgende Schulneubauten fertig gestellt und im September in Betrieb genommen:

- VS + PS 20., Engerthstraße–Stromstraße
- VS 22., Donau-City
- VS + HS 22., Am Kaisermühlendamm
- HS 23., Carlberggasse

Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referates Kindergärten & Heime umfasst alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischer Kindergärten, Wohngemeinschaften, Krisenwohngemeinschaften, Kinderheime und Kindererholungsheime, Jugendämter und sonstige Beratungsstellen der MA 11 (sozialpädagogische Ambulanzen etc).

Steigende Geburtenzahlen und eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zum Wohnungsbau ist ein flächendeckender Ausbau von **Kindertagesheimen** (KTH) angegangen. Das Verhältnis Wohnungsanzahl zu Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von ca. 180–220 Wohneinheiten pro KTH-Gruppe festgelegt. Als Zielvorstellung ist eine Nutzfläche von 150 m² und eine Freifläche von 600 m² pro Gruppe anzunehmen. Derzeit beträgt der Anteil städtischer Kindergärten rund 54 %. In etwa 400 Kindergärten können insgesamt ca. 40.000 Kinder betreut werden.

Das erweiterte Programm zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen ist 1993 angegangen. Von Herbst 1993 bis Ende 1999 wurden insgesamt 98 städtische Kindertagesheime errichtet, 14 davon wurden 1999 fertig gestellt. Derzeit sind ca. weitere 25 Projekte in Vorbereitung. Ungefähr 90 % dieser Kindertagesheime werden und wurden im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet und mitfinanziert, die restlichen Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert.

Seit 1997 werden jedoch nicht mehr alle von der Stadt Wien errichteten Kindertagesheime von der Stadt Wien geführt, sondern auch von privaten Betreibern. Derzeit sind 25 Kindertagesheime ausgeschrieben und vergeben.

Die Planung der KTH-Neubauten wird großteils von beauftragten Architekten durchgeführt. Die Projekte werden vom Referat vom Vorentwurf über die Detailplanung bis zur Übergabe betreut.

Die Ausschüttung der so genannten „Kindergartenmilliarde“ führt zu einer verstärkten Kindertagesheimbautätigkeit auf privatem Sektor, z. B.: Betriebskindergärten. Hier ergeben sich durch deren Verflechtung mit der MA 11A (Prüfung des Vorhabens, finanzielle Zusage, Betriebsbewilligung) auch zunehmend Begutachtungstätigkeiten für das Referat (z. B.: Betriebskindergärten der Firmen Philips, Ikea Nord, Bank Austria, CA, Baxter/Immuno, Siemens, Museumsquartier/Messepalast u. a. m.).

Erstmalig wurde für die Vergabe eines KTH-Neubaues auch ein Gutachterverfahren abgehalten (22., Bernoullistraße). Der Erfolg stärkt die Absicht, dies bei Projekten einer gewissen Größenordnung auch weiterhin so durchzuführen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Bereich der Sanierung bestehender Kindertagesheime. Viele der in den 60er Jahren errichteten Gebäude entsprechen nicht mehr den funktionellen Anforderungen und bedürfen auch hinsichtlich der Bausubstanz dringender Sanierungsmaßnahmen. Der derzeit steigende Bedarf an Krippenplätzen machte Adaptierungsmaßnahmen und damit Entwurfsplanungen für Zu- und Umbauten erforderlich. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang insbesondere nachfolgende Projekte (Gruppenanzahl-Bewegungsraum):

- 1., Rathausstraße (2+1), 3., Leonhardgasse (5+1), 12., Haebergasse (7+2)

Mit den Umbauarbeiten wurde nach Plänen der MA 19 begonnen:

- 1., Rudolfsplatz (6), Generalsanierung
- 2., Venediger Au (4 + 1), Zubau und Teilsanierung
- 15., Siebeneichengasse (9 + 1), Generalsanierung

Nachfolgende Sanierungsprojekte wurden fertig gestellt:

- 3., Landstraßer Hauptstraße (4)
- 11., Rinnböckstraße (5)
- 12., Ruckergasse (5)
- 23., Putzendoplergasse (5)

Im Rahmen des Programmes „Heim 2000“ wird auf dem Gebiet des Heimwesens vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6 bis 8 Jugendliche und deren Betreuer. Eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften ist sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt und wird auch bereits durchgeführt.

Beispiele:

- 12., Reismannhof, 14., Penzinger Straße, 23., Steinergasse.

Ausgewählte Kindertagesheim-Projekte

1999 fertig gestellt:

- | | |
|--------------------------------|---------------------|
| 10., Gudrunstraße | Stadt Wien – MA 11A |
| 10., Grundäckerstraße | fremde Betreiber |
| 11., Czokorgasse | fremde Betreiber |
| 14., Hütteldorfer Straße 130a | fremde Betreiber |
| 16., Koppstraße (Odelgagründe) | fremde Betreiber |
| 22., Schrebergasse | Stadt Wien – MA 11A |
| 22., Donau City – 2 KTH | fremde Betreiber |
| 22., Prandaugasse – 2 KTH | fremde Betreiber |
| 22., Donaufelder Straße | Stadt Wien – MA 11 |
| 22., Wohnpark Neue Donau | fremde Betreiber |
| 23., Carlberggasse | fremde Betreiber |
| 23., Steinergasse | fremde Betreiber |

Derzeit in Bau:

- 2., Vorgartenstraße/Nordbahnhof
- 10., Laaerbergstraße
- 11., Gasometer Simmering/Guglgasse
- 12., Andersengasse
- 14., Penzinger Straße/Schimanhof
- 14., Hägelingasse
- 22., Prandaugasse – Provisorium
- 23., In der Wiesen Nord

Derzeit in Planung:

- 1., Rathaus Kindertagesheim
- 2., Messerandbereich Trabrennstraße
- 9., Altes AKH (privat)
- 10., Tesarekplatz
- 11., Lorystraße 127
- 16., Seeböckgasse
- 22., Lange Allee (privat)
- 22., Vienna International Center (privat)

Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

Im Folgenden werden die Tätigkeiten der MA 19 in den verschiedenen Bereichen dokumentiert.

Amtshäuser

- Attraktivierung der Amtshäuser im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung durch Umbauten und Neugestaltungen.
- Verbesserte Erschließung für Behinderte durch barrierefreie Zugänge und Aufzüge.
- Planungen im Rahmen der Erhaltung der Amtshäuser.

Bemerkenswerte Um- und Zubauten:

- Rathaus, Arkadenhof, Neubau, verfahrbares Membrandach
- Planungsbeginn Rathaus, Hof 2, Zubau
- vor Fertigstellung Amtshaus Margareten
- Umbauten und Neugestaltung des Festsaales
- in Bau Amtshaus Speising, Generalsanierung, fertig gestellt

Museen

Bemerkenswerter Zubau: Museum der Stadt Wien, Karlsplatz, Zubau und Hofüberdachung, in Bau

Bäder

Bemerkenswerter Neubau: Neubau Dianabad, in Bau

Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

Bemerkenswerte Neubauten: Neubau Stützpunkt 12., Wundtgasse, fertig gestellt, Neubau Stützpunkt 23., Speisinger Straße, fertig gestellt.

Sportbauten

Bemerkenswerter Neubau: Tribüne Horrstadion, in Bau

Veterinäramt

Bemerkenswerter Umbau: Generalsanierung und -umbau der „Schweinebörse“, in Bau

Feuerwehr

Bemerkenswerter Neubau: Gruppenfeuerwache Donaustadt, Donau-City, in Bau

Rettung

Bemerkenswerte Um- und Zubauten von Betriebs- und Garagengebäuden: Zubau Rettungszentrale, in Planung

Weitere bemerkenswerte Projekte

- Hauptbibliothek, Planungsbeginn
- Umbau Konservatorium der Stadt Wien, Konzertsaal, 1., Johannesgasse, fertig gestellt
- Umbau Konservatorium der Stadt Wien, Dependance 1., Singerstraße, fertig gestellt
- Neubau Heim für obdachlose Männer, 21., Siemensstraße, in Planung
- Generalsanierung Luegerkirche (Zentralfriedhof) 2. Phase, in Bau
- Neubau Nationalparkcamp Lobau, fertig gestellt
- Neubau Eingangspavillons Nationalpark Donauauen, Planungsbeginn
- Zubau Blumenhalle, Großmarkt Inzersdorf, in Planung

Krankenanstalten und Pflegeheime

Allgemeines

Für diverse kleinere Umstrukturierungen und dringend notwendige Standardanhebungen wurde eine große Zahl an Entwurfs-, Einreich- und Ausführungsplänen erstellt. Die MA 19 arbeitete bei der Abstimmung von Raumprogrammen für die Neuplanung von Krankenhäusern und Pflegeheimen des Wiener Krankenanstaltenverbundes mit.

Geriatriezentrums am Wienerwald

Für die Generalsanierung des Pavillon VI, beinhaltend zwei Bettenstationen mit je 36 Betten sowie die Schaffung eines Instituts für physikalische Medizin, wurden Ausführungs- und Detailzeichnungen erstellt.

Für 130 Räume wurden Einrichtungspläne mit Wandabwicklungen gezeichnet.

Förderpflegeheim Ybbs an der Donau

Haus 2-Westflügel Ebene EG, OG1 und OG2; Für die bauliche Umsetzung dieses Bereiches wurden Entwurfs- und Einreichpläne erstellt.

Für den Pavillon 13 wurde die Planung für eine Generalsanierung erstellt.

Semmelweis-Frauenklinik

Durch die Neuanschaffung einer Röntgenanlage war es notwendig, den gesamten Röntgenbereich baulich zu adaptieren und neu zu gestalten.

Für die Generalsanierung des Ambulanzbereiches wurden Entwurfspläne erstellt. Das Projekt wird im Jahr 2000 umgesetzt.

Wilhelminenspital

Für die dringend notwendige Neuerrichtung der Notstromanlage wurden sämtliche Planleistungen von der MA 19 durchgeführt. Der hohe technische Standard des Projektes sowie der immense Zeitdruck bei der Umsetzung erforderte eine intensive Betreuung der Baustelle.

Für die Umgestaltung der Erstversorgung wurde die Gesamtplanung erstellt. Das Projekt soll im Jahr 2000 realisiert werden.

Kaiserin-Elisabeth-Spital

Pavillon 2; 1. Stock Stationssanierung – 1999 Realisierung nach Planung der MA 19.

Die bestehende Bunkeranlage aus dem Zweiten Weltkrieg wurde für die Schaffung von zusätzlichen Wirtschaftsräumen um ein Geschoss erweitert. Für die Erschließung wurde ein neues Stiegenhaus mit Aufzug errichtet.

Pflegeheim Baumgarten

Für den Pavillon 2 Ebene 3–4 wurde die Entwurfsplanung für eine zukünftige Standardanhebung erstellt.

Pulmologisches Zentrum

Für die notwendige Standardanhebung der Station L2 (Pav. Leopold) wurden Entwurfs- und Einreichpläne erstellt.

Pflegeheim Klosterneuburg

Die Einreich- und Detailplanung für die Überdachung eines Innenhofes wurde erstellt.

4. Dezernat „architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Dezernates liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch-stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet.

Die Tätigkeit stellt eine direkte projektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, dass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Auf Grund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor und der Intensivierung der Betreuung nahm der Aufwand der Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 1999 exorbitant zu.

Die gutachterliche Tätigkeit zu Stadtbildproblemen nahm allgemein auf Grund von vermehrten Bürgeranfragen und Stellungnahmen gegenüber der Bauoberbehörde zu. Wesentlich dafür war die Novellierung der Bauordnung (BO) mit den geschaffenen Möglichkeiten zur Überschreitung der zulässigen Gebäudehöhe gem. § 75 (9), dabei wurde die Entscheidungskompetenz zur Bauhöhenbegrenzung der Stadtgestaltung übertragen. Durch das geschaffene „vereinfachte Bauverfahren gem. § 70a“ unterliegt auch die vom Referat durchgeführte Begutachtungstätigkeit einem hohen Zeitdruck.

Die seit 1998 über das Intranet verfügbaren bzw. einsehbaren Bebauungsbestimmungen und Schutzzonenobjektdateien beschleunigen die Grundlagenerhebung und verstärken das kundenorientierte Informationsservice des Dezernates „architektonische Begutachtung“.

Im Berichtsjahr 1999 wurden vom Dezernat wissenschaftliche Studien betreut.

- Eine Studie beschäftigte sich mit der Wiederherstellung historischer Straßenbeschilderung.
- Studien zu konkreten Fassadensanierungen.
- Die Studie „schöne neue Stadt“ brachte einen analytischen Vergleich von stadtgestalterischen Institutionen Wiens mit anderen Städten wie Graz, Linz, Salzburg, Berlin, Frankfurt, Zürich und Katmandu. Die Studie wird Anfang 2000 abgeschlossen sein und verspricht Rückschlüsse auf die konkrete Arbeit des Dezernates „architektonische Begutachtung“.

Informative Vorträge über Schutzzonenregelungen sowie über aktuelle Veränderungen des Stadtbildes für Gebietsbetreuungen, für Fachgäste der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion oder im Rahmen der Studentenbetreuung an der Universität Wien an der Technischen Universität Wien zielten v. a. auf die Vertiefung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die positiven Aspekte der Stadterhaltung.

Referat „Architektonische Begutachtung (außerhalb von Schutzzonen)“

Im Rahmen der Tätigkeit dieses Referates wurden von den Referenten im Berichtsjahr 1999 ca. 6.600 Ansuchen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet – dies umfasst Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen.

Referat „Stadtbildpflege in Schutzzonen“

Der Schwerpunkt der Gutachtertätigkeit liegt in der Erhaltung des geschützten Bestandes. Der Vorrang der Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen in erhaltenswürdigen Gebieten ist gem. §§ 7 Abs. 1a und 85 Abs. 5 und 6 BO betont bzw. gesichert.

Zu behördlichen Bewilligungen in Schutzzonen wurden 1999 durch die Referenten ca. 2.200 Ansuchen bearbeitet.

Die Mitarbeiter des Referats nahmen in diesem Zusammenhang an Bauverhandlungen, Lokalausweisen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 100 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21 A)

Auf Grundlage der durch die Geschäftseinteilung übertragenen Aufgaben verdeutlichten sich 1999 drei Arbeitsfelder:

- Die konzeptive Planung auf städtebaulicher Ebene für Stadtteile (Prater, Erdberger Mais, Gürtelzone, Höchststadt- platz-Bereich)
- Projektorientierte, realisierungsbezogene Planungen (Projekt Wien-Mitte, Krankenhausareale, Areal Brauerei Ottakring, LEICA Gründe)
- Die Flächenwidmung als 10-Jahres-Programm, mit dem die rechtliche Konsolidierung, aber auch die vielen punktuellen Bedürfnisse abgedeckt werden (z. B. Kleingartenbereiche, Stadterneuerung)

In Fortführung der Bearbeitungsschwerpunkte im Rahmen der **Stadtteilplanung** wurden für die Bereiche Verlängerung U2 und U3 weitere vertiefende Bearbeitungen durchgeführt.

Für den Bereich U2 – **Messe-Prater** war dies die Herausarbeitung struktureller Rahmenbedingungen in Zusammenhang mit der Lage der künftigen U2 und die Wirkungen grundsätzlicher Messeentwicklungsvarianten sowie deren Auswirkungen auf die Schnittstellenbereiche der angrenzenden Nutzungen (Entertainment). Darüber hinaus wurden die verkehrlichen Wirkungen abgeschätzt und für bestimmte Bereiche Bebauungsstudien durchgeführt (z. B. Randzone zum Volksprater).

Abseits dieser Zone wurden für die Bereiche um die zukünftige **U2-Station Donaustadtbrücke** und das Areal der **Wilhelmkaserne** städtebauliche Studien erarbeitet. Im Vordergrund stand das Sondieren möglicher Nutzungspotentiale unter Einhaltung stadträumlicher, stadtgestalterischer und verkehrlicher Qualitätsansprüche.

Im Rahmen eines kompakten Gutachterverfahrens mit dem Titel „UFO-Check“ wurde für den **Praterstern** die Machbarkeit und die Wirkungen des von deutschen Firmen (West Landesbank und die Hamburger Projektentwicklungsgesellschaft ITC) an die Stadt Wien herangetragenen Konzeptes für ein neuartiges Einkaufs- und Unterhaltungszentrum (UFO) untersucht.

Das Prüfverfahren zeigte, dass das Projekt am Standort Praterstern aufgrund der hohen Zusatzkosten wirtschaftlich nicht darstellbar und daher nicht weiter zu verfolgen ist. Um die Potenziale des Pratersterns zu nutzen, hat die MA 21 A Alternativen aufgezeigt, die wirtschaftlich und stadträumlich vertretbar sind und eine sukzessive und zeitlich unabhängige Entwicklung ermöglichen.

Für den geplanten Neubau der Konzernzentrale UNIQA am Standort Donaukanal wurde ein Gutachterverfahren durchgeführt. Mehrere Realisierungsetappen wurden vorgesehen, bereichsweise ist ein Neubau geplant, für bestehende Objekte besteht eine Option zu Erhaltung oder Neubau.

In der **Stadtentwicklungszone Erdberger Mais-Aspanggründe**, die als Projekt in den Entwurf des Strategieplans für Wien aufgenommen wurde, sind vorrangig in folgenden Teilbereichen Aktivitäten gesetzt worden:

Um die angestrebte wirtschaftliche Entwicklung in Übereinstimmung mit bestehenden Zielvorstellungen der Stadt und in präziser Reaktion auf die spezifischen standörtlichen Settings zu ermöglichen, wurde unter Führung des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf ein kooperatives Verfahren mit dem Auftrag der Erarbeitung einer Wirtschaftsstrategie für diese Zone gestartet. Das Verfahren soll Mitte 2000 abgeschlossen werden. Die Grundlagenbearbeitung für die auf 18 Monate anberaumte Leitlinienerstellung Erdberger Mais wurde gestartet und die digitale Basis für ein flächendeckendes 3D-Modell erstellt.

Für den Bereich Aspanggründe wurde in Übereinkunft mit den Projektentwicklern (ARGE EUROGATE) ein Fahrplan für die Erstellung eines Masterplans unter Federführung von Lord Norman Foster entwickelt. Dieses Masterplanverfahren soll bis Ende 2000 diskussionsfähige Ergebnisse liefern. Dazu wurde seitens der MA 21 A den Entwicklern ein Pflichtenheft überbunden, das die wesentlichen Vorgaben aus öffentlicher Sicht formuliert. Um rasch präzise Vorgaben für die zukünftigen Bebauungsgrenzen geben zu können, wurde auf Basis einer fundierten Abschätzung der verkehrlichen Auswirkungen der Aspanggründe sowie weiterer Entwicklungen im Stadtsektor Südost eine generelle Planung für die Straßenzüge Landstraßer Hauptstraße und Landstraßer Gürtel durchgeführt.

Für die Schlüsselzone St. Marx wurde ein städtebauliches Leitbild erstellt und diskutiert. Weiters wurde eine betriebswirtschaftliche Studie über die Zukunft des Fleischgroßmarktes auf diesem Areal nach Schließung des Schlachthofes durchgeführt.

Im Gasometerumfeld wurde ein erster Flächenwidmungsplanentwurf erstellt und intensiv magistratsintern sowie mit den betroffenen Betrieben diskutiert, dem modellhaft die erwünschte hochwertige und robuste Struktur für den Erdberger Mais zugrunde liegt.

Konkrete Projekte, wie beispielsweise Bürohaus Adler & Ameise (nördlich Gasometer-Guglgasse), IT-Headquarter St. Marx, Überbauung U2-Abstellhalle Erdberg wurden in den verschiedenen Stadien begleitet und gefördert.

Für das Entwicklungsgebiet des ehemaligen **Mautner Markhof'schen Kinderspitals** wurden städtebauliche Vorgaben für eine öffentliche Interessentensuche formuliert, deren 1. Stufe mit Jänner 2000 abgeschlossen wurde.

Die Projektsteuerung des adaptierten Projekts Wien-Mitte zur Erarbeitung widmungsrelevanter Unterlagen und ein Verkehrsgutachten wurden eingeleitet, sowie Visualisierungen der Hochhauskörper von prominenten Blickpunkten im Stadtraum aus erstellt.

Im Zuge des lokalen **Agenda-Prozesses** im 9. Bezirk wurden in Gruppen zu unterschiedlichen Themenbereichen Vorschläge für eine nachhaltige Bezirksentwicklung erarbeitet. Der Prozess wird im Frühjahr 2000 abgeschlossen.

Für den **16. Bezirk** sind **Leitlinien für die Bezirksentwicklung** in neuer Form erarbeitet worden. Neben einem sehr reduzierten allgemeinen Teil mit grober Strukturanalyse und Zielen zur Bezirksentwicklung wurden in Abstimmung mit den Bezirksvertretungen konkrete Projekte bzw. Gutachten zu verschiedenen Themenschwerpunkten erstellt:

Mit der Eröffnung der U-Bahnlinie **U3 nach Ottakring** ergaben sich strukturelle Änderungen. Einerseits wurden die Auswirkungen auf die Zentrenstruktur des Bezirkes eingeschätzt, andererseits die Veränderungen bezüglich der Verkehrsmittelwahl (Park & Ride – Spetterbrücke) untersucht.

Für den Radverkehr wurde ausgehend von U- und S-Bahnstationen Ottakring und Hernals **Radrouten** zur Erschließung der Naherholungsgebiete im Wienerwald geplant.

Zur Aufwertung des zentralen Bereiches Ottakrings wurden Nutzungs- und Gestaltungskonzepte zum Johann-Nepomuk-Berger-Platz in Verbindung mit Nutzungsänderungen am Areal der Ottakringer Brauerei als neues Bezirksteilzentrum überlegt.

Über das im Nahbereich befindliche nicht mehr genützte Areal Arneberggasse wurde eine Bebauungsstudie erstellt.

Ein Projekt für die **Gründe der Firma LEICA** im 17. Bezirk wurde bezüglich möglicher Umsetzung in einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan überprüft.

Im Zuge der Ausarbeitung eines Entwurfs zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den **Bereich Nußdorf** wurden die Planungsvorstellungen der Öffentlichkeit in Form einer Ausstellung präsentiert.

Weiters wurde für einen ehemaligen Schulstandort (an der ehemaligen Zahnradbahntrasse) eine Bebauungsstudie für eine Wohnbebauung vorgestellt. Dieses Grundstück zählt zu den wenigen noch unbebauten Baulandflächen dieser Größe im 19. Bezirk. Die Reaktionen der Bevölkerung im Zuge der Ausstellung auf die Planungsvorstellungen wurden geprüft und Anregungen werden in den Entwurf einfließen.

Auf der Grundlage von Vorgaben, die 1998 bearbeitet wurden, wurde für das Gebiet um den **Höchstädtplatz im 20. Bezirk** ein Expertenverfahren für ein städtebauliches Konzept ausgelobt. Die Bezirksbevölkerung wurde über die Beiträge und deren Bewertung im Rahmen einer Ausstellung, per Internet und mittels Pressemitteilungen informiert. Die bisherige Konzeptentwicklung bewies sich auch bei konkreteren Nutzungs- und Flächenansprüchen als tragfähig und umsetzbar.

Das **URBAN-Projekt** im Bereich des **Westgürtels** fand Ende 1999 formell den Abschluss. Die wesentlichen Inhalte wurden für eine Broschüre und eine Ausstellung aufbereitet, die beide im Mai 2000 präsentiert werden sollen.

Von der interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppe Westgürtel aus magistratsinternen und -externen Experten wurden grundsätzliche Lösungen zur städtebaulichen und stadtgestalterischen Entwicklung des Gürtelraums zwischen Gaudenzdorf und Spittelau erstellt.

Neben den großräumigen bzw. bereichsbezogenen Bearbeitungen wurden für den **Theodor-Körner-Hof im 5. Bezirk** ein generelles Freiflächenkonzept zur Verbesserung der Wohnumfeldqualität und für die **Markthalle Nußdorfer Straße im 9. Bezirk** Nutzungs- und Organisationskonzepte sowie gestalterische Verbesserungsmöglichkeiten vorgeschlagen.

Zum im Vorjahr durchgeführten Pilotprojekt „Planungsradio“ wurde 1999 ein Werkstattbericht publiziert.

Plan „Stadtteilplanung“ siehe nächste Seite.



Die Notwendigkeit, bis zum 31. August 2006 für das Gesamtgebiet der Stadt Wien neue Plandokumente einer Beschlussfassung durch den Gemeinderat zuzuführen, konnte im Bereich der **Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung** der MA 21 A durch Bearbeitung von weiteren 10 % der Gebietsfläche entsprochen werden.

Sämtliche Planungsgrundlagen für die Bearbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen wurden in digitaler Form erstellt und bilden eine aktuelle digitale Bestandsaufnahme des Stadtgebietes.


Im dicht bebauten Gebiet standen folgende Hauptziele im Vordergrund: die Sicherung der erhaltenswerten Bausubstanz durch differenzierte Bebauungsbestimmungen zum Teil durch Schutzzonen, die Sicherung von Flächen für Wohnraum (innerhalb des Gürtels auch durch Ausweisung von Wohnzonen) sowie die Sicherung und Erweiterung der bestehenden Freiflächen in den Blockinnenbereichen (4., Argentinierstraße/Theresianum, 5., Kohlgasse, 5., Schönbrunner Straße, 9. Rossauerkaserne, 17. Rosensteingasse, 19. Friedlgasse). Für die Sanierung von abgewohnten Stadtteilen wie dem „Langer Block“ im 17. Bezirk wurden die rechtlichen Grundlagen geschaffen.

Verwaltungsbericht 1999
STADTEILPLANUNG

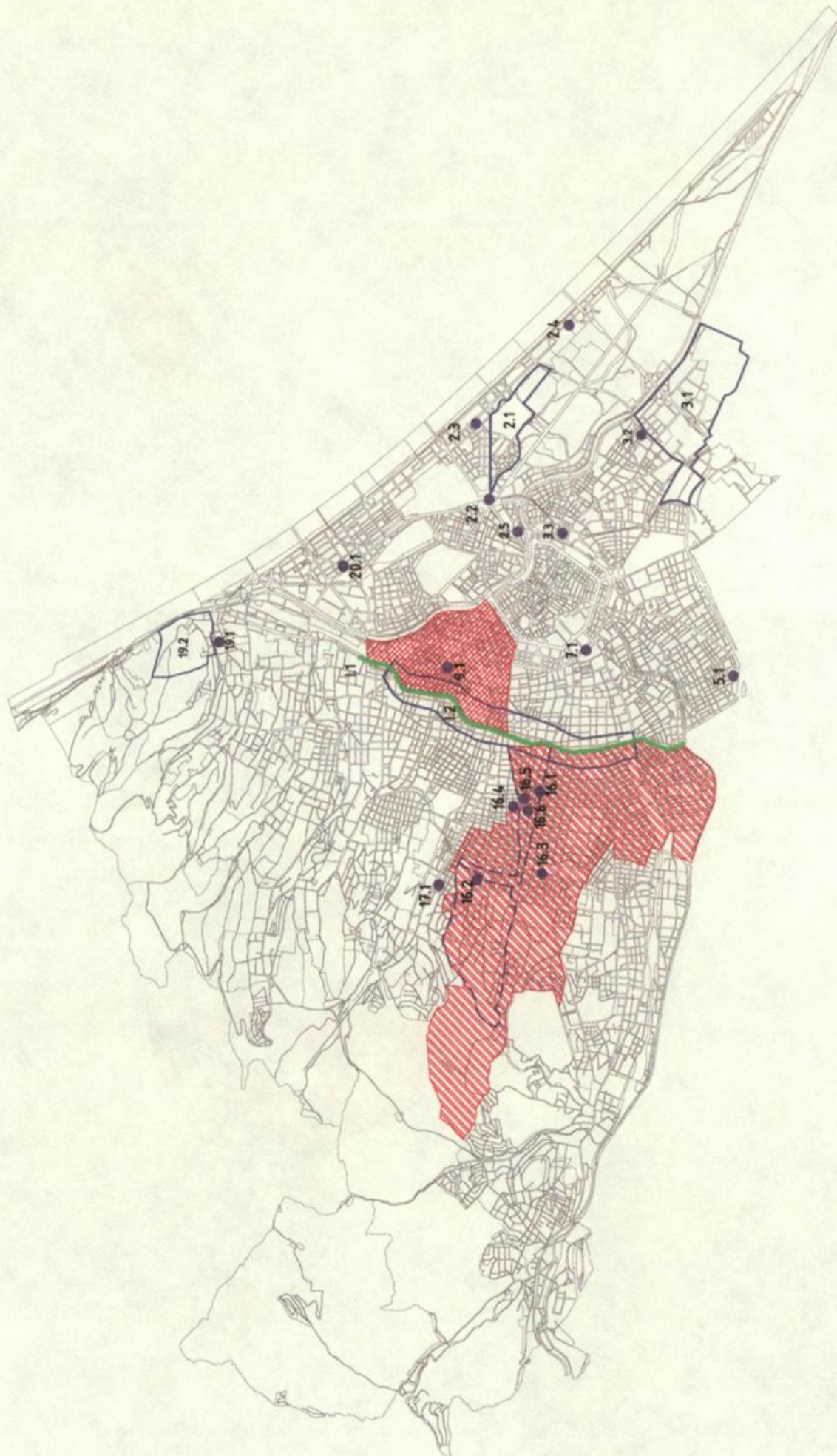
BEZIRKSPLANUNGEN

-  Leitlinien für die Bezirksentwicklung 15., 16. Bezirk
-  Lokale Agenda 21

STÄDTBAU - UND SACHKONZEPTE

-  L1 URBAN-Planerische Begleitung
-  L2 Westgürtel
-  2.1 U2 -Messe-Prater
-  2.2 UFO- Check Praterstern
-  2.3 Wilhelmskaserne
-  2.4 U2 Bereich-Donaufußbrücke
-  2.5 UNIDA Verwaltungsgebäude
-  3.1 Stadtentwicklungszone Erdberger Mais- Asparngünde
-  3.2 Mautner Markhof'sches Kinderspital
-  3.3 Wien Mitte
-  5.1 Theodor-Körner-Hof
-  7.1 Vorplatz Museumsquartier
-  9.1 Markthalle Nußdorfer Straße
-  --- 16.1 Zentrenstruktur
-  --- 16.2 Radroufen Wilhelminenberg
-  16.3 U3 Ottakring
-  16.4 Arnehtgasse
-  16.5 Johann-Nepomuk-Berger-Platz
-  16.6 Ottakringer Brauerei
-  17.1 LEICA-Gründe
-  19.1 Zahnradbahntrasse
-  19.2 Bereich Nußdorf
-  20.1 Höchstädtplatz

Quelle: Magistratsabteilung 21A
Grundkarte: RBW-Wien, MA 14
Bearbeiter: Radaschütz



Magistratsabteilung 21A
STADTTEILPLANUNG UND FLÄCHENNUTZUNG
INNEN WEST

Verwaltungsbericht 1999
FLÄCHENWIDMUNG

Plandokumente des Jahres 1999

Plandokumentskategorie	Hektar	Anzahl
■ Festsetzung	1357,2	30
■ Bausperre	11,6	2
	1368,8	32

Fläche in Hektar 13569,2
% bearbeitete Fläche 10,08

Quelle: Magistratsabteilung 21A
Grundkarte: RBW-Wien, MA14
Bearbeiter: Radaschütz



Die Zielsetzung, im dicht bebauten Gebiet gemischte Nutzungsstrukturen zu sichern, wurde im 15. Bezirk (Viktorgasse) und im 20. Bezirk (Kornhäuslgasse) verfolgt.

Vorsorge für großflächige Betriebsbaugelände wurde an der Entwicklungsachse Wiental 14., Am Auhof, und in der Hackinger Straße getroffen. Letzteres Plangebiet enthält auch die Ausweisung eines Einkaufszentrums für ein größeres Möbelhaus.

Für das Gelände der ehemaligen Wiener Molkerei 2., Stuwerviertel, wurde ein Plandokument mit dem Ergebnis eines durchgeführten Expertenverfahrens für eine teilweise Revitalisierung und ergänzende Neubauten für eine Fachhochschule und Wohnungen sowie Betriebsflächen festgesetzt.

Ein Plandokument bezog sich im Wesentlichen auf Einrichtungen des Gesundheitswesens (17., Alzeile), andere auf solche für Sport und Erholung (16., Sporkplatz). Plandokumente, denen Wettbewerbe für Wohnbauten zugrundeliegen, wurden im 2. Bezirk, Handelskai/Kafkasteg und 15. Bezirk, Schwendermarkt beschlossen.

Die Sanierung von Stadtteilen war auch für lockerer bebauten Gebiete und für die alten Ortskerne maßgebend (16., Sandleitengasse, 17., Promenadegasse, 18., Geymüllergasse).

Im Bereich des Grünen Praters wurde beidseits der ÖBB-Trasse Vorsorge für die Erhaltung des Parkschutzgebiets und die Entwicklung der Sportanlagen und Kleingartenanlagen getroffen. Für die Erweiterung wohnumfeldbezogener öffentlicher Parkanlagen wie den Trautenauplatz im 19. Bezirk wurden ebenso die rechtlichen Grundlagen geschaffen.

Abgrenzungen des Wald- und Wiesengürtels und Berücksichtigung von Kleingartengebieten, zum Teil für ganzjähriges Wohnen und Gartensiedlungsgebiet erfolgten für Gebiete in 14., Steinböckengasse, 14., Kordon, 14., Waidhausenstraße, 14., Breitensee, 14., Eden, Flötzersteig, 16., Gallitzinberg, 17., Amundsenstraße, Heubergkuppe, Teile von Trenkwald und KGA Ferdinand Hanusch sowie 18., Sommerhaidenweg.

Zur Absicherung von Stadtentwicklungsbereichen war es zudem erforderlich, zeitlich begrenzte Bausperrgebiete gem. § 8/2 der Bauordnung für Wien zu verhängen (Bereich des ehemaligen Schlachthofs St. Marx und U2-Einflussbereich).

Insgesamt betrafen 30 Anträge an den Gemeinderat mit einer Gesamtfläche von 1.368 ha, das sind 10 % der Bezirksfläche (Bezirke 1–9, 14–20) Festsetzungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Plan „Flächenwidmung“ siehe vorhergehende Seite.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd (MA 21 B)

Die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ist vor allem schwerpunktmäßig durch den **neuen § 1 der Bauordnung für Wien** geprägt. Die Änderung bzw. Neufassung des § 1 der Bauordnung für Wien, die in Folge einer Verfassungsgerichtshofbeschwerde ausgelöst wurde, erfordert die Überarbeitung der gesamten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne bis zum Termin 1. September 2006.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im Jahr 1998 bereits begonnen, mittels grafischer Datenverarbeitung digitale Entwürfe von Grundrissen und Rotdrucken auszuplottern. War die erste Entwicklung mit einem **grafischen System**, das durch Beauftragung eines Zivilingenieurbüros zu Stande kam, so wurde 1999 mit der MA 14 ein grafisches System entwickelt, das nunmehr von allen drei Magistratsabteilungen MA 21 A, B und C eingesetzt werden kann.

In der MA 21 B wurden seit November 1999 generell alle neu begonnenen Entwürfe zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen digital erstellt und bis zur Beschlussfassung durchgezogen. Darüber hinaus wurden 1999 bereits zahlreiche Bestandserhebungen und Entwürfe beauftragt, deren Ergebnisse in digitaler Form geliefert wurden, wobei auch bereits analog erstellte Entwürfe in für das grafische System taugliche Auszeichnungen umgewandelt wurden.

Es wurden im Berichtsjahr ATS 11,9 Mio. für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien, Verkehrs- und Grünraumstudien, für die Ausrichtung von Expertenverfahren und die weiterführenden Planungen nach Abschluss des städtebaulichen Ideenwettbewerbes KDAG, die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen der MA 21 B sowie den erforderlichen Plänen und Modellen zur Präsentation von abgeschlossenen Planungen und Ergebnissen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei **städtebauliche Bestandsaufnahmen** für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Wienerberg Ost, Wienerberg-Computerstraße und nördlich bzw. südlich Karl-Wrba-Hof, im 11. Bezirk in den Bereichen Delsenbachgasse, Rappachgasse-Krausegasse, Rinnböckstraße und Fellingergasse, im 12. Bezirk im Bereich Hetzendorfer Straße, im 13. Bezirk im Bereich Ghelengasse-Gemeindeberggasse und im 23. Bezirk im Bereich Neu Erlaa erarbeitet.

Bebauungsstudien wurden im 10. Bezirk für das Columbuscenter Favoriten und für die Katharinengasse 4–6, im 23. Bezirk wurden zwei Bebauungsstudien für das Gebiet In der Wiesen, drei Studien für den Bereich Kellerberggasse in Siebenhirten bzw. eine Studie für die Bebauung des Industriegebiets Liesing bzw. eine städtebauliche Bearbeitung für den Bereich Hauptbahnhof Wien erstellt.

Verkehrsstudien wurden zu den städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Wiesen und dem Hauptbahnhof Wien (Wiedner Gürtel bis Arsenalstraße) erstellt.

Eine **Grünraumstudie** wurde für das Industriegebiet Liesing und dessen Umgebung und ein **Freiflächen- und Grünraumkonzept** für den Bereich 11. Bezirk, Ailecgasse erstellt.

Für die **Nachnutzung des Areals des Wiener Tierschutzhauses** in Wien 12., Khleslplatz, wurde ein Gutachterverfahren durchgeführt.

Wegen der geringeren Individualverkehrserregung wurde dem Projekt eines Seniorenheimes gegenüber einem Wohnbau von Anfang an der Vorzug gegeben. Es wurde unter Einbeziehung aller Beteiligten (Bezirksvertretung, Stadtplanung Wien, mögliche künftige Betreiber) ein Projekt ausgewählt, welches eine bestmögliche Verknüpfung von städtebaulicher Verträglichkeit, Grünraumerhalt, optimaler Funktionalität und Wirtschaftlichkeit sicherstellt. Der dafür erforderliche Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde Ende April 1999 vom Wiener Gemeinderat beschlossen.

Nachdem für die **Nutzung des ehemaligen Geländes der Kabel- und Drahtwerke AG (KDAG)** in Wien 12., Oswaldgasse, nach einem Bürgerbeteiligungsverfahren und eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs zwei Preisträger ermittelt und fünf Ankäufe getätigt wurden, konnten im Februar und März 1999 auf dem Gelände der KDAG die Wettbewerbsergebnisse präsentiert werden. In einer Fotoausstellung wurden Stimmungsbilder und fotografische Reminiszenzen aufgezeigt und die Bevölkerung (1.100 Ausstellungsbesucher) über die künftigen kulturellen Aktivitäten in einem Teil der leer stehenden Hallen informiert. Über die Einsetzung von Arbeitsgruppe, Steuerungsgruppe und städtebaulicher Begleitgruppe wurden Testprojekte erarbeitet, die schließlich in einem Leitprojekt ihr Ende fanden. Das Leitprojekt soll wieder die Grundlage für den im folgenden Jahr zu erstellenden künftigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan darstellen.

Die im Jahr 1998 in der MA 21 B eingesetzte **Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung von Grün- und Freiraum** wurde im September 1999 in die MD-Stadtbaudirektion berufen. Sie nimmt diesen Arbeitsbereich, den sie bis September 1999 in der MA 21 B wahrgenommen hatte, nun in der MD-Baudirektion wahr. Es handelt sich dabei sowohl um städtische Flächen, wie z. B. Schul-, Spiel- und Sportplätze zur Nutzung in den Sommermonaten, als auch um gepachtete bzw. angemietete Flächen, wie z. B. Baulücken zu Zwischennutzungen, wobei Strategien für Gestaltung und Erhaltung ebenso wie Lösungen der Haftung und Versicherung bis hin zur Kostenfrage erarbeitet werden müssen.

Von der MA 21 B wurden 1999 insgesamt 38 **Anträge an den Gemeinderat** gestellt. 35 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 3 Anträge wurden wegen Verhängung einer Bausperre gestellt. Die erforderlichen Plankopien und Plandrucke wurden dabei vom Dezernat Reprografie erstellt, das diese Arbeiten auch für die Magistratsabteilungen 21 A und 21 C durchführte.

Einzelne Antragsentwürfe – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der MA 21 B der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mit berücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Absberggasse – Gudrunstraße, Laxenburger Straße – Arthaberplatz, Grundäckergasse – Ober-Laaerstraße und Triester Straße – Gutheil-Schoder-Gasse, im 11. Bezirk in den Bereichen Lorystraße – Brauhubergasse, Pantucekgasse – Etrichstraße, 7. Haidequerstraße – Haidestraße, im 13. Bezirk in den Bereichen Hofwiesengasse – Jagdschlossgasse und Mühlbergstraße – Hofjägerstraße und im 23. Bezirk in den Bereichen Brunner Straße – Ketzergasse, Anton-Krieger-Gasse – Weixelberggasse, Zemlinskygasse – Willergasse, Bertégasse – Ruzickagasse, Amstergasse – Rudolf-Zeller-Gasse, Mehlführergasse – Rudolf-Waisenhorn-Gasse und Gatterederstraße – Taglieberstraße.

Zur Erhaltung von wesentlichen Ensembles für das örtliche Stadtbild wurden im Jahr 1999 **Schutzzonen** im 11. Bezirk Kaiser-Ebersdorfer-Straße – Mailergasse, im 12. Bezirk Hetzendorfer Straße – Khleslplatz, im 13. Bezirk Auhofstraße – St. Veit-Gasse und Feldmühlgasse – Hietzinger Hauptstraße und im 23. Bezirk im Bereich Zemlinskygasse – In der Klausen, Levasseurgasse – Meisgeyergasse und Maurer-Lange-Gasse mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlussfassung zugeführt.

Wegen der Neufassung des § 1 der Bauordnung für Wien mussten auch die großen Gebiete des **Wald- und Wiesengürtels** im 13. Bezirk (Lainzer Tiergarten) und die im 23. Bezirk südlich des Lainzer Tiergartens bis nach Kalksburg reichenden Teile des Wald- und Wiesengürtels, wie der Dorotheer Wald und Gemeindewald und die Wiesenflächen der Eichwiese, Auer Wiese und Todten Wiese, einer neuerlichen Beschlussfassung und damit einer weiteren Sicherung durch den Wiener Gemeinderat zugeführt werden.

Zur Sicherung bestehender **Kleingartenanlagen** und kleingärtnerisch genutzter Flächen (die Umwidmung betreffend ganzjähriges Wohnen ist in den Bereichen der MA 21 B praktisch abgeschlossen), wurden Flächen im 10. Bezirk (Laaer Wald), im 11. Bezirk (Etrichstraße) und im 13. Bezirk (Statingasse) als Erholungsgebiet – Kleingartengebiet – ganzjähriges Wohnen gewidmet.

Seitens der MA 21 B wurden alle für die Tätigkeit des **Fachbeirates für Stadtplanung** erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 8 Sitzungen 79 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 6 Abänderungen

bzw. 73 Festsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zum Ziel hatten, sowie 13 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt.

Von den drei Magistratsabteilungen 21 A, B und C wurden insgesamt 109 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, seitens der MA 21 B an die Magistratsdienststellen versendet, für den Verkauf vorbereitet und verkauft. Von der MA 21 B wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt.

Insgesamt wurde 1999 eine Fläche von 6.683 ha in den 109 Anträgen behandelt. Davon wurden 3.786 ha von der MA 21 B bearbeitet.

Im Jahr 1999 wurden 24.816 **Adressänderungen** bzw. **Zuordnungsänderungen** bei der Fortführung des **RBW (Räumliches Bezugssystem Wien)** durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adressprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Die statistischen Einheiten des RBW, die als Grundlagen für viele Applikationen im EDV-unterstützten Verwaltungsvollzug des Magistrates verwendet werden, wurden auf der Großanlage und im Geografischen Informationssystem (GIS) in einem täglichen Änderungsdienst aktualisiert. Außerdem wurde die Realnutzungskartierung auf RBW-Blockbasis erstellt und alle in Planung und Bau befindlichen Verkehrsflächen für die Maßnahmendatei der MA 28 aufgenommen.

Die Verkäufe und Bestellungen der **digitalen Mehrzweckkarte** (auf Datenträger) werden seit 1998 vom Kartenverkauf getrennt durchgeführt. Bei den über die MA 21 B gelaufenen, verrechneten Bestellungen konnten 1999 verrechnete Einnahmen von ATS 29,4 Mio. erzielt werden.

Auf dem 1989 installierten Anschluss an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr 19.217 Einzelabfragen von der **Grundstücksdatenbank** als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der MA 21 B durchgeführt. Wegen der Vielzahl der Abfragen und der damit verbundenen Kosten an den Bund wurde die monatliche Abfragenanzahl seitens der Magistratsdirektion limitiert und Maßnahmen für die Einhaltung des Limits festgelegt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügten **Neubenennungen** bzw. **Umbenennungen** von Verkehrsflächen, Park- und Wohnhausanlagen wurden 34 Ansuchen behandelt, von denen 21 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die grafischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der MA 21 B angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der MA 21 B 1.121 Ansuchen um **Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen** übermittelt. Weiters wurden 343 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 234 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Aufgrund des **Wohnhaussanierungsgesetzes** wurden 1.036 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 978 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 58 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der MA 21 B eingebracht.

Im **Dezernat Reprografie** wurden im Rechnungsjahr 1999 in den Produktionsbereichen Mikrofilmstelle, Reprofotografie, Lichtpauserei, Großflächenkopie, Farbkopie, Adressieranlage und Druck Aufträge im Werte von mehr als ATS 15,85 Mio. vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrates abgewickelt.

Dazu zählen vor allem der Druck der Plandokumente für die MA 21 A, B und C sowie die Aufträge der technischen Dienststellen in den Bereichen Lichtpauserei und Großflächenkopie. Auch im Bereich Mikrofilmstelle ist, trotz des immer stärker werdenden Einsatzes der digitalen Technik, eine hohe Auslastung zu verzeichnen. So werden in diesem Produktionsbereich Akten der Magistratsabteilung 62, 40 und 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek der MA 18 und die Plakatsammlung der MA 9 auf Mikrofilm archiviert, da das Medium Mikrofilm als einziges die Daten- und Rückgriffssicherheit auf viele Jahre gewährleistet.

In der Kopierstelle für Schwarzweiß-Kopien in den Formaten A 3 und A 4 wurden im vergangenen Jahr über 6,14 Mio. Kopien für magistratsinterne Nutzer, vorwiegend im Einzugsbereich Rathaus, erstellt.

Der größte Anstieg an Aufträgen konnte jedoch im Bereich der Farbkopie A 3 und A 4 verzeichnet werden. Aus diesem Grund wurde Ende des Jahres 1998 ein digitales netzeingebundenes Hochleistungsfarbkopiersystem angemietet, welches nun die Möglichkeit bietet, den steigenden Anforderungen der Kunden gerecht zu werden.

Im Berichtszeitraum konnte eine starke Inanspruchnahme der Kartenverkaufsstelle verzeichnet werden. Es wurden Plandokumente, Stadtkarten, Mehrzweckkarten und Produkte des Dezernates Reprografie (Bauakte der MA 37, Akte der Schlichtungsstelle der Magistratsabteilung 16 u. a.) im Wert von ATS 1,04 Mio. verkauft.

Das Dezernat Reprografie der MA 21 B verwaltete im Rechnungsjahr 1999 ATS 4,4 Mio. für die grafische Produktion und ihre Agenden als Fachdienststelle für Mikrofilm.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost (MA 21 C)

Planungen in den Bezirken

21. Bezirk

In den dicht bebauten Siedlungsgebieten Floridsdorfs wurden die Verfahren der Neufestsetzung des Flächenwidmungsplans und Bebauungsplans für den Bereich Dunantgasse, Strebersdorf (Schutzzone), Dopschstraße und das Mühlenschüttel sowie für das Einfamilienhausgebiet Schwarzlackenau abgeschlossen.

In den Randgebieten um Strebersdorf (Mühlweg) und Stammersdorf (östlich Stammersdorf) konnten die Planentwürfe ebenfalls einer Beschlussfassung zugeführt werden.

Zur Sicherung und weiteren Entwicklung von großflächigen Betriebsarealen wurde ein neuer Flächenwidmungsplan für das Gebiet Scheydgasse fertig gestellt und zur Erhaltung vorhandener Grünstrukturen parallel dazu ein **Grünordnungsplan** beauftragt.

Aufbauend auf der 1997 abgeschlossenen städtebaulichen Studie für den Bahnhof Stammersdorf wurde das Plandokument dieses Bereiches abgeschlossen.

Zur weiteren rechtlichen Sicherung bestehender Siedlungsgebiete wurden zentrumsnahe und dicht bebaute Plangebiete wie die Rittingergasse, Justgasse, Andreas-Hofer-Straße und Achengasse bearbeitet.

Im Zusammenhang mit dem § 23 des Wiener Kleingartengesetzes steht die Befassung mit einer Vielzahl von **bestehenden Kleingartenanlagen und „Wilden Siedlungen“** im 21. Bezirk, gleichzeitig wurden erforderliche Ersatzflächen widmungsmäßig gesichert. So wurde für die Gärten an der Hochbahngasse, im Donaufeld, für die Kleingartenanlage Blumenfreunde und für die Neuanlage südlich der Julius-Ficker-Straße das Verfahren abgeschlossen und für die Anlagen Wagenwerk Strebersdorf, Tiefweg, Siemens und Stammersdorfer Zentralfriedhof entsprechende Widmungsverfahren eingeleitet.

Zur Grundlagenbeschaffung für in weiterer Folge beabsichtigte Widmungsverfahren wurde eine Reihe von **Bestandsaufnahmen an externe Planungsbüros** vergeben. So wurden Erhebungen für die Ortskerne von Leopoldau und Jedlersdorf, und für die Bereiche Spöttlgasse, Semmelweissgasse, Trillergasse, Brünner Straße Nord, Satzingerweg, Carminweg und Fultonstraße in Auftrag gegeben.

Zur weiteren Vorbereitung des **Gutachterverfahrens** im Bereich der geplanten U 1-Verlängerung, Station Aderklaaer Straße, wurde eine weiter gehende **Verkehrsuntersuchung** beauftragt, um die verkehrlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieses Raumes zu konkretisieren. In Folge wurde die Ausschreibung für das Gutachterverfahren fertig gestellt und der Start des Verfahrens (17. Jänner 2000) vorbereitet.

Das **städtebauliche Leitprojekt** nördlich Heeresspital konnte abgeschlossen werden und dient der weiteren Bearbeitung dieses Gebiets.

Als Schwerpunkt der **Grünflächenplanung** wurde, aufbauend auf dem vorliegenden Nutzungskonzept für den gesamten Donauraum (Leitbild), die Bearbeitung der Donauinsel und der linksufrigen Dammbereiche im 21. Bezirk begonnen.

22. Bezirk

Projekte und Studien

Das für die koordinierte Weiterentwicklung des Stadtentwicklungsgebietes **Donau City** eingesetzte Projektteam (bestehend aus MA 19, MA 21 C und MA 46) hat eine umfangreiche Informationssammlung in Form einer Web-Site für das Internet erstellt. Weiters wurden für eine Ausstellung in Peking gemeinsam mit der Wiener Entwicklungsgesellschaft (WED) die entsprechenden Inhalte aufbereitet. Für den angedachten Kulturbau im südlichen Abschnitt der Donau City wurden verschiedene Varianten im Hinblick auf eine Umsetzung erarbeitet, die sich derzeit in Diskussionsphase befinden. Ein Bericht über die laufenden Arbeiten seit Bestehen des Projektteams ist in Ausarbeitung. Die Beurteilung und Begleitung wichtiger Projekte, die sich auf den aktualisierten Rahmenplan beziehen, die digitale Datenaufbereitung und Visualisierung von Projekten sowie die Weiterentwicklung der Planungen und Betreuung des Umfeldes der Donau City ist weiterhin die Aufgabe des Projektteams.

Im Zusammenhang mit der Diskussion durchgrünter Wohnformen wurde eine landschaftsplanerische Studie für den Bereich **Essling Süd–In den Scheiben** erstellt, die in mehreren Varianten die Möglichkeiten und Auswirkungen einer Bebauung in diesem Bereich untersucht und dargelegt hat.

Lobau-Vorland – Planungen und Realisationen der 90er Jahre – Review

Für das Lobau-Vorland wurde in Zusammenarbeit mit der MA 49 (Nationalpark-Forstverwaltung) eine Zusammenfassung aller bisher erarbeiteten Studien erstellt und daraus ein Konzept für ein Leitbild formuliert, das im Auftrag der MA 49 im Jahr 2000 erstellt werden soll.

Da sich insbesondere im Nordosten von Wien laufend die Frage der Unterbringung von Hundeabrichteplätzen ergibt, wurde im Rahmen einer Untersuchung verschiedener **Nutzungsoptionen** für den Bereich 22., Telefonweg

auch dieser Aspekt eingehend beleuchtet. Ziel der Untersuchung war es, neben einigen anderen Nutzungsmöglichkeiten insbesondere Kooperations- und Kombinationsmöglichkeiten verschiedener Hundeausbildungsplätze an einem zentralen Ort aufzuzeigen.

Für das Waagner-Biró-Areal wurde eine **Entwicklungsstudie** erstellt, in der das Umstrukturierungspotenzial aufgezeigt und grundsätzliche Nutzungsvorschläge erarbeitet wurden.

Für das Areal der Carl-Kaserne wurde eine Studie zur Untersuchung des Umstrukturierungspotenziales und zur Erstellung von grundsätzlichen Nutzungsvorschlägen durchgeführt.

Konzepte, Arbeitskreise

Für die Stationsumfelder Kagraner Platz und Rennbahnweg an der geplanten **Verlängerung der U1** wurde ein städtebauliches Gestaltungskonzept erstellt.

Eine Untersuchung der Geschäftsstruktur im Bereich Zentrum Stadlau wurde aktualisiert. In einer Untersuchung des Genochmarktes wurden Entwicklungsfaktoren analysiert und grundsätzliche Ansatzpunkte für Verbesserungen dargestellt.

Für die Umgebung des ehemaligen Konsum-Distributionszentrums Hirschstetten wurde ein **Verkehrskonzept**, im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der S 80 sowie zur Verbesserung der Erschließungsbedingungen der Industriezone Stadlau ein **Verkehrsgutachten** erstellt.

Für den Bereich Feuerwehrgrund wurde im Hinblick auf die Realisierung des Grünraumkonzeptes Hirschstetten eine **landschaftsplanerische Studie** erstellt.

Weiters wurde an den Arbeitskreisen für die U2-Stationsbereiche Stadlau und zu den geplanten Verlängerungen der U-Bahnlinien U1 und U2 teilgenommen sowie Gutachterverfahren Aspernstraße vorbereitet.

Zeitlich begrenzte Bausperren wurden für das Waagner-Biró-Areal im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Schnellbahnlinie S 80 und im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der U2 in den Raum Stadlau/Aspern im Bereich Aspernstraße verhängt.

Mehrere **städtebauliche Bestandsaufnahmen** mit Problemanalysen für Gebietsüberarbeitungen wurden beauftragt und betrafen die Gebiete Kagraner Platz, Neu-Süßenbrunn, Attemsgasse, Melangasse, Gewerbepark Stadlau, Körberstraße, Zwerchäckerweg, Lettenhaufen, Paulitschkegasse, Donizettiweg, Lobgrundstraße, Finsterbuschstraße und Donauinsel.

Die vom Gemeinderat **beschlossenen Planentwürfe** in Donaustadt umfassten die Bereiche Freihofsiedlung, Alt Süßenbrunn, Pogrelzstraße, nördlich Hausgrundweg, Stadtrandsiedlung Aspern, An den alten Schanzen, Thonetgasse, Heidjöchl West, südlich Schrickgasse, Quadenstraße und Kaisermühlen Ost.

In **Vorbereitung** bzw. in **Bearbeitung** für angestrebte **Widmungsverfahren** befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche Maculangasse, Körberstraße, Percostraße, Rugierstraße, Donauinsel, Lettenhaufen, Kleehäufel, Franz-Josefs-Land, Industriezone Stadlau, Hirschstetten, Gewerbepark Stadlau, Ortskern Aspern und Neu-Süßenbrunn.

Bezirksübergreifende Planungen

Für den gesamten Wiener **Donauraum** wurde in einem Arbeitskreis, bestehend aus den Magistratsabteilungen MA 18, 19, 21 C und 45, das „Stadtstrukturelle **Nutzungskonzept** Donauraum – Leitbild 2000“ insoweit fertig gestellt, dass es nunmehr gemeinsam mit einem neuen Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan dem Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt wurde und weiters der Stadtentwicklungskommission und dem Gemeinderat vorgelegt werden wird. Zusätzlich wurde ein **Kulturkonzept** für den engeren Wiener Donauraum erstellt, dessen Inhalte in das Leitbild 2000 eingearbeitet wurden. Die grafische Weiterbearbeitung der erforderlichen Pläne erfolgte durch die MA 21 C und durch Auftragnehmer.

Sonstige bezirksübergreifende Arbeiten

Schotterkonzept Wien Nordost

Unter Bedachtnahme auf geplante legistische Entwicklungen im Bergrecht wurde ein Ziviltechnikerbüro beauftragt, aufbauend auf ein generelles Konzept über die Gewinnung mineralischer Rohstoffe (im Wesentlichen Schotter) in Wien (Auftrag der MA 18) Grundlagen für die Festsetzung von Sondernutzungsgebieten und allfälliger Nachnutzungsvorschriften im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im 21. und 22. Bezirk zu erarbeiten. Das Schwerkraft der bereits 1998 begonnenen Arbeiten lag auch im Jahr 1999 noch in der Erstellung des generellen Konzeptes (MA 18).

Die im 21. und 22. Bezirk für einen Schotterabbau grundsätzlich in Frage kommenden Flächen wurden durch ein räumliches und thematisches Ausscheidungsverfahren eingegrenzt. In weiterer Folge werden jene Rahmenbedingungen für Zeit und Art des Abbaus sowie für die Nachnutzung und entsprechende Ausgestaltung der Grundflächen, die im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan festgelegt werden sollen, im Detail definiert.

Kleinmaßstäbliche Siedlungsformen – Pilotprojekt Breitenlee

Aufbauend auf die im Jahr 1998 erstellte Analyse kleinmaßstäblicher Wohn- und Siedlungsformen wurden Vorschläge erarbeitet, wie durch geeignete Planungsverfahren, Planungsgrundsätze und legislative Regelungen eine qualitätsvolle und dennoch leistbare Form der Einfamilienhaussiedlung erzielt werden könnte.

Um diese Überlegungen exemplarisch zur Anwendung zu bringen, wurde der Raum nördlich des alten Ortskerns von Breitenlee für eine entsprechende Entwicklung ins Auge gefasst. Zur Abklärung der städtebaulichen und stadtstrukturellen Rahmenbedingungen wurde ein Ziviltechniker mit der Erstellung eines Entwicklungskonzeptes beauftragt.

Beschränkung der baulichen Ausnutzbarkeit und Gebäudehöhe in Einfamilienhausgebieten – Studie

Im Zusammenhang mit einem verstärkten Auftreten größerer Bauvorhaben und dichter Bauformen innerhalb historisch gewachsener Einfamilienhausgebiete stellten sich die in den letzten Jahren routinemäßig fortgeschriebenen Bebauungsbestimmungen als problematisch heraus. Die aus ökonomischen Gesichtspunkten erforderliche Vollaussnutzung der Bebauungsmöglichkeiten, insbesondere der zulässigen Gebäudehöhe und allfälliger zusätzlicher Überschreitungsmöglichkeiten, führte zu maßstabsfremden Erscheinungsformen und funktionellen Problemen im öffentlichen Straßenraum.

Um die erforderlichen Maßnahmen auf der Grundlage einer stichhaltigen Argumentation und gleichzeitig mit dem erforderlichen Augenmaß für die Situation der „Altsiedler“ treffen zu können, wurde ein Ziviltechniker mit der Erstellung einer Studie beauftragt, in der sowohl die Problemfälle dargestellt als auch die für den klassischen und zeitgemäßen Einfamilienhausbau bestehenden Anforderungen ausgelotet wurden.

GIS-gestützte Flächenwidmung

Im Rahmen des Arbeitskreises „GIS-gestützte Flächenwidmung“, in dem alle Planungsabteilungen vertreten sind und der von der MA 21 C geleitet wird, konnten im abgelaufenen Jahr weitere wesentliche Schritte für die Umstellung auf eine digital-automationsgestützte Vorgehensweise im Zuge der Widmungsverfahren erreicht werden.

Nach der Normierung der Grundlagenforschung wurde der Schwerpunkt der Entwicklung in die Erstellung des digitalen Fluchtlinienoperates und dessen Überführung in eine GIS-Umgebung zur Verwaltung und Analyse dieser Grafikdaten gelegt. Durch die Realisierung entsprechender EDV-Werkzeuge für die digitale Planproduktion sowie der produktionsbedingten Standardisierung auf der operativen Ebene (Informationsfluss, Vervielfältigung, Archivierung, Sicherheitsaspekte etc.) wird bereits ein Großteil der neuen Plandokumentsentwürfe digital erstellt. Als weitere Schritte sind zum einen die Erstellung von automationsgestützten Auswertungen wie Widmungsbilanzierungen, Ermittlung von Ausnutzbarkeiten etc. und zum anderen die Verknüpfung mit weiteren Datenverwaltungssystemen (Plandokumentenverwaltung, Nutzungsdaten etc.) geplant.

Neues Modell der Gebührenermittlung bei städtebaulichen Bestandsaufnahmen

Im Zuge der Beauftragung an ein Zivilingenieurbüro (Emrich Consulting) wurde der teilleistungs- und gebietsspezifische Aufwand für die Erstellung einer städtebaulichen Bestandsaufnahme für unterschiedlich strukturierte Gebiete zum Zweck der Überarbeitung der bislang angewendeten Honorargrundlage gemäß der Gebührenordnung für Architekten (GOA) untersucht.

Als Ergebnis dieser Untersuchung, in der die Teilleistungen nach dem relativen Zeitaufwand in Abhängigkeit von plangebietsspezifischen Kriterien bewertet worden sind, wurde ein Vorschlag für ein Berechnungsmodell zur Abschätzung des plangebietsspezifischen Aufwandes erstellt.

Dieses Berechnungsmodell soll künftig als Grundlage für die Ermittlung von Richtpreisen bei der künftigen Vergabe von städtebaulichen Bestandsaufnahmen dienen.

Neustrukturierung der EDV in der Stadtplanung

Unter Federführung der MA 21 C wurde innerhalb der Stadtplanungsabteilungen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein Konzept für die künftige Neuorganisation der EDV in der Stadtplanung erarbeitete, das die Grundlage für weitere Schritte zur Neustrukturierung der EDV-Agenden bilden soll.

Nach dem Prinzip einer sachbezogenen und kapazitätsausgewogenen Arbeitsteilung sieht das Konzept vor, jeder Planungsabteilung schwerpunktmäßige Aufgaben, was die Implementierung, Wartung und Weiterentwicklung von EDV-Anwendungen betrifft, zuzuordnen. Eine kleine zentrale Gruppe, die sich aus den Abteilungen rekrutiert und sachlich für die MD-BD – Gruppe Planung Ansprechstelle bzw. Verbindungsglied zu den Schwerpunktgruppen (Abteilungen) darstellt, soll diese Schwerpunktgruppen in ihren Aktivitäten unterstützen und koordinieren. Damit sollen die im Zuge der Strukturanalyse (Coopers & Lybrand) aufgezeigten Mängel bzw. Vorschläge in Form kurzfristig machbarer Maßnahmen aufgegriffen werden.

Für den Großteil der zusammenhängenden **Betriebsflächen** in Wien Nordost wurde der Bestand erhoben und dargestellt, weiters wurde eine **Datenbank für Großprojekte** (Einkaufszentren, Hochhäuser, Kino) entwickelt.

Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 36 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden 4 zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dgl.) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfasst 1.435 ha, somit ca. 10 % der Fläche beider nordöstlicher Wiener Gemeindebezirke. Mit Ausrichtung auf das „10-Jahres-Programm“, der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 49 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 24 Gebiete in Vorbereitung. Für ca. 45 ha Gebietsfläche mit auf Grundlage des § 8 Abs. 1 der Bauordnung bestehender Bausperre konnten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne festgesetzt werden.

Der Abteilung wurden 951 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 713 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 24 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten ATS 10,9 Mio. Die Aufgliederung nach räumlichen Teilgebieten ergab – abgesehen von bezirksübergreifenden Untersuchungen bzw. Kopierkosten und Ähnlichem – für den 21. Bezirk ATS 2,8 Mio., für den 22. Bezirk ATS 4,5 Mio. Für bezirksübergreifende bzw. räumlich nicht zuordenbare Arbeiten wurden ca. ATS 1,2 Mio. aufgewendet.

Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr ATS 1,4 Mio., für Gutachterverfahren und Stadtteilplanung ATS 2,6 Mio., für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ATS 5,1 Mio. und für Sonderaufgaben/EDV ATS 1,4 Mio. Für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden ATS 0,4 Mio. verwendet.

Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahr 1999 2.796 km öffentliche Straßen, von denen 214 km Bundesstraßen B, 41 km Autobahnen und 2.541 km Gemeindestraßen waren.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau von Siedlungsstraßen wurden folgende gemeindeeigenen Geräte eingesetzt:

4 große Straßenwalzen, 12 Gehwegwalzen, 12 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 6 Straßenreparaturzüge, 5 Asphaltcontainerwagen, 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen, Tiefladertransporter), 1 Straßenfräse sowie 1 Minibagger und 12 fahrbare Leichtkompressoren inklusive 1 Radlader, 2 Rüttelplatten und 5 Fugenschneider.

Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden an Straßendecken.

Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Ver- und Entsorgungsleitungen wurden von der MA 28 an öffentliche Einbautendienststellen und an private Bauwerber zusammen 12.301 Aufgrabungsbewilligungen (davon 5.221 Gebrechens- und Störungsbehebungen) erteilt. In 122 Fällen wurden in verkehrssicheren Straßen statt Aufgrabungen Bohrungen (112) bzw. Minierungen (10) durchgeführt.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden 1999 fünf PKW eingesetzt. Für diese Inspektionen wurden rund 47.000 km zurückgelegt. Sobald Mängel gefunden wurden, ist deren unverzügliche Behebung veranlasst worden. Die Beanstandungen führten in fast allen Fällen zum Erfolg. Diese Kontrollfahrten werden auch in Zukunft fortgesetzt, um eine klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der MA 39 und privaten Prüfanstalten (Firma Mapag, Firma Nievelt, Firma Swietelsky u. a.) wurden von den diversen Einbautendienststellen aufgrund der Wiederinstandsetzungsvorschrift der MA 28 im Jahr 1999 laufend Druckversuche mit Lastplatten an den zugeschütteten Künetten ausgeführt.

Von den insgesamt 650 Lastplattenversuchen wurden an 613 Stellen (94 %) positive Ergebnisse erzielt, das bedeutet die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurden zu 6 % nicht ordnungsgemäß durchgeführt. In diesen 37 Fällen wurde die bauausführende Firma beauftragt, die Mängel durch Nachverdichtungen bzw. durch einen Materialaustausch zu beheben.

1. Gemeindestraßen

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Einzelvorhaben (Fortsetzungsarbeiten und neue Baumaßnahmen) von Straßenbauten durchgeführt.

Fortsetzungsarbeiten

- 10., (12.) Kundratstraße von Karplusgasse bis ca. neue „Einfahrt Kaiser-Franz-Josef-Spital“: Kompletter Straßenneubau (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen)
- 21., Jedlersdorfer Straße von Mitterhofergasse bis Tauschekgasse sowie Strebersdorfer Straße von Bernreiterplatz bis Jedlersdorfer Straße: Neuausbau der Straßenteilabschnitte (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen)

Neue Baumaßnahmen

- 9., Alserbachstraße (ganze Länge) und Julius-Tandler-Platz von ONr. 1 bis ONr. 10 sowie alle einmündenden Straßenteilabschnitte: Kompletter Straßenumbau
- 15., Winkelmannstraße von ONr. 2 bis ONr. 38 und gegenüber (ganze Länge), Fahrbahn- und beidseitiger Gehsteigumbau
- 21., Am Spitz von ONr. 1 bis ONr. 13 und gegenüber sowie Floridsdorfer Hauptstraße von Jedleseer Straße bis Am Spitz-Prager Straße: Komplette Straßenumbauten (Fahrbahnen, Gehsteige, Abstellflächen, Vorplatz-Gestaltung mit Baumpflanzungen etc.)

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf **Hauptstraßen** sind nur noch einige (nach dem Grad der Wichtigkeit auszugsweise angeführte) Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen von größerer Bedeutung und erwähnenswert. Dabei gelangten vorallem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln, Fahrbahn- und Gehsteigregenerierungen sowie diverse Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Komforterhöhung für Bereiche öffentlicher Verkehrsmittel (hauptsächlich Haltestellenkaps) zur Ausführung.

- 1. Bezirk: Kärntner Ring (von Kärntner Straße bis Schwarzenbergplatz)
- 3. Bezirk: Landstraßer Hauptstraße (3 bis 13, 4 bis 8)
- 6. und 7. Bezirk: Mariahilfer Straße (1A bis 1B, 5 bis 7, 22 bis 31, 34 bis 36, 76 bis 83, 116 bis 117)
- 7. Bezirk: Lerchenfelder Straße (13 bis 101)
- 8. Bezirk: Lerchenfelder Straße (10 bis 108)
- 10. Bezirk: Gudrunstraße (von Laxenburger Straße bis Leebgasse)
- 13. Bezirk: Lainzer Straße (57 bis 145, 152 bis 172)
Speisinger Straße (2 bis 42)
- 14. Bezirk: Linzer Straße (von Flötzersteig bis Satzberggasse)
- 15. Bezirk: Stieberggasse (1 bis 7, 2 bis 8)
- 16. Bezirk: Maroltingergasse (54 bis 70)
- 17. Bezirk: Neuwaldegger Straße (von Exelbergstraße bis ca. Amundsensstraße)
- 18. Bezirk: Pötzleinsdorfer Straße (von ONr. 80 bis Khevenhüllerstraße)
- 19. Bezirk: Grinzinger Straße (51 bis 81, 50 bis 76)
Sieveringer Straße (1 bis 7, 2 bis 4)
- 20. Bezirk: Dresdner Straße (29 bis 41, 84 bis 86, 51 bis 115)
- 22. Bezirk: Breitenleer Straße (von Pogrelzstraße bis Markomannenstraße)
- 23. Bezirk: Breitenfurter Straße (von Liesinger Platz bis Dr.-Neumann-Gasse)

Im Rahmen der Herstellung von **Nebenstraßen** wurden in Teilabschnitten nachstehend auszugsweise angeführte Straßen, Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzungen, Regenerierungen aufgrund von Zeitschäden sowie zu erwartende Frostschäden u. a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten wie z. B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen etc. durchgeführt:

- 1. Bezirk: Schottenring (16 bis 18)
Petersplatz (6 bis 9)
Börseplatz (1 bis 6)
Wipplingerstraße/Platz Hoher Markt/Tuchlauben
Werdertorgasse (1 bis 3, 2 A)
Schallautzerstraße (2 bis 6)
- 2. Bezirk: Engerthstraße (bis Sturgasse und Offenbachgasse)
Vorgartengasse (158 bis 172)
- 3. Bezirk: Weißgerberlande (Untere Viaduktgasse bis 10; 50 bis 52)
- 4. und 5. Bezirk: Mittersteig (Klagbaumgasse bis Phorusgasse bzw. Kleine Neugasse bis Straußengasse)
- 5. Bezirk: Bräuhausgasse (8 bis 12)
Bacherplatz (3 bis 7)
Am Hundsturm (11 bis 14)
- 7. Bezirk: Apollogasse (5 bis 17, 10 bis 24)
- 9. Bezirk: Spitalgasse (gegenüber 33 bis 35)
- 10. Bezirk: Pernerstorfergasse (Senefeldergasse bis Laxenburger Straße)
- 11. Bezirk: Am Kanal (73)

- 12. Bezirk: Schönbrunner Allee (21 bis 25, 42 bis 44)
- 14. Bezirk: Waidhausenstraße (18 bis 35, und gegenüber)
- 15. Bezirk: Hütteldorfer Straße (16 bis 26, 45 bis 71)
- 16. Bezirk: Lienfeldergasse (11 bis 27, 10 bis 28)
- 17. Bezirk: Dornbacher Straße (110 bis 124)
- 18. Bezirk: Pötzleinsdorfer Straße (112 bis 196)
- 19. Bezirk: Grinzinger Straße (1 bis 49, 2 bis 48)
- 20. Bezirk: Engerthstraße (109)
- 21. Bezirk: Am Spitz (1 bis 17)
- 22. Bezirk: Eipeldauerstraße (Saikogasse bis Anton-Sattler-Gasse)
- 23. Bezirk: Ziedlergasse (1 bis 19, 4 bis 20);

Im Zuge der Herstellung von **Siedlungsstraßen** wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen mit gemeindeeigenen Gradern und Baumaschinen auf bisher zum Teil unbefestigten Fahrbahnen durchgeführt. Dies geschah z. B. nach erfolgter Aufgrabung, nach Bodenverbesserungen mittels Einbau einer Frostschutz- und mechanisch-stabilisierten Tragschichte, aber auch nach Verstärkung mit Hilfe der Aufbringung einer Bitumenkiestragsschichte samt erforderlichen Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten. (14. Bezirk: Siedlung Kordon [4. und 5. Bauteil], Dostgasse u. a.; im 22. Bezirk: Siedlung Rehlacke, Lagerwiesenweg u. a.)

Die Neuherstellung von **Radwegen** bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u. a.) wurde auch im Jahr 1999 in folgenden Straßen fortgeführt:

- 2. Bezirk: Blumauergasse
- 3. Bezirk: Erdbergstraße
- 4. Bezirk: Argentinierstraße
- 7. Bezirk: Urban-Loritz-Platz (Mittelzone)
- 12. Bezirk: Kobingergasse
- 16. Bezirk: Lerchenfelder Gürtel
- 18. Bezirk: Währinger Gürtel
- 21. Bezirk: Jedlersdorfer Straße
Strebersdorfer Straße
- 22. Bezirk: Zehdengasse
- 23. Bezirk: Kaltenleutgebner Straße

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von **Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen** wurden 1999 fortgesetzt bzw. begonnen, so u. a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze:

- 1. Bezirk: Judenplatz (Parisergasse, Jordangasse, einmündende Gassen)
- 2. Bezirk: Tempelgasse
- 5. Bezirk: Siebenbrunnenplatz (inklusive einmündende Straßenteilabschnitte), Schloßgasse (u. a., angrenzende Straßenteilflächen)
- 13. Bezirk: Am Platz (Hietzinger Hauptstraße)
(Fortsetzungsarbeiten aus 1997/98 und deren Abschluss 1999)

Zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten** wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen (Umbauarbeiten) an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt, wie z. B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnnteilern, Kreuzungsaufdoppelungen, Fahrbahnaufpflasterungen sowie Parkspurabdeckungen und andere Umbauten besonderer Art:

- 1. Bezirk: Renngasse
- 2. Bezirk: Am Tabor, Vorgartenstraße
- 3. Bezirk: Fasangasse
- 4. Bezirk: Argentinierstraße
- 5. Bezirk: Spengergasse
- 8. Bezirk: Piaristengasse, Lange Gasse
- 9. Bezirk: Liechtensteinstraße, Porzellangasse
- 11. Bezirk: Kaiserebersdorfer Straße
- 12. Bezirk: Niederhofstraße
- 13. Bezirk: Hietzinger Hauptstraße, Speisinger Straße
- 14. Bezirk: Linzer Straße, Penzinger Straße
- 15. Bezirk: Felberstraße
- 16. Bezirk: Maroltingergasse
- 17. Bezirk: Hernalser Hauptstraße
- 18. Bezirk: Währinger Straße

- 19. Bezirk: Heiligenstädter Straße
- 20. Bezirk: Adalbert-Stifter-Straße, Klosterneuburger Straße
- 22. Bezirk: Breitenleer Straße
- 23. Bezirk: Auer-Welsbach-Straße

Die Arbeiten im Zuge des **Behindertenprogrammes** wurden wie in den vergangenen 19 Jahren seit 1981, auch im Jahr 1999 für den gesamten Wiener Raum fortgesetzt.

So wurden in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen respektive im Anschluss an Fußgeherübergängen in Teilen folgender, nachstehend auszugsweise angeführter Straßen eingebaut, um u. a. das Befahren mit Rollstühlen, Kinderwägen etc. u. a. zu erleichtern:

- 1. Bezirk: Dominikanerbastei, Tuchlauben
- 2. Bezirk: Große Pfarrgasse
- 5. Bezirk: Schönbrunner Straße
- 10. Bezirk: Himberger Straße
- 12. Bezirk: Schönbrunner Straße
- 16. Bezirk: Maroltingergasse
- 18. Bezirk: Gersthofer Straße
- 19. Bezirk: Grinzinger Allee
- 21. Bezirk: Floridsdorfer Hauptstraße
- 22. Bezirk: Erzherzog-Karl-Straße, Groß-Enzersdorfer Straße
- 23. Bezirk: Rosenhügelstraße

Im Bereich des **Neubaues privater Wohnhausanlagen** und sonstiger **hochbaulicher Anlagen** sind in folgenden, nur auszugsweise angeführten Straßenteilabschnitten diverse Bauarbeiten von größerer Bedeutung ausgeführt worden, und zwar im:

- 5. Bezirk: Nikolsdorfer Gasse
- 11. Bezirk: Ewaldgasse/Lorystraße
- 23. Bezirk: Auer-Welsbach-Straße

Im Bereich des **Neubaues städtischer Wohnhausanlagen** wurden in folgenden Straßenabschnitten auch 1999 Straßenbauarbeiten ausgeführt:

- 12. Bezirk: Arndtstraße
- 23. Bezirk: Steinergasse

Der **U-Bahnbau** löste auch wieder eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. Vorwiegend war dies in den Bezirken 11., 14., und 16., der Fall, da rechtzeitig vor Beginn der eigentlichen U-Bahnbauarbeiten (Aufgrabungen wegen Einbautenverlegungen sowie Absperrungen) leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, weiters bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahnbau errichtet werden mussten. Auch wurden bereits nach abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn sowohl großflächige Wiederinstandsetzungs- bzw. Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet als auch durchgeführt.

- 11. Bezirk: Simmeringer Hauptstraße inklusive Teilabschnitte von beinahe allen einmündenden Nebenstraßen
- 14. Bezirk: Poschgasse und Spallartgasse
- 16. Bezirk: Hasnerstraße, Hettenkofergasse

Im Zusammenhang mit der **Aufschließung von Betriebsbaugebieten (BBG)** sind Straßenbauten im Industriepark Nord (22. Bezirk) (Vollausbau der Niedermoserstraße und des Dassanowskyweges abgeschlossen, Neuherstellung der Hermann-Gebauer-Straße und der Rudolf-Hausner-Gasse) errichtet worden.

Im Gaswerk „Leopoldau“ wurde die **Richard-Neutra-Gasse** (bei S-Bahn-Unterführung, 21. Bezirk) ausgebaut.

Straßenmäßige Erschließung von Stadterweiterungsgebieten

(Stadterweiterungsflächen) erfolgte zum Zweck der Errichtung von Wohnhausanlagen mittels Herstellung der Infrastruktur in Form der Neuanlage von Straßen bzw. des Vollausbaues bislang unausgebauter Straßenzüge (Auswahl):

- 10. Bezirk: Stadterweiterungsfläche 10.01
Grundäckergasse
Straßenmäßige Erschließung des Areals: Grundäckergasse–Hämmerlegasse–Franz-Mika-Weg sowie Bahnlände
- 11. Bezirk: Stadterweiterungsgebiet 11.01/02 Leberberg (2. Bauteil):
Restarbeiten: Am Hofgartl, Paulasgasse sowie Ernst-Heiss-Gasse und Svetelskystraße

- 22. Bezirk: Donau City
Öffentliche Durchgänge und Durchfahrten, „Diagonale“ Leonard-Bernstein-Straße, Donau-City-Straße:
Neubau- bzw. Herstellung der Oberflächen (der Leonard-Bernstein-Straße, Donau-City-Straße und der Diagonale im Bereich Andromeda-Tower sowie aller ÖG-Flächen)
- 22. Bezirk: Stadterweiterungsfläche 22/22.1, Kagran West – westlicher Teil
Tokiostraße von Donaufelder Straße bis Prandaugasse (nach Süden verlaufend Josef-Baumann-Gasse),
Arakawastraße von Dückegasse bis Knoten 207 067 (Straßenende),
Dückegasse von Donaufelder Straße bis Prandaugasse,
Prandaugasse von Dückegasse bis Tokiostraße:
Neuherstellung der Fahrbahn sowie (beidseitiger) Gehsteig- und
Abstellflächenneubau
- 23. Bezirk: Stadterweiterungsfläche 23/02.01 Zentrum U6
Straßenmäßige Aufschließung beiderseits entlang der U-Bahntrasse der Linie U6 im
Abschnitt Haltestellen Erlaaer Straße und Perfektastraße:
Umbau der Dernjagasse, inklusive Teilabschnitte der Canevalestraße und der Carlberggasse
sowie Nebenfahrbahnerrichtung in der Perfektastraße (zwischen Canevalegasse und Dernjagasse)

Im Zuge der **laufenden Instandhaltungsarbeiten** wurden auch 1999 in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Regenerierungen bzw. Ausbesserungsarbeiten kleineren, nicht zusammenhängenden Umfangs, sowohl in Gemeindestraßen als auch auf Gehsteigen der Bundesstraßen „B“ ausgeführt.

Auch im Jahr 1999 kamen wieder **Straßenbauten kleineren Umfangs für andere Dienststellen** in einigen Bezirken zur Durchführung, und zwar vorwiegend für die WStW-Wiener Linien (U-Bahnbau und Errichtung von so genannten Haltestellenkaps) sowie Umbauten zum Zweck des Beschleunigungsprogramms bzw. Bevorrangungsprogramms für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u. a.). Für die MA 49 waren Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich. Auch im Rahmen des EU-Projekts Nr. 15 (Westgürtel), respektive URBION wurden einige Straßenbauprojekte verwirklicht (Urban-Loritz-Platz u. a.).

2. Bundesstraßen:

Nach der Übersicht über das Baugeschehen auf Gemeindestraßen wird nun eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der Bundesstraßenverwaltung durchgeführt, welche die Straßenbauarbeiten im Bereich der **Autobahnen – Bundesstraßen A** – und der **Bundesstraßen B** beinhaltet.

Autobahnen – Bundesstraßen A (wichtige Bauten im Berichtsjahr 1999)

Fortsetzungsarbeiten aus 1998 bis 2000:

- A 23 – 2., Instandsetzung und Umbau Prater Hochstraße:
Generalsanierung und Verbreiterung (Umbau- und Belagsarbeiten im Bereich Knoten Prater und Anschlussstelle Handelskai), Errichtung einer neuen Lärmschutzwand.

Neubeginne 1999:

- A 23 – 23., Rampe 9 im Bereich der Anschlussstelle Sterngasse:
Sanierung des Fahrbahnbelags des 1. Fahrstreifens der Verbindungsrampe von der A 2 – Südautobahn zur A 23 – Südosttangente Wien in Fahrtrichtung Favoriten.
- A 23 – 10., Knoten Landstraße bis Anschlussstelle Arsenal:
Spurrinnensanierung im Bereich des 2. Fahrstreifens auf der Richtungsfahrbahn Süd.
- A 23 – 10., Abschnitt von Laxenburger Straße bis Anschlussstelle Favoriten:
Erneuerung von schadhafte Betonfeldern im Bereich des 1. und 2. Fahrstreifens auf der Richtungsfahrbahn Nord.
- A 23 – 3., Abfahrt Landstraßer Gürtel:

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wurde zwischen der Auffahrts- und Abfahrtsrampe eine Betonleitwand als Fahrbahnteiler errichtet. Zur Schaffung der erforderlichen Aufstellfläche musste vorher die Fahrbahn der Abfahrtsrampe verbreitert werden.

Bundesstraßen B:

Im Bereich Bundesstraßen B kamen im Jahr 1999 sowohl größere Bauprojekte (Umbau, Vollausbau) als auch Erhaltungsarbeiten geringen Umfangs zur Ausführung:

Größere Straßenbauarbeiten (wichtige Bauten im Berichtsjahr 1999)

Fortsetzungsarbeiten aus 1998 bis 1999:

- B 13 a – 23., Perfektastraße von Zouvalgasse bis U6:
Kompletter Straßenumbau (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen und Radwege) aufgrund des schlechten Straßenzustandes. Siehe auch Stadterweiterungsfläche 23/02.01, Zentrum U6;

Neubeginne (1999):

- B 3 – 21., Neue Trasse von Donaufelder Straße bis Leopoldauer Straße:
Neubau einer zweispurigen Bundesstraße samt Rad- und Gehwegen sowie Lärmschutzeinrichtungen. Baudurchführung: August 1999 bis Oktober 2000.
- B 221 – 5., Margaretengürtel (Fendigasse – Schönbrunner Straße):
Im gegenständlichen Bereich der B 221 – Wiener Gürtel Straße wurde mit der Durchführung eines kompletten Umbaus der Gürtelfahrbahn begonnen. Damit kommt es im Jahr 2000 zu einem Abrücken der bestehenden Fahrbahn von der Bebauung und einer Verbreiterung und Neugestaltung des Vorlandes inklusive der Pflanzung einer neuen Baumreihe und Errichtung eines neuen Gehweges. Bauzeit: Ende Jänner 1999 bis November 2000.
- B 226 – 21., Floridsdorfer Hauptstraße (Jedleseer Straße – Am Spitz – Prager Straße):
Aufgrund des schlechten Straßenzustands sowie der notwendigen Leitungslegungen (Wiengas, MA 31) war in diesem Bereich ein kompletter Umbau erforderlich. Das Projekt hat in stadtauswärtiger Richtung zwei Fahrspuren und stadteinwärts eine Fahrspur, wobei der gewonnene Raum für die Errichtung von Radwegen genützt wurde. Bauzeit: Anfang Juli 1999 bis Mitte Oktober 1999.

Erhaltungsarbeiten: Maßnahmen mit Gesamtbaukosten unter ATS 1 Mio. (Einzelmaßnahmen) Stauraumsanierungen in Form von Konstruktionsverstärkungen

- B 1 – 14., Wientalstraße/Albert-Schweitzer-Gasse
- B 3 – 22., Groß-Enzersdorfer-Straße/Böckingstraße
- B 7 – 21., Brünner Straße/Shuttleworthstraße
- B 12 – 12., Eichenstraße/Vivenotgasse
- B 13 – 23., Breitenfurter Straße von ONr. 539 bis 551
- B 13 – 23., Breitenfurter Straße von Willergasse bis Haselbrunnerstraße
- B 6 – 10., Humberger Straße/Liesingbachstraße
- B 221 – 5., Margaretengürtel/Eichenstraße
- B 225 – 10., Theodor-Sickel-Gasse/Laaer-Berg-Straße
- B 227 – 1., Uraniastraße/Aspernbrücke
- B 227 – 9., Spittelauer Lände bis Rossauer Lände/Plateau Alserbachstraße
- B 228 – 3., Baumgasse/Schlachthausgasse

Örtliche Betonfeldsanierungen

- B 221 – Innerer Gürtel in den Bezirken 6., 7., 8. und 9.
- B 225 – 11., Simmeringer Hauptstraße von ONr. 461 bis 471
- B 227 – 19., Heiligenstädter Lände von Heiligenstädter Brücke bis Gürtelbrücke

Des Weiteren fanden laufend Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten (z. B. kleinere örtliche Betonfelderneuerungen, Arbeiten an Verkehrsleit- und Lärmschutzeinrichtungen und dgl.) an diversen Bundesstraßen in verschiedenen Bezirken statt.

Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen und Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen B durchgeführt.

Brückenbau und Grundbau (MA 29)

1. Kontraktmanagement

Im Berichtsjahr wurde aufbauend auf die bereits in den Vorjahren eingeführten betriebswirtschaftlichen Bausteine (Kostenrechnung, Zeiterfassung, Qualitätsmanagement, Produktbeschreibung und Kundenerfassung) im Einvernehmen mit der MD-Betriebswirtschaft und Controlling im Rahmen eines Pilotprojekts ein **Leistungskontrakt** erarbeitet und fertig gestellt.

Die wesentlichsten Punkte dieses Leistungskontraktes beinhalten die:

Kontraktdefinition: Zwischen den Kontraktpartnern wurden die Leistungsziele für das Jahr 2000 vereinbart.

Handelnde Personen/Stellen sind einerseits die Auftraggeber (Stadtrat und Magistratsdirektor), welche die erforderlichen Ressourcen zur Zielerfüllung zur Verfügung stellen, andererseits der Auftragnehmer (MA 29), welcher die vereinbarten Ziele und Leistungen im Rahmen der vereinbarten Ressourcen zu erbringen hat und darüber hinaus berichtspflichtig ist.

Das Thema Brückenbau und Grundbau ist **Kontraktbasis und Umfeld** des Kontraktes. Die MA 29 beschreibt und definiert ihre Produkte sowie ihre Marktvorteile gegenüber anderen Firmen. Es wird voran eine Gesamtsicht der MA 29, eine Kundenaufzählung und -beschreibung sowie die Dienstleistungen (Produkte), die Organisation, Einrichtungen und die Personalausstattung der Abteilung in Kurzform zusammengefasst. Weiters wurde eine Finanzübersicht der voraussichtlich zur Verfügung stehenden Budgetmittel, der Personal- und Sachkosten und der Einnahmen für das Jahr 2000 gegeben. Ergänzend dazu wurden auch die Stakeholder der MA 29 aufgezählt.

Finanzübersicht gerundet für das Jahr 2000

	in Mio. ATS
Ausgaben, die von der MA 29 umgesetzt werden	
Budgetmittel der Stadt Wien	100,8
Zusatzrahmen	15,0
Eventualbudget	5,0
Budgetmittel des Bundes (Stand 8. 10. 1999) lt. Bauprogramm 2000 netto	50,8
Budgetmittel der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-	
Aktiengesellschaft (ASFINAG) lt. Bauprogramm 2000 netto	121,2
Budgetmittel sonstiger Kunden	
Donaukraft	2,0
Wiener Linien	1,0
Budgetmittel für Baugrunduntersuchungen	50,0
Summe	345,8

Gesamtkosten der MA 29 (geschätzt) aufgrund der Kostenrechnung 1998

Personalkosten.....	46,0
externe Regien.....	30,0
interne Regien.....	4,0
Summe	80,0

Einnahmen für Leistungen der MA 29

Wiener Linien	6,40
Bund	5,10
ASFINAG	12,10
Landes- und Gemeindeabgaben.....	0,07
Summe	23,67

Kunden der MA 29

- Gemeinde (30 %)
- ERHOB (Erhaltung des hochrangigen Bundesstraßennetzes) (27 %)
- Bund (14 %)
- Andere Magistratsabteilungen (14 %)
- ASFINAG (7 %)
- Wiener Stadtwerke-Holding (4 %)
- Private (2 %)
- Behörden und Politik (je 1 %)

Produkte und Leistungen der MA 29

- „Unproduktive Produkte“ (32 %)
- Instandhaltung, Wartung (14 %)
- Bauwerksprüfung (11 %)
- Bauabwicklung, Neubau (9 %)
- Allgemeine Administration (7 %)
- Instandsetzung (6 %)
- Geotechnische Beratung und Baugrunderkundung (je 5 %)
- Erneuerung, Umbau (3 %)
- Bauwerksmanagement, Baugrundinformation und Internes Service (je 2 %)
- Projektentwicklung und Amtssachverständigentätigkeit (je 1 %)

Organisation der MA 29

- Abteilungsleitung
- Kanzlei
- Stäbe
- **Fachbereich 1: Brückenbau und Straßentunnel**
- Projektentwicklung
- Bauabwicklung
- Gemeindebrückenerhaltung: Instandhaltung, Instandsetzung, Erneuerung
- Bundesbrückenerhaltung: Instandhaltung, Instandsetzung, Erneuerung
- Autobahnmeisterei
- **Fachbereich 2: Grundbau**
- Baugrundinformation
- Baugrunderkundung
- Bauberatung Tiefbau und U-Bahnbau
- Bauberatung Hochbau
- **Fachbereich 3: Administration, Bauwerksprüfung, Sonderbauten, Controlling, Sonderaufgaben**
- Administration und Internes Service
- Bauwerksprüfung
- Sonderbauten

Zielsetzungen

Da Ziele an Produkte gekoppelt, eindeutig und messbar sein müssen, wurden sie schriftlich festgelegt. Diese Ziele sind in der Zukunft liegende „Soll-Größen“, die in einem bestimmten Zeitraum zu erreichen sind.

Bei der Zielsetzung unterschied man 5 Zieldimensionen:

• Gesamtintegration, Sinn – Gesamtsicht

In dieser Zieldimension wurde die Gesamtzielsetzung (angestrebte Wirkung) sowie die Ergebnis-/Prozesszielsetzung der MA 29 dargestellt und beschrieben. Somit ergab sich eine Zusammenfassung der Unternehmenszwecke, Gesamtstrategien, Identität, Werthaltungen und des Selbstverständnisses anhand von operationalen Zielen (Konkurrenzfähigkeit, Leitbilderstellung, Feedbackfeststellung).

• Kunden(-zufriedenheit) – Außensicht

In dieser Zieldimension wurde abgeklärt, ob es eine einheitliche Kundensicht gibt, oder ob sich der Markt in verschiedene Segmente aufsplittet, die unterschiedlich behandelt werden müssen und folglich im Kontrakt auch als Marktsegment Brückenbau und Marktsegment Grundbau unterschieden wurden. Die operationalen Ziele zum Marktsegment Brückenbau sind „Keine Sicherheitsmängel und Verbesserung der Brückeninformation (Internet)“, im Grundbau „Keine Baukatastrophen, Ausbau der Baugrunddatenbank, Kundenzufriedenheitsumfrage“.

• Leistungserstellung – Outputsicht

In dieser Zieldimension wurden die konkreten Outputziele hinsichtlich der vereinbarten Produkte und Leistungen aufgeführt und um die Prozessziele ergänzt, die insbesondere den Effizienz- und Qualitätsbereich betreffen. Die operationalen Ziele dieser Zieldimension sind „Innovationen als Berichtspunkt, Untersuchung über Verkehrsaufrechterhaltung bei Bautätigkeiten, Einhaltung der Bautermine, Einhaltung von Baukosten, Erhaltungszustand der Gemeindebrücken, Qualitätssicherung durch Qualitätsmanagement nach ISO 9001“.

• Finanzen – Inputsicht

In dieser Zieldimension wurden Erträge und Deckungsgrad in Form von angestrebten Wirkungen und Ergebnisprozesszielsetzungen durch operationale Finanzziele dargestellt (Kostendeckungsgrad und Einhaltung des Voranschlagsrahmens hinsichtlich der Ausgaben).

• Management – Innensicht

Hier erfolgte die Darstellung des Organisationsaufbaues samt Personalplanung anhand von operationalen Zielen (Personalstand gemäß Personalplan 2005, Know-how erweitern, Leistungserhöhung bei gleichem Mitarbeiterstand, Mitarbeiterzufriedenheit).

Produkte und Leistungen sind definierte, abgrenzbare, für sich alleine stehen könnende „Pakete“ der Leistungserbringung, welche die Erreichung der festgelegten Ziele fördern bzw. sicherstellen sollen. Die MA 29 hat deshalb einen Produkt- und Leistungskatalog erstellt, auf dessen Basis der Kontrakt abgeschlossen werden kann.

Die Ziele sind in den Produkten und Leistungen zu erreichen.

Rahmenbedingungen sind Bedingungen, die für den Kontrakt von Relevanz sind und dabei relativ stabil bleiben. Gegenständliche Rahmenbedingungen enthalten:

- Zu beachtende Besonderheiten
- Die MA 29 realisiert ansprechende, funktionelle und zukunftsorientierte Bauwerke
- Um ein ansprechendes Erscheinungsbild zu gewährleisten, muss die Gestaltung von Verkehrsbauwerken nach den Kriterien der Ingenieurkunst erfolgen, weites sind qualitätsverbessernde Maßnahmen im Zuge von Baumaßnahmen notwendig
- Relevante Besonderheiten der Verpflichtung: Schlüsselfunktionen, Postenaufwertungen
- Spezifizierte Orientierungsvorgaben, welche nicht in einer Zielsetzung festgelegt sind: Auszahlung von Erfolgsprämien möglich
- Ausdrücklich erteilte Ermächtigungen, die nicht aus den Standardvorschriften des Magistrates der Stadt Wien in der geltenden Fassung hervorgehen: Erbringen von Leistungen für Kunden, z. B. Wiener Linien, deren Tätigkeit im öffentlichen Interesse liegt, Remunerationen

Kontraktevaluierung – Berichtswesen

Die Einhaltung bzw. der Erfüllungsgrad der im Kontrakt getroffenen Vereinbarungen wird während bzw. spätestens am Ende der Kontraktlaufzeit (Ende 2000) gemessen und berichtet. Das klar definierte Berichtswesen sorgt auf beiden Seiten des Kontraktes für Transparenz im Leistungserstellungsprozess. Die Messung bzw. Erfassung der Einhaltung der im Kontrakt getroffenen Zielvereinbarungen erfolgt anhand der festgelegten Indikatoren (Einzelkriterien, welche anhand ihrer Messung den Grad einer Zielerreichung bestimmen lassen).

2. Organisationsneuerungen

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 auf organisatorischem Gebiet wesentliche Neuerungen eingeführt.

- So musste die Preisprüfungskommission durch den Wegfall der Kollaudierung neu geordnet werden.
- Weiters wurde eine eigene Vergabekommission entsprechend der Weisung der Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion installiert.
- Um die Schulung und Weiterbildung der Mitarbeiter zu intensivieren, wurde ein eigener Ausbildungsreferent für die Koordinierung der Schulungsprogramme in der MA 29 verantwortlich gemacht.
- Damit die Dienstkraftfahrzeuge der MA 29 auch immer optimal eingesetzt werden (d. h. auch bei Urlauben und Krankenständen von Mitarbeitern optimal ausgelastet sind), wurde ein Fahrzeugmanagement geschaffen.
- Auch auf dem Gebiet des Dokumentationsmanagements sowohl für den Brückenbau als auch für den Grundbau konnten erste Schritte gesetzt werden.
- Durch die Einführung eines Informationsmanagements und die Installierung eines dafür verantwortlichen Mitarbeiters war es möglich, eine wesentliche PR-Tätigkeit zu betreiben, Informationen laufend zu aktualisieren, eine neue Imagebroschüre herauszugeben und wesentliche Information über aktuelle Baustellen in der Presse zu veröffentlichen. Intern wurde damit begonnen, über wesentliche Baustellen informative Baustellenberichte aufzulegen und diese auch laufend zu aktualisieren.
- Mit der Festhaltung der Innovationen wurde ein Mitarbeiter beauftragt.

3. Controlling

Hand in Hand mit der Erstellung des Leistungskontraktes wurden auch die Grundlagen für ein darauf abzustimmendes Controlling in der MA 29 geschaffen.

Um das (An-)Steuern der im Kontrakt festgelegten Ziele zu ermöglichen, wurde begonnen, als Entscheidungsunterstützung eine systematische Informationsaufbereitung zu betreiben. Es wurde daher in Eigenregie ein genau auf die Kunden und Produkte der MA 29 ausgerichtetes Kostenrechnungs- und Arbeitszeiterfassungssystem (KORAF) entwickelt und in der Abteilung installiert. Alle MitarbeiterInnen wurden verpflichtet, im Rahmen dieses Systems laufend ihre Dienstleistungen an diversen Kunden zu dokumentieren. Das Führungspersonal der Abteilung hat damit jederzeit ein äußerst wichtiges Steuerungsinstrument zur Hand, um die Überwachung der Zielerreichung auch garantieren zu können. Gleichzeitig wurde regelmäßig ein Budgetcontrolling für den technisch operativen Bereich (Gemeinde, Bund, ASFINAG) und für den administrativen Bereich betrieben. Im ebenfalls eingeführten Qualitätsmanagement ist ein Prozesscontrolling enthalten, das von den Vorgesetzten wahrzunehmen ist.

4. Kostenrechnung

Im Jahr 1999 konnte die mit 1. Jänner 1998 im Rahmen eines Modellversuchs gestartete Kostenträgerrechnung für die Gruppe Bauwerksprüfung ausgewertet werden. Die Auswertung dieser Kostenrechnung nach dem KNAST (Kostenrechnung mit Nachweisung der Kosten-Arten, Kosten-Stellen und Kosten-Träger) zeigt, welcher Kostenaufwand den Kunden der Bauwerksprüfung für die Durchführung der Bauwerksinspektionen zu verrechnen wäre. Im Zusammenhang mit diesem Modellversuch wurde auch eine – die ganze Abteilung umfassende – Kostenrechnung durchgeführt. Hierbei zeigte es sich, dass die Summe sämtlicher externen und internen Regien mit rund 75 % der Personalkosten anzusetzen wäre.

Weiters konnten auf Grundlage des KORAF das Verhältnis des Zeitaufwandes aller MitarbeiterInnen zwischen produktiven Leistungen und neutralen Leistungen ermittelt werden. Es zeigte sich, dass rund 45 % des Zeitaufwandes für neutrale Leistungen aufzuwenden sind. Basierend auf diesen Ergebnissen wurden für alle MitarbeiterInnen kostendeckende Stundensätze für die Verrechnung ihrer Leistungen an die jeweiligen Kunden errechnet.

5. Qualitätsmanagement

Die Einführung eines Qualitätsmanagements nach ISO 9001 konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Am 9. und 10. November 1999 hat die MA 29 das Zertifizierungsaudit bestens bestanden und das diesbezügliche Dekret erhalten. Damit gelang es der MA 29, die Qualität ihrer Leistungen nach außen zu signalisieren bzw. zu garantieren. Durch die Abhaltung jährlicher neuerlicher Audits wird sichergestellt, dass das System lebt und die selbst gestellten Ziele erreicht werden bzw. eine laufende Veränderung garantiert wird. Dieses System braucht den Umgang mit Fehlern und ermöglicht ihr durch eine nicht verletzendes Fehlerkultur, die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen durch Ablauf- und Fehleranalyse zu erreichen.

6. Von der Bauwerksprüfung zum Bauwerksmanagement

Da im Straßennetz Brücken, Tunnel und Verkehrsbauwerke eine wichtige Komponente darstellen und der Ausfall solcher Bauwerke ganze Straßennetze unterbrechen und erhebliche Benutzerkosten verursachen kann, sind diese Ingenieurbauwerke verkehrssicher und dauerhaft zu erhalten. Um daher die Lebensdauer der Verkehrsbauwerke zu optimieren und den Instandhaltungsaufwand zu minimieren, wurde in der MA 29 der direkte Erfahrungs- und Datenaustausch zwischen den Mitarbeitern der Bauwerksprüfung und der Brückenerhaltung intensiviert und das Bauwerksmanagement entwickelt.

Brückenprüfungen dienen der Erfassung, Dokumentation und Bewertung des Erhaltungszustands des betreffenden Objekts. Besondere Punkte dabei bilden Tragsicherheit, Gebrauchstauglichkeit und Dauerhaftigkeit.

Erst durch die Prüfergebnisse wird der momentane Wert eines Objektes abgeschätzt. Die Entscheidung über den Zeitpunkt von Instandhaltungsmaßnahmen und ob Teile oder das gesamte Bauwerk ersetzt werden sollen, benötigen als Grundlage eine exakte Zustandsanalyse, die die Bauwerksprüfung liefert. Aufbauend auf diese Daten werden nun in vernetzter Arbeit die optimalen Entscheidungen über die weiteren Erhaltungsmaßnahmen getroffen (Bauwerksprüfung, Erhaltung, Fachbereichsleiter und Abteilungsleiter).

Die meisten Ingenieurbauwerke verlangen einen hohen Kapitaleinsatz und ihr Wiederbeschaffungswert ist beträchtlich. Der weitaus größte Teil der Lebensdauer einer Brücke oder eines anderen Verkehrsbauwerks entfällt auf den „Lebensabschnitt Nutzung“. Mit Hilfe des Bauwerksmanagements wird nun das vorhandene Kapital in diesem Abschnitt optimal eingesetzt und erhalten. Sowohl für den Bauwerksverantwortlichen als auch für den Benutzer können dadurch die Kosten minimiert werden.

Basierend auf dieser neuen Vorgangsweise wurden 1999 die Verkehrsbauwerke der A 23 – Südosttangente überprüft und einem Bauwerksmanagement unterzogen. Es wurde ein Bericht „Instandsetzung A 23 – Südosttangente Wien“ erstellt, in dem der Bauwerkszustand sowie das Instandsetzungskonzept der Brücken und Mauern der A 23 aufgelistet wurden. Gegenstand des Berichts war weiters die Ermittlung des voraussichtlichen Finanzierungsbedarfes für die nächsten 15 Jahre. Ziel des Berichts war es, den großen erforderlichen Instandsetzungsaufwand der A 23 für das kommende Jahrzehnt zu verdeutlichen und eine entsprechende Budgetplanung zu ermöglichen. Neben eigentlichen Erhaltungsmaßnahmen wurden auch Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheits- sowie des Umweltstandards erläutert. Dies betrifft insbesondere die Randkonstruktionen. Ferner wurde aufgezeigt, dass zahlreiche Instandsetzungsarbeiten erst bei Inbetriebnahme der Südumfahrung (B 301) möglich sind.

7. Innovationen 1999

Jahrzehntelange Erfahrungen im Brückenbau geben der MA 29 Spielraum für Innovationen. Im Jahr 1999 wurde daher im Rahmen der permanenten Innovationsbereitschaft der MitarbeiterInnen die Ausarbeitung und Verwirklichung von Innovationen – sprich soliden, tragfähigen und neuen Problemlösungen – gefördert. Innovationen werden seither auch dokumentiert.

Im Jahr 1998 wurde von der MA 29 die Untersuchung der Machbarkeit und anschließend die Planung eines „Fly-over“ in Auftrag gegeben. So war es der MA 29 möglich, mittels der dann in der Abteilung mitentwickelten Fly-over-Konstruktion eine irreparable Dilatation der Südosttangente bei fließendem Verkehr zu erneuern.

Fly-over bedeutet eine Brücke über einer anderen zu errichten, damit der Verkehr ungestört auf den Fahrstreifen weiterfließen kann.

Bei der Errichtung des Nussdorfer Stegs gelang es aufgrund innovativer Ideen, ein architektonisch bemerkenswertes, technisch einwandfreies Geländer mit Handlaufbeleuchtung zu entwickeln.

Als 1999 bei einer Fugendilatation ein wie es zuerst schien irreparabler Schaden auftrat und auch der ehemalige Hersteller keine Möglichkeit für eine Instandsetzung sah, konnte ein Mitarbeiter der MA 29 eine neue Instandsetzungsmethode entwickeln.

Diese wirtschaftliche und technisch beste Lösung hat sich bestens bewährt und wird seither auch in anderen Bundesländern bei systemgleichen Dilatationsschäden angewandt.

8. Zielerfüllung 1999

Im Rahmen eines Management Reviews beim Audit für die Qualitätsmanagement-Zertifizierung konnte Ende 1999 festgestellt werden, dass im abgelaufenen Jahr fast alle Zielvorgaben der Abteilung erfüllt werden konnten bzw. wichtige Zielerfüllungen plangemäß verlaufen.

Die Einführung des Qualitätsmanagements (QM) nach ISO 9001 konnte im November 1999 mit der Zertifizierung der MA 29 abgeschlossen werden, wobei ein Großteil der Mitarbeiter das QM-System aktiv unterstützten.

Weitere Abteilungsziele wie die Einführung eines Informationsmanagements und eines Dokumentationsmanagements sind planmäßig im Aufbau begriffen. Seitens der Abteilungsleitung wurde auch vermehrtes Augenmerk auf das Führen von Mitarbeitergesprächen gelegt. Im Amtshaus Wilhelminenstraße wurde das Wegweiserleitsystem der MA 29 aufgrund interner Überlegungen und Verbesserungen neu gestaltet.

9. Mitwirkung an internationalen Projekten und Hilfsmaßnahmen der Stadt Wien

Nach Beendigung der Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien (Kosovo-Konflikt) sollte im Rahmen einer „fact finding mission“ im Bereich Novi Sad von freiwilligen österreichischen Brückenfachleuten unter Führung der MA 29 ein Sofortmaßnahmenpaket betreffend die rasche Freimachung der Schifffahrtsrinne auf der Donau, die Erarbeitung durchführbarer Bergemethoden der zerstörten Brücken und die Errichtung von Behelfsbrücken erstellt werden. Dieses Sofortmaßnahmenpaket sollte dann raschest im Rahmen eines Not- und Hilfsprogrammes der Stadt Wien umgesetzt werden. Obwohl die Stadt Novi Sad dieses Wiener Expertenteam offiziell Ende Juni 1999 eingeladen hatte, kam die geplante „fact finding mission“ aufgrund der Verweigerung von Visa ausstellungen durch die zentralen Behörden Serbiens nicht zustande.

Lediglich am 21. Juli 1999 konnte in Budapest unter der Leitung der Magistratsdirektion – Internationale Beziehungen (MD-IB) ein Informations-Kontaktgespräch mit Vertretern der Stadt Novi Sad und Brückenexperten der MA 29 sowie der österreichischen Wirtschaft hergestellt werden. Weiters nahm ein Vertreter der MA 29 am Treffen der Expertengruppe der internationalen Donaukommission betreffend „Fahrwasser in Jugoslawien“ vom 22. bis 25. Juli 1999 teil. Im Rahmen dieses Treffens an dem Vertreter aller Mitgliedstaaten der Donaukommission (Deutschland, Österreich, Bulgarien, Kroatien, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Slowakei, Ukraine, Russland) zusammentrafen, wurden mehrere Bereiche der jugoslawischen Donau besichtigt. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den zerstörten oder beschädigten Brücken in Novi Sad gewidmet und darüber ein Bericht verfasst.

10. Bauleistungen – Schwerpunkte 1999

Die Organisation der Abteilung gliedert sich in drei Fachbereiche:

- Brückenbau und Straßentunnel
- Grundbau
- Administration, Bauwerksinspektion, Sonderbauten, Controlling und Sonderaufgaben

Dabei war jeder Fachbereich im Berichtsjahr bestrebt, fachspezifische Bauaktivitäten zu setzen und seine Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientierung und Effizienz zu erledigen.

Brückenbau und Straßentunnel

Der Tätigkeitsbereich des Fachbereichs Brückenbau und Straßentunnel umfasst die Projektentwicklung, die Bauabwicklung, die Gemeindebrückenerhaltung und die Bundesbrückenerhaltung.

Im Rahmen der **Projektentwicklung** wurde im Zusammenhang mit dem Umbau der Gasometer eine Studie für eine Geh- und Radwegverbindung zum Prater erstellt, in der ein Stegneubau auf Höhe Kappgasse der Komfortverbesserung des bestehenden Gaswerkstegs gegenübergestellt wurde. Für die ausgewählte Variante Attraktivierung Gaswerksteg wurde ein Ausschreibungsprojekt erarbeitet und weitgehend abgeschlossen. Im Zuge der Verbindung der B 301 mit der B 14 – Westspange Rannersdorf wird mit einer Brücke der Bahnhof Klein-Schwechat überführt, für die eine konstruktive Studie ausgearbeitet wurde. Weiters erfolgte die Mitwirkung am Ausschreibungsprojekt der Wienerbergbrücke, die im Zusammenhang mit dem Bau des Lainzer Tunnels neu errichtet werden muss. Die Möglichkeiten der direkten Anbindung des Brigittenauer Stegs an die Engerthstraße wurden in einer Studie untersucht.

Für den Ketzergassensteg im Zuge eines Radwegs von Perchtoldsdorf zum Bahnhof Liesing wurde ein Vorprojekt sowie die Ausschreibungsplanung ausgearbeitet. Des Weiteren erfolgte die Abstimmung mit einer Reihe von Projekten der Stadt Wien und anderen Stellen wie ÖBB, HL-AG (Lainzer Tunnel), Bauträgern u. a.

Für die geplante Instandsetzung und Verbreiterung der Margaretengürtelbrücke wurde ein Ausschreibungsprojekt erstellt. Hier soll im Rahmen der notwendigen Instandsetzung durch eine Verbreiterung des Tragwerks über den Wienfluss und die U4 die Verknüpfung der Radwegrelation der B 1 – Wiener Straße und der B 221 – Wiener Gürtelstraße ermöglicht werden.

Auf dem Gebiet der **Bauabwicklung und Erneuerung** wurde das Kanal- und Entwässerungssystem der A 23 – Südosttangente durch Errichtung eines Rückhaltesystems mit Absetzbecken im Bereich Prater Hochstraße weiter ausgebaut.

Die Neugestaltung des Wegenetzes der Praterbrücke im Bereich Donauinsel wurde durch die Fertigstellung eines seilabgespannten, architektonisch interessanten Verbindungssteiges von der Donauinsel zum Hubertusdamm zwischen den Flutbrückenpfeilern der Praterbrücke über die Neue Donau komplettiert.

Im Zuge der 1997 begonnenen Erneuerung der Prater Hochstraße wurde der Mittelbereich finalisiert und die Tragwerkserneuerung mit der Herstellung des dritten Bauabschnittes abgeschlossen.

Die gesamte Verkehrsführung erfolgt daher seit Ende 1999 auf den neuen Tragwerken. Die neue Brückenrandkonstruktion wurde mit Stahlleitwänden ausgeführt, wobei zusätzlich eine 3 m hohe Lärmschutzwand durch den gesamten Prater die nun vom rechten Donauufer zum Donaukanal durchgehende Lärmschutzanlage ergänzt. Ende 1999 wurde die Herstellung des definitiven Mittelstreifens mit Leiteinrichtungen und Beleuchtungsanlagen begonnen.

Die im November 1998 begonnene Erneuerung der Gänsehäufelbrücke über die Alte Donau in Wien 2. wurde Mitte November 1999 abgeschlossen. Diese aus dem Jahr 1926 stammende und mit einer Geschwindigkeits- und Belastungsbeschränkung versehene alte Stahlbetonbrücke wurde durch eine neue Stahlkonstruktion mit architektonisch gestaltetem Sondergeländer und Portalen ersetzt.

Weiters wurden die Bauarbeiten betreffend die Errichtung von drei architektonisch bemerkenswerten, als Zugänge von der Donau City in den Donaupark dienende Brücken (Feuerwehrsteg, Sichelsteg, Fahnensteg) sowie einem Zugang vom Hubertusdamm zur Hollein-Schule mit Ende des Jahres abgeschlossen.

Zur Komplettierung des Geh- und Radwegs im Bereich Nordknoten am rechten Donauufer mit Anschluss an die Donauinsel konnte durch die Errichtung des auf Höhe Holzgasse gelegenen Nussdorfer Stegs über den Donaukanal eine Verbindung zwischen dem 19. und dem 20. Bezirk geschaffen werden.

Die im Zuge der Reaktivierung der „Hochbahn“ durch die ÖBB begonnene Errichtung einer niveaufreien Unterführung in Verlängerung der Richard-Neutra-Gasse konnte fertig gestellt werden. Diese Unterführung wurde als wasserdichte Wanne hergestellt.

Des Weiteren wurden durch die Unterführung unterbrochene Verbindungen der Bahn sowie der Straße durch den Bau von Brücken (Hochbahnbrücke, Nordbahnbrücke, Brücke über die Thayagasse, Brücke Anschlussbahn) wieder hergestellt.

Der durch die Trasse der U6 zerschnittene Bereich der Stadterweiterungsfläche 23 02.01 (östliche U6: Wohnbau, westlich U6: Schule und Park) wurde durch die Einrichtung eines Durchganges unter der U6-Trasse in der Nähe der Perfektastraße wieder miteinander verbunden.

Der in den Jahren 1959/60 errichtete Stadlauer Strandbadsteg über das Mühlwasser wurde im Zuge von Umbauarbeiten an der Wehranlage seitens der MA 29 erneuert.

Im Rahmen des Sonderprogramms zur Effektbeleuchtung der Wiener Brücken sollen durch individuell ausgelegte Beleuchtungsanlagen die sehenswerten architektonischen und technischen Einzelheiten der Konstruktionen hervorgehoben und zur Geltung gebracht werden. Im Berichtsjahr wurde die weihnachtliche Effektbeleuchtung der über den Donaukanal führenden Marienbrücke realisiert. Für die Beleuchtung der Friedensbrücke wurden Vorstudien betrieben.

Im Bereich der **Gemeindebrückenerhaltung** konnten folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

Da der Ekazentsteg über die Favoritenstraße aufgrund seines Bauzustands aufwendige und kostenintensive Instandsetzungsmaßnahmen erfordert hätte und nachgewiesenermaßen von der Bevölkerung nicht angenommen wurde, wurde der Steg im Einvernehmen mit der Bezirksvorstehung abgebrochen. Anstelle des Stegs wurde ein ampelgeregelter und niveaugleicher Fußgängerübergang hergestellt.

Im Jahr 1996 wurde von den Wiener Linien in der Station Karlsplatz ein Lift installiert, um das Opernpassagenniveau von der U-Bahn behindertengerecht zu erreichen. Um nun auch den 1. Bezirk im Straßenniveau behindertengerecht und kinderwagenfreundlich anzubinden, war der Einbau eines Aufzuges innerhalb des Rings erforderlich. Im Zuge des Umbaus wurde die feste Stiege im Bereich der Lüftungszentrale für die Opernpassage neu errichtet. Die aufwärts fahrende Rolltreppe wurde links zur abwärts fahrenden verlegt. Im freigemachten Bereich wurde ein neuer Aufzug für 12 Personen installiert. Die Realisierung der dafür erforderlichen baulichen Maßnahmen an der Stahlbetonkonstruktion der Opernpassage wurde durch die MA 29 durchgeführt.

Weiters wurden die im Oktober 1998 begonnenen Umbauarbeiten beim Kästenbaumtunnel im Nahbereich des Kurzentrums Oberlaa abgeschlossen. Damit wurde eine behindertengerechte Verbindung zum Kurzentrum bzw. zu den Wiener Linien in Oberlaa hergestellt.

Im Rahmen der **Brückenerhaltung bei Bundesbauten** sowie bei Bauten, die in die Zuständigkeit der ASFINAG fallen, wurden auf dem Gebiet der Instandsetzung umfangreiche Aktivitäten gesetzt.

- Bei der Flötzersteigbrücke (B 223 – Flötzersteigstraße) wurde die Instandsetzung des Fahrbahnbereichs sowie eine konstruktive und optische Instandsetzung der Brückenpylone, der Stiegenanlagen, der Widerlager und der Flügelmauern abgeschlossen.
- Auf der Gürtelbrücke (B 221 – Wiener Gürtelstraße) erfolgte die partielle Erneuerung der Fahrbahnverschleißschicht im gesamten Bereich Gürtel und 20. Bezirk.
- Auf der Hochstraße Floridsdorf (B 227 – Donaukanalstraße) wurde eine Erneuerung des Fahrbahnbelags am gesamten Bauwerk inklusive der Brückenanschlüsse durchgeführt. Weiters wurde eine Teilerneuerung des Brückenentwässerungssystems sowie eine örtliche Instandsetzung der Randbereiche durchgeführt.

- Bei der Brigittenauer Brücke (B 14 – Klosterneuburger Straße) wurde die Optimierung hinsichtlich Zugänglichkeit und Kontrollmöglichkeit fortgesetzt. Die gesamten Tragwerkskonstruktionen sowie vor allem die Widerlagerbereiche und die Pfeiler wurden mit Leitern, Podesten, Sicherungsanlagen und Geländern ausgerüstet.
- Auf der Nordwestbahnbrücke (B 3 – Prager Straße) wurde mit umfangreichen Instandsetzungsarbeiten begonnen. Hier wurde im Jahr 1999 eine Erneuerung des gesamten Fahrbahnaufbaus einschließlich der Abdichtung sowie eine Instandsetzung der Dehnfugenkonstruktionen in der Richtungsfahrbahn Wien durchgeführt. Mit dem Umbau der gesamten Widerlager sowie der Tragwerkskonstruktion und einer Verlegung der Einbauten wurde begonnen. Weiters ist eine Optimierung der gesamten Brückenausrüstung vorgesehen.
- Bei der Laxenburger Brücke (B 230 – Laxenburger Straße über die A 23 – Südosttangente) wurde eine umfangreiche Instandsetzung der Brückenkonstruktion eingeleitet. Mit den Vorbereitungsarbeiten für die Baufreimachung und die Abbrucharbeiten wurde begonnen.
- Auf der Stützmauer bei der Lobkowitzbrücke (B 1 – Wiener Straße) wurde der Stützmauerkopf instand gesetzt sowie eine Kompletterneuerung der Geländerkonstruktion mit einer Zusatzausrüstung in Form von Leitschienen sowie einer Spritzschutzverglasung für die sichere und komfortable Nutzung des tiefer liegenden Gehwegs der Diefenbachgasse hergestellt.
- Auf den Nikolai-Brückenobjekten (B 1 Wiener Straße) wurde eine umfangreiche Instandsetzung der Brückenrandstreifen durchgeführt. Auf der Nikolaibrücke wurde im Kurvenaußenbereich eine Erhöhung der Anfahrsicherheit und der Rückhaltefestigkeit durch Halbierung der Leitschienensteherabstände und der zusätzlichen Anordnung eines Unterfahrschutzes erzielt.
- Auf allen Brückenobjekten der Wiener Westausfahrt von Käthe-Dorsch-Gasse bis Knoten Auhof wurde auf 3,5 km Länge eine örtliche Instandsetzung der Fahrbahnbeläge sowie eine Überarbeitung der Fugen und Risse durchgeführt.
- Auf der Hochstraße St. Marx (A 23 – Südosttangente) wurde unter Einsatz der Fly-over-Konstruktion die Auswechslung von zwei großen Dehnfugenkonstruktionen durchgeführt. Die Fly-over-Anlage stellt ein 100 m langes und drei Fahrstreifen breites Stahltragwerk in Modulbauweise dar, welches im Jahr 1999 fertig gestellt und seitens der ASFINAG angekauft wurde. Ein mehrfacher Einsatz ist in den Folgejahren beabsichtigt.
- Auf den Brückentragwerken im Knoten Arsenal in Fahrtrichtung Prater wurde eine Erneuerung der Brückenrandkonstruktionen durchgeführt. In diesem Bereich erfolgte eine Verstärkung der Tragplatte, die Erneuerung der Abdichtung und des Belagsaufbaus im äußeren Randstreifen sowie insbesondere eine Kompletterneuerung des Brückenrandbalkens. Moderne Stahlleitwandssysteme mit erhöhter Rückhaltesicherheit wurden in diesem sensiblen Bereich (früher mehrere LKW-Unfälle mit Fastabsturz) durchgeführt. Eine umweltgerechte Optimierung wurde durch die umfangreiche Erweiterung der Lärmschutzanlagen erzielt.

Die Arbeiten für die laufende Brückenwartung und Reinigung wurden ebenso durchgeführt wie die Schadensbehebungen nach Verkehrsunfällen. Insbesondere im Zuge der A 23 – Südosttangente gab es zufolge vermehrter LKW-Unfälle (schwere Unfälle vor allem im Streckenbereich B 221 – Wiener Gürtel-Straße bis A 4 – Ostautobahn) erhöhten Instandsetzungsbedarf. In Anbetracht der erhöhten Unfallhäufigkeit und des weiter zunehmenden Schwerverkehrs wurde im Jahr 1999 bereits eine Überarbeitung der wesentlichen Gefährdungsbereiche der A 23 gewichtet nach Bauzustand und Unfallhäufigkeit begonnen. Ein Jahres-Projekt für die Erneuerung und Verstärkung der Brückenrandkonstruktionen mit Ausbildung von Stahlleitwänden analog den Donaubrücken bzw. der Prater Hochstraße wurde eingeleitet.

Grundbau

Der Fachbereich **Grundbau** bearbeitet mit seinen vier Gruppen das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung.

Die Gruppe **Baugrundinformation** (Geologie und Baugrundkataster) betreute neben den von der MA 29 behandelten Bauvorhaben und den Aufschlussbohrungen im Wiener Raum auch verschiedene Anfragen und Projekte anderer Magistratsabteilungen.

- Im Auftrag der MA 45 wurden Altlastenerkundungen (z. B. Laaer Berg-Park) geologisch betreut und Anfragen bezüglich des Verdachtsflächenkatasters behandelt.
- Im Zusammenhang mit den Aufschlussbohrungen für die Sanierung der Wienflussmauern fand eine geologische Betreuung und Beratung statt.
- Weiters wurde die MA 45 bei den Grundlagenerhebungen für die Projekte Grundwasserbewirtschaftungsplan und Tiefensüßwässer beraten und unterstützt.
- Die MA 31 wurde in Zusammenhang mit einigen Projekten von Wasserbehältern und Wasserleitungskanälen (z. B. Wasserbehälter Michaeler Berg und Jubiläumswarte, Rohrvorpressung Rosenhügel und Linzer Straße) geologisch-geotechnisch beraten sowie bei aktuellen Problemen der Hangsicherungen im Verlauf der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Haberöd, Sigriftsberg, Schonaberg) geologisch betreut.
- Die geologisch-geotechnische Beratung der MA 30 erfolgte im Zusammenhang mit der Errichtung von Hauptsammelkanälen (Wienfluss und Liesingtal) sowie von weiteren Kanalprojekten wie Körberstraße, Prager Straße, Steinböckengasse und Kanalneubauten in Zusammenhang mit dem Ausbau der Flughafenschnellbahn S 7.
- Die MA 49 wurde bezüglich der Erosionsproblematik bei der „Karlschütt“ (St. Ilgen, Steiermark) in der Angelegenheit „Steinschlag Steinbruch Gspöttgraben“ (Wien-Sievering) betreut.

- Die Magistratsabteilungen 21 A, B und C wurden hinsichtlich der Errichtung von Naturdenkmälern (Geotopen) geologisch beraten.
- Die Geologisch-geotechnische Beratung der MA 18 erfolgte vor allem im Zusammenhang mit der Generellen Planung der U2 nach Stadlau, dem Verbindungsgleis der U2 zum Betriebsbahnhof Erdberg, der Abstellanlage Karlsplatz/Schwarzenbergplatz und dem Umbau der U2-Stammstrecke.
- Für die Wiener Linien wurde die geologisch-geotechnische Betreuung der Bauarbeiten für die U3-Ost fortgesetzt. Auch für die Generelle Planung der U1-Nord wurde die geologisch-geotechnische Beratung und Betreuung weitergeführt.
- Für Hochbau-Projekte der MA 23 und MA 24 erfolgte eine geologisch-geotechnische Betreuung.
- Als grundbautechnischer Amtssachverständiger im Behördenverfahren (MA 58) agierte die Gruppe Geologie unter anderem im Zusammenhang mit der Errichtung privater Wärmepumpenanlagen und Tiefbohrungen (z. B. AKH).
- Auch für privatwirtschaftliche Unternehmungen wie der BIP Garagen GmbH. Breiteneder & CoKg wurden im Zusammenhang mit Tiefgaragen-Projekten (Robert-Stolz-Platz, Rudolfstiftung) die Baugrunduntersuchungen geologisch betreut.
- Die Digitalisierung der Karte des Donau-Gebiets aus dem Jahr 1849 wurde in Kooperation mit der Stadtarchäologie durchgeführt.
- Gemeinsam mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) wurde das seismische Strong-Motion-Messnetz zur Messung und Analyse starker seismischer Erschütterungen im Wiener Stadtgebiet weiter betrieben.
- Die Sammlung der Daten über den Baugrund von Wien (Baugrundkataster) wurde systematisch weitergeführt. So konnten dem Bestand 216 neue Einlagen mit 800 neuen Bohrprofilen zugeführt werden.
- Im Jahr 1999 erfolgten im Rahmen des Parteienverkehrs 472 Einsichtnahmen in den Baugrundkataster. Davon entfielen 244 auf Erhebungen für magistratseigene Bauvorhaben.
- Im Zuge der Erhebungsarbeiten für Bauvorhaben im Wirkungsbereich der MA 29 wurden 136 neue Bauakte angelegt.
- Die Boden-Wasser-Datei wurde unter Mitwirkung der MA 14 – ADV in das ARC-INFO-Datenbanksystem eingebracht. Von der MA 29 wurden im Zuge dieser Arbeiten etwa 1.000 neue Bohrprofile in die Baugrundkataster-Datenbank eingearbeitet.

Von der Gruppe **Bodenerkundung** wurden für eine Vielzahl von Bauvorhaben in direkter Rückkoppelung mit der Planung die erforderlichen Baugrunduntersuchungen durchgeführt.

Dabei sind insbesondere nachstehend angeführte Bauvorhaben hervorzuheben:

Bei den Baugrunduntersuchungen für den U-Bahnbau wurden für die U1/3 (Aderklaaer Straße) Fundamentaufschließungsschächte in den, an die projektierte U-Bahnlinie angrenzenden Gebäuden abgeteuft, für die U2/3–5 die Probebohrungen weitergeführt und in den hergestellten Brunnen Pumpversuche durchgeführt.

Für den Kanalbau wurden im Bereich des Stadtparks zwecks Feststellung des Zustands der Wienflussmauern Aufschlussbohrungen ausgeführt. In die Schüttkörper der Mülldeponie Rautenweg wurden Inklinometerrohre eingebaut, um eventuell auftretende Bewegungen exakt messen zu können und Gas-Wasser-Messbrunnen hergestellt.

Die Gruppe **Bauberatung-Tiefbau und U-Bahnbau** führte, wie auch in den letzten Jahren, für viele städtische Bauprojekte – im Zuge von Projektierung und Ausschreibung – die grundbautechnische Beratung und Begutachtung sowie – im Zuge der Ausführung – die fachliche Betreuung auf der Baustelle durch.

Die grundbautechnische Baubetreuung im Rahmen des U-Bahnbaus lag vornehmlich bei den Baulosen U3/19 bis U3/22, der Verlängerung der U3 nach Simmering und dem Neubau der Revisions- und Abstellhalle des U6-Bahnhofs Michelbeuern. Die Tätigkeitsschwerpunkte lagen dabei vor allem bei den letzten Tunnelvortrieben nach der Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode (NÖT), der Beendigung und dem Rückbau der großen Grundwasserhaltung (U3/20), der Erzielung des erforderlichen Grundwasserausgleichs (U3/19 bis U3/22) und bei Gründungsarbeiten (U6).

Die geotechnische Mitarbeit bei den Ausschreibungsplanungen der Wiener Linien erfolgte für die Bauabschnitte U1/1 bis U1/4, der Verlängerung der U1 nach Leopoldau, für die Bauabschnitte U2/11 (Rathaus, Volkstheater, Babenbergerstraße), U2/12 (Karlsplatz, Umbau der bestehenden Wendeanlage) und für die Erweiterung des Betriebsbahnhofs Erdberg.

Für die generelle Planung der U2-Verlängerung vom Schottentor nach Stadlau sowie für das Betriebsgleis durch den Prater erfolgte die geotechnische Mitarbeit im Rahmen der Stadtplanung. Für den orientierenden Baugrundaufschluss der U2 erfolgte die geotechnische Steuerung.

Weiters erfolgte im gesamten U-Bahnbereich die Tätigkeit als Amtssachverständige des Sachgebiets Grundbau, mit der Erstellung fachlicher Auflagen in den eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren und deren Überwachung. Für das HL-AG-Projekt Lainzer Tunnel im Rahmen der diversen eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgte die Betreuung als grundbautechnischer und geologischer Amtssachverständiger für das Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst und die MA 64. Desgleichen erfolgte die Stellung von Sachverständigen für die Bürgerbeteiligungsverfahren „Flughafenschnellbahn S 7 – Teilabschnitt 2“ und „Terminal Inzersdorf“.

Im Zuge der A 22 – Donau City wurde die Magistatsdirektion-Baudirektion/Dezernat 1 – im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die gesamte Infrastruktur-, wie auch die MA 29 – Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel – im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht für die Überplattung der A 22 vor allem im Bezug auf die Setzungsbeeinflussung der städtischen Infrastrukturbauten infolge der großen Bebauung und Überbauung (z. B. Mischek-Hochhaus, Ares-Tower, Tech Gate) fachtechnisch unterstützt.

Als weiterer Schwerpunkt der geotechnischen Mitarbeit bei Brücken- und Straßenbauvorhaben sind für den Berichtszeitraum 1999 z. B. die Verbreiterung Prater Hochstraße, der Nussdorfer Steg, die Donau-City-Stege, die Unterführung Perfektastraße, Straßenbauvorhaben beispielsweise im Bereich B 3, Richard-Neutra-Gasse oder Rautenweg zu nennen.

Ferner wurden die MA 30 und MA 31 bei tief liegenden Leitungsbauten, Rohrvorpressungen, Microtunnelling, bergmännischen Vortrieben oder spartenspezifischen Hoch- und Tiefbauten (z. B. Haupttransportleitung Linzer Straße, Entleerleitung Rosenhügel, Wasserbehälter Michaelerberg, Liesingtalsammelkanal, Leopoldauer Sammler, Rechter Hauptsammelkanal-Entlaster, Wientalentlastungskanal) während aller Projektierungsphasen grundbautechnisch beraten und bei der Bauausführung fachlich unterstützt.

Im Hinblick auf die Sicherung von Einbauten, Verkehrsflächen und Bebauung wurden – mit Schwerpunkt auf den sensiblen Bereichen – auch die großen und langen Rohrvorpressungen der Fernwärmehaupttransportleitungen Gürtel II und Süd-Ost einer fachtechnischen Bewertung unterzogen.

Die Wiener Linien wurden neben dem U-Bahn-Neubau vor allem im Zusammenhang mit Fremdbauten im Einflussbereich bestehender U-Bahn- und Straßenbahnanlagen (z. B. Wohnhochhäuser Wagramerstraße/Leonhard-Bernsteinstraße, Wohnbebauung längs der Simmeringer Hauptstraße, Rohrvorpressung Schönbrunn, Museumsquartier Messepalast etc.) als grundbautechnischer Amtssachverständiger betreut, im Rahmen laufender Instandhaltungsarbeiten von Stützmauern oder bei Umbauarbeiten, z. B. an der U6-Station Burggasse u. a., grundbautechnisch beraten.

Erwähnenswert ist auch die grundbautechnische Beratung, Begutachtung oder Betreuung vieler, teilweise auch an städtebaulich exponierten Stellen liegenden Hochhausgründungen oder tiefer Baugruben (z. B. Florido Plaza, Millenniums Entertainment Center, Wienerberger Hochhäuser, Tiefgarage Rudolfstiftung) für die MA 28, MA 35 oder MA 37 zur Sicherung des öffentlichen Gutes oder als Sachverständiger der Baubehörde.

Für die MA 22 erfolgte die sachverständige Mitarbeit bei der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Kraftwerk Donaustadt. Hinsichtlich der geotechnischen Beratung und Betreuung bei der Absicherung von Altlasten oder im Zusammenhang mit Deponien ist zu vermerken, dass neben der laufenden Betreuung der Deponie Langes Feld, der Schwerpunkt der Mitarbeit bei den Sanierungsgebieten 23., Rudolf Zeller Gasse, Shell Pilzgasse, Siebenhirten oder der Altlast nördlich der Hauptkläranlage BP – Entsorgungsbetriebe Simmering – Tierkörperverwertung lag. Für alle Altlastenbeurteilungen und Sanierungen erfolgte laufend auch die grundbautechnische Amtssachverständigentätigkeit im Wasserrechtsverfahren. Erwähnenswert auch die grundbautechnische Mitarbeit bei den Untersuchungen der Dammanlagen des Wienerwaldstausees.

Durch das **Referat Umwelttechnik und Schwingungsmessungen** wurde die gemeinsam mit der MA 30 – zum Zwecke der grundbautechnischen Überwachung von Rammarbeiten bei ungünstigen Anlageverhältnissen und kritischen Bauphasen – aufgebaute Messkette von Schwingungsmessgeräten für die MA 30 im Zuge von Kanalbauten erfolgreich eingesetzt. Des Weiteren erfolgt im Rahmen dieses Referats die Mitarbeit beim Öko Kauf Wien und die Beurteilung einschlägiger Gesetzesentwürfe.

Im Rahmen des **Referats geotechnische Verfahrens- und Datenanalyse** lag neben diversen Datenauswertungen der Tätigkeitsschwerpunkt bei der messtechnischen Überwachung (Durchflussmengenmessungen der Grundwasser-Drücker) und Bewertung der Funktionalität der Grundwasserausgleichsanlagen der den Grundwasserstrom im 20. und 21. Bezirk sonst teilweise absperrenden U-Bahnlinie U6.

Das **Referat geotechnische Messtechnik und EDV** führte für die MA 31 im Trassenbereich der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Gebiet St. Christophen – Scheibbs) Horizontalverschiebungsmessungen – inklusive Auswertung und Stellungnahme – durch. Die für die Projekte Sanierung der Kai- und Vorkaimauern Donaukanal (in Zusammenarbeit mit der Wasserstraßendirektion und der MA 45) sowie Sanierung Wienflussmauern (in Zusammenarbeit mit der MA 45) begonnenen mehrjährigen Messprogramme betreffend Neigungsverhalten der Stützmauern wurden fortgesetzt.

Des Weiteren erfolgte im Rahmen dieses Referates die Computer-technische Leitung und Betreuung des zukunftsorientierten Projekts EDV/GIS-gestützter Baugrunderkater.

Die Gruppe **Bauberatung Hochbau** führte bei zahlreichen städtischen Hochbauprojekten die grundbautechnische Beratung sowohl bei der Projekterstellung als auch bei der Bauausführung durch.

Als interessantes Beispiel besonders hervorzuheben ist dabei der Neubau der Hauptbücherei und der Zentrale der städtischen Büchereien am Neubaugürtel. Dabei wird die bestehende U-Bahn-Station Urban-Loritz-Platz überbaut, was erhebliche Umbauten und Verstärkungen im Fundamentbereich der Stationsanlagen erforderlich macht. Diese Arbeiten gestalteten sich auch deshalb besonders schwierig, da sie bei weitgehender Aufrechterhaltung des U-Bahn-Betriebes erfolgen müssen. Unter maßgeblicher Mitwirkung der MA 29 gelang es dabei, ein Fundierungskonzept zu entwickeln, das diesen schwierigen Randbedingungen Rechnung trägt und sich auch bei der praktischen Umsetzung – die Bauarbeiten laufen schon – bis jetzt voll bewährt hat.

Bauwerksprüfung

Im 3. Fachbereich der MA 29 wurden im Rahmen der Bauwerksprüfung im Berichtsjahr 176 Hauptprüfungen, 542 Kontrollen und 1.820 Befahrungen durchgeführt. Unter anderem konnten die Hauptprüfungen bei folgenden Objekten abgeschlossen werden:

- Donaustadtbrücke über die Donau, Gürtelbrücke und Döblinger Steg über den Donaukanal
- Brücken im Zuge der A 23 – Südosttangente – Hochstraße St. Marx und Hochstraße Inzersdorf
- 14 Brücken in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien.
- Die Kontrolle der Überkopfwegweiser erfasste 255 Objekte, davon wurden 37 einer Hauptprüfung unterzogen.
- 1999 wurden außerdem 327 Stützmauern und Stiegenanlagen mit 42.582 lfm und 117 Schallschutzwände mit insgesamt 33.094 lfm kontrolliert und überwacht.
- Es wurden 599 Schwertransporte in brückenbautechnischer Hinsicht bearbeitet. 48 Transporte mussten aufgrund des hohen Fahrzeuggewichts über die Brückenobjekte geleitet werden.

11. Forschungen

Die gemeinsam mit der geologischen Bundesanstalt betriebenen Forschungsprojekte „Begleitende geowissenschaftliche Auswertungen an Großbauvorhaben in Wien mit Schwerpunkt auf wissenschaftlich geotechnischer Grundlagenforschung im Hinblick auf Tonvorkommen des Wiener Beckens“ und „Darstellung und Dokumentation ausgewählter geowissenschaftlicher Studienlokationen (Exkursionspunkte) in Österreich unter besonderer Berücksichtigung von Mineralrohstoff-Vorkommen bzw. Lagerstätten“ konnten fertig gestellt werden.

Das im Rahmen der Bund-Bundesländerkooperation betriebene gemeinsame Projekt bezüglich der Untersuchung von Tongesteinen im Wiener Stadtgebiet („Wienton“) wurde weiterverfolgt. Weiters wurde die Betreuung der gemeinsam mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien und der Abteilung für Karstforschung und Höhlenkunde des Naturhistorischen Museums entwickelten Karstforschungsprojekte weitergeführt.

Das gemeinsam mit dem Institut für Stahlbeton und Massivbau der TU Wien betriebene Forschungsprojekt „Bewertung des Zustandes von Spanngliedern auf den Grundlagen von Untersuchungen an Massivbrücken der Stadt Wien“ konnte ebenfalls mit interessanten Ergebnissen abgeschlossen werden.

In den Jahren 1998 und 1999 wurden an vier Donaubrücken (Reichsbrücke, Floridsdorfer Brücke, Brigittenauer Brücke und Nordbrücke) dynamische Messungen aufgrund natürlicher Anregungsquellen und deren Auswertung durchgeführt. Diese Methode ist eine Weiterentwicklung und wesentliche Verbesserung von bisher üblichen dynamischen Messmethoden mittels stoßartiger Belastung.

Man versucht hier durch Messung von Eigenfrequenzen und Dämpfungen in zeitlichen Intervallen Aussagen über die zeitliche Entwicklung der Tragfähigkeit und den Materialzustand zu machen.

In den Jahren 1998 und 1999 wurde ein permanentes Überwachungssystem von zwei Brückentragwerken auf der A 23 – Südosttangente, Hochstraße St. Marx installiert. Das Ziel ist es, aus der dynamischen Charakteristik alle größeren Einzelereignisse herauszufiltern, die eine wesentliche Beanspruchung der Brücke durch den Verkehr darstellen. Dabei kann der Anteil der überladenen Fahrzeuge ebenso festgestellt werden wie die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit.

Das Überfahren überschwerer Sondertransporte kann kontrolliert und die Auswirkungen auf das Brückentragwerk überprüft werden.

Ein weiteres Ziel ist es, die Anzahl ermüdungsrelevanter Lastspiele zu ermitteln, was wesentlich für die Abschätzung der Lebensdauer einer Brücke ist.

12. Mitwirkung in Gremien

Im Berichtsjahr wurden unter Federführung der MA 29 die Beitritte der Stadt Wien zur „Österreichischen Gesellschaft für Geomechanik“ und dem „Österreichischen Betonverein“ betrieben und erfolgreich abgeschlossen.

Weiters wurde die Mitarbeit von Vertretern der MA 29 in den diversen Ausschüssen und Arbeitsgruppen der „österreichischen Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr“ (ÖFSV) und im „österreichischen Normungsinstitut“ so wie bisher mit großem Engagement weitergeführt.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (MA 39)

Die Tätigkeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (VFA) – MA 39 erstreckten sich im Jahr 1999 auf folgende Bereiche:

- Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001
- Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß ÖNORM EN 45004
- Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien
- auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen für die österreichische Bauindustrie



*Der Vizebürgermeister und Stadtrat für Planung und Zukunft DDr. Bernhard Görg und die Leiterin der MA 18 SR DI Brigitte Jilka bei der Pressekonferenz zur Wanderausstellung „Best of European Cities – ein intelligenter Städtevergleich“ in der Planungs-
werkstatt.*

Foto: Votava / PID

*Das Unternehmen Wienerberger errichtet im Süden Wiens einen neuen Stadtteil, die „Wienerberger City“, mit einem Bauvolu-
men von 4 Milliarden ATS.*

Foto: Votava / PID





Vizebürgermeister und Planungstadtrat DDr. Jörg im Gespräch mit Besuchern des Informationstages zur Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 im Donauspital.

Foto: Votava / PID

DDr. Jörg präsentiert die CD „Wunderkinder“, die von Oliver el Sayed, seinem Bruder und einer Mitschülerin mit Kinderliedern besungen wurde und zum Teil der Kinderkrebshilfe zugute kommt.

Foto: Votava / PID



- nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien, wie insbesondere der neu entstandenen Mitarbeit in den Sachverständigenausschüssen des Österreichischen Instituts für Bautechnik
- Ausbau der Prüf- und Überwachungsstelle in Richtung Kalibrierwesen und Einrichtung einer Zertifizierungsstelle
- Durchführung von Baustellenbetreuungen und Baustellen-Baustoffprüfungen

1. Prüftätigkeit und Überwachungstätigkeit als akkreditierte Prüf- und Überwachungsstelle PÜ 69

Im Geschäftsjahr 1999 konnte der Trend des Rückgangs der budgetmäßig vorgegebenen Einnahmen nicht aufgehalten werden. Dieser Rückgang ist, wie bereits im Vorjahr auch, auf umfangreiche Umstellungen im europäischen Normenwerk in Verbindung mit einem Wegfall von Fremdüberwachungen und Prüftätigkeiten sowie auf den kompletten Ausfall der Brandversuchshalle durch einen massiven Schaden im Bereich der Abgasreinigung zurückzuführen.

Die MA 39 – VFA hat den bereits eingeschlagenen Weg der Anhebung von Qualitätssicherung auf Baustellen weiter ausgebaut. Im Zuge dieser Maßnahmen werden bereits in der Planungsphase in Form einer Konsulententätigkeit die Richtlinien für qualitätssichernde Maßnahmen festgelegt werden. Die Baustellenbetreuung bzw. Baustellenberatung von Großbaustellen im Wiener Raum, insbesondere im Bereich der Fassadensanierungen, wurde nun auch von Genossenschaften und privaten Bauträgern angenommen. Für das Geschäftsjahr 2000 sind nun alleine am Sektor Thermische Wohnhaussanierung insgesamt vier Großbaustellen mit insgesamt 200.000 m² Fassade in Überwachung. Im Rahmen des Neubaus der Kläranlage HKA 2 wurden ebenfalls die umfangreichen Baustellenprüfungen aufgenommen.

Mit der Übernahme von neuen EN-konformen Prüfverfahren war insbesondere der Arbeitsbereich Brand der MA 39 – VFA im Jahr 1999 weiter in hohem Maße beschäftigt. Durch die Inbetriebnahme eines in Eigenregie konzipierten und aufgebauten europäischen Brandprüfstandes ist somit die MA 39 – VFA eine der acht europäischen Brandprüfstellen, die nach den neuen Normen arbeiten können.

2. Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaues der Stadt Wien

Sowohl die gutachterliche Tätigkeit als auch die beratende Tätigkeit der MA 39 – VFA bei Projekten der Stadt Wien wurde, wie auch im Vorjahr, ausgeweitet. Insbesondere bei kommenden Großprojekten und Sanierungen wurde die MA 39 – VFA in fachlicher Hinsicht zugezogen. Für die Beratung der Dienststellen hat die MA 39 eine Bauschadensdatenbank eingerichtet, die zukünftig von den Dienststellen via Intranet verwendet werden soll.

Mit dem System der Baustellenbetreuung, beginnend in der Planungsphase, werden qualitätssichernde Maßnahmen in die Ausschreibung integriert und im Sinne von umfassendem Controlling auch während der Bauphase durchgeführt werden. Endziel dieser Maßnahme ist eine gesicherte Erfüllung der Ausschreibungsvorgaben mit Hilfe von statistischen und qualitätssichernden Prüfparametern.

3. Auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen

Die MA 39 – VFA weist in ihrer Auftragsstruktur jährlich einen Schwerpunkt an Entwicklungsarbeit für Baustoffhersteller auf. Diese Forschungstätigkeit ist als nicht geförderte Forschung anzusehen und beträgt in etwa 10 % der Gesamteinnahmen. Für das Jahr 1999 sind besonders die Vorarbeiten für die Betonrezepturen beim Neubau der HKA 2 als auch die Arbeiten für den Fachverband der Holzindustrie hervorzuheben.

Mit Hilfe dieser auftragsgebundenen Entwicklungs- und Forschungstätigkeit können auch die Fachdienststellen profitieren, da auch speziell über die Vortragstätigkeit der Verwaltungsakademie in Zukunft versucht werden soll, diesen Wissensgewinn weiterzuleiten. Die umfangreiche Tätigkeit in Normenausschüssen und bei Richtlinien ist für den Auftragsstand und für die technische Kompetenz der MA 39 in Richtung der Akkreditierungsbehörde von wesentlicher Bedeutung.

Als Beispiel dafür kann der FNUA 166c herangezogen werden. In diesem Normenausschuss unter dem Vorsitz eines Mitarbeiters der MA 39 – VFA wurde im Jahr 1999 eine Verarbeitungsnorm für Wärmedämmsysteme geschaffen, die für die künftigen Projekte der Fassadensanierung von Wiener Wohnen wesentliche Verbesserungen bei Ausschreibung und Baustellenbetreuung schafft.

Speziell die sich in den letzten Jahren stärker am Markt etablierenden Gütezeichen werden nun auch von der MA 39 – VFA intensiv betreut. Hervorzuheben ist diesbezüglich in Zusammenarbeit mit führenden Estrichherstellern die Betreuung eines eigenen Gütezeichens für Estriche.

4. Nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien sowie Vortragstätigkeiten

Speziell für das Jahr 1999 als auch für 2000 hat die MA 39 – VFA wieder ein fachspezifisches Programm mit Fachvorträgen und Demonstrationen in den Labors geplant. Für 2000 werden diese Vorträge wieder über die Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie bzw. auch über die Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion, Gruppe Hochbau, bekannt gegeben.

Im Gremium des österreichischen Spiegelausschusses zur Advisory Group werden unter dem Vorsitz des Leiters der MA 39 – VFA die Rahmenbedingungen und die erforderlichen Nachweise für die Zertifizierung von Baustoffen – als wesentliche Voraussetzung für die Vergabe des CE-Zeichens – erarbeitet.

5. Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der MA 39 – VFA

Mit Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie in Österreichisches Recht und der damit verbundenen Möglichkeit der Einführung eines CE-Kennzeichens (nach Herausgabe der harmonisierten europäischen Normen) ist in Österreich massiver Handlungsbedarf für eine Zertifizierungsstelle gegeben.

Die MA 39 – VFA hat nach umfangreichen Vorgesprächen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten als auch dem Österreichischen Institut für Bautechnik den Entschluss gefasst, für die Kunden der MA 39 – VFA die Möglichkeit einer Zertifizierungsstelle mit anzubieten.

Im Jahr 1999 wurden daher die für die Genehmigung einer Zertifizierungsstelle nötigen Vorarbeiten weiter vorangetrieben und ein Lenkungsgremium vorgeschlagen.

Stadtvermessung (MA 41)

Die Vermessungsabteilung der Stadt Wien ist zuständig für die Durchführung der vermessungstechnischen Arbeiten und die Herstellung von Planurkunden für die Stadtverwaltung, hauptsächlich in den Bereichen der Verwaltung, Planung und Bauausführung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Abteilung nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die **Dezernate Ingenieurgeodäsie** mit den Referaten Baustellenmessungen, Allgemeine Vermessungen, Nivellement, **Liegenschaftsgeodäsie** mit den Referaten Urkundplänen und Grenzvermessungen sowie **Kartografische Geodäsie** mit den Referaten Mehrzweckkarte, Luftbilddauswertung und Kartografie gegliedert. Zusätzlich stehen die Referate Kanzlei, Archiv, Technisches Zeichnen und Interne Dienste als Einzelreferate allen Arbeitsbereichen zur Verfügung. Das Referat Interne Dienste wurde nach Auflösung des Referates Ausmesser neu geschaffen. Im Zuge dieser Umstrukturierung konnten zwei Dienstposten eingespart werden.

Schwerpunkte der Arbeit waren die Aktualisierung der Digitalen Stadtkarte, die Bauplatzschaffungen für kommunale Vorhaben und die Vermessungen für den U-Bahnbau. Eine Darstellung des Aufgabengebiets, der Organisationsform der Abteilung sowie ausführliche Informationen über die Digitale Stadtkarte, deren Herstellung, die Produktpalette und den Vertrieb betreffend, sind auch via Internet verfügbar (<http://www.wien.gv.at/ma41/>).

Maßgebliche Veränderungen in der Gesetzgebung mit Auswirkungen auf die Tätigkeit der Abteilung sind nicht eingetreten. Die gegen Ende des Jahres von der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion herausgegebenen neuen Vergaberichtlinien hingegen lassen jedoch einschneidende Änderungen bei der Vergabe von Vermessungsleistungen erwarten.

Mitte des Jahres konnte Vizebürgermeister Dr. Görg im Rahmen einer Festveranstaltung die neue digitale Stadtkarte von Wien, die **Mehrzweckkarte**, präsentieren. Damit legte die Abteilung das Ergebnis ihrer 15-jährigen Tätigkeit vor. Dieses digitale Kartenwerk umfasst den Maßstabbereich von 1:200 bis 1:10.000 und zählt zu den modernsten und genauesten der Welt. Damit hat die Stadt Wien sowohl national als auch international eine Vorreiterrolle in der Stadtkartografie eingenommen. Es wurde dafür ein neues Konzept entwickelt, nämlich die Verbindung einer kompletten, homogenen, sehr präzisen (durchschnittliche Genauigkeit 2 cm) Neuvermessung des Straßenraums von Wien (ca. 3.000 km, 3 Mio. Punkte) mit Luftbilddauswertungen unter Verwendung der modernsten EDV-Ausstattung und Vermessungsausrüstung. Das Kartenwerk umfasst im Maßstab 1:1.000 insgesamt 1.979 Blätter.

Das Know-how dazu stammt im Wesentlichen von der MA 41 und der MA 14-ADV. Da zu Projektbeginn eine entsprechende Software am Markt nicht verfügbar war, musste der Großteil im Haus entwickelt werden. Hingegen wurde für die Ausführung der umfangreichen Straßenvermessungen auch die Privatwirtschaft – Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen – zu einem hohen Anteil eingebunden. Dabei konnten durch Anwendung rationeller Mess- und Auswertverfahren die geplanten Gesamtvergabekosten unterschritten werden.

Die digitale Stadtkarte wird vor allem im Bereich der Verwaltung, der Stadtplanung und Stadtentwicklung, der Verkehrsplanung, der Projektierung im Bauwesen, der Leitungsdokumentation von Ver- und Entsorgungseinrichtungen und im Umweltschutz eingesetzt. Weiters bildet sie die topographische Grundlage des von der MA 14-ADV geführten Geoinformationssystems (GIS) der Stadt Wien. Dieser vielfältige Verwendungszweck kommt in der Namensgebung „Mehrzweckkarte“ zum Ausdruck.

Über die Anwendung in der Kommunalverwaltung hinausgehend ist die digitale Karte insgesamt für den Wirtschaftsstandort Wien von Bedeutung, z. B. als Planungs- und Projektierungsunterlage für Ingenieure und Architekten, im Geomarketing bei Betriebsansiedlungen, Kundenanalysen, Filialnetzoptimierung, Werbung, Kaufkraftanalysen, Vertrieboptimierung, in der Verkehrstelematik und im Mobilfunkwesen.

Im Gegensatz zur analogen Karte ist die digitale Stadtkarte nicht mehr ein rein passives Darstellungsmittel. Der Benutzer wird künftig vermehrt interaktiv das Kartenbild unter Verwendung von Benutzerschnittstellen je nach seinem Verwendungszweck gestalten, mit weiteren raumbezogenen Informationen verknüpfen und dadurch neue Erkenntnisse gewinnen.

Mit Abschluss der digitalen Ersterfassung wurde, wie im Abschlussbericht zur umfassenden Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien angeregt, eine **zentrale Kartenvertriebsstelle in der Abteilung** eingerichtet. Aufgabe dieser Stelle ist die Ausgabe von analogen Darstellungen, digitalen Plänen und Karten, die Nutzerbetreuung über Telekom-

munikation, die Buchhaltung und Verrechnung, die Abonnementabwicklung und die laufende Tarifierung. Dabei wird einer eingehenden fachlichen Beratung über die zahlreichen Produkte der städtischen Plan- und Kartenwerke, dem bestmöglichen Auswählen für den jeweiligen Zweck und der kompetenten Beratung über individuelle Gestaltungsmöglichkeiten bei Anwendung der digitalen Datentechnik ein hoher Stellenwert beigemessen.

Insgesamt gesehen ist die bei der Dienststelle neu eingerichtete Kartenvertriebsstelle ausgerichtet auf verstärkte Kundenorientierung und Forcierung innovativer Technologie. So war es bereits möglich, die Preise bis zu 70 % zu senken und die Produktpalette durch Anwendung von GIS-Werkzeugen zu erweitern. Information über Art, Stand und Qualität der Daten über Intranet und Internet wird verstärkt angeboten, Beispielesdaten können über das Netz heruntergeladen werden. Weiters wird am Ausbau der Bestellungen von Standardprodukten über elektronische Medien gearbeitet. Die Gesamteinnahmen aus dem Kartenverkauf beliefen sich 1999 auf rund ATS 87 Mio.

Als erster Schritt zur Einführung von **New Public Management** wurde in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Stadtvermessung des Österreichischen Städtebundes ein Produktkatalog für Vermessungsleistungen ausgearbeitet. Damit soll in Zukunft eine effektive Steuerung durch Produkte und Kennzahlen ermöglicht werden.

Um die in der Vermessung anfallenden immensen Datenmengen möglichst effizient bearbeiten zu können, kommt einer **modernen EDV-Ausstattung** überaus große Bedeutung zu. Aus diesem Grunde wurden sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich folgende Neuerungen vorgenommen: Ankauf von vier Luftbildauswertegeräten und sieben Workstations für die Kartografie zur Produktvereinheitlichung, Einrichtung eines abteilungseigenen GIS-Servers und Ausbau der GIS-Arbeitsplätze, Einrichtung von zwei weiteren CAD-Arbeitsplätzen, Umstellung des Nachrichtensystems auf Outlook sowie diverse Modernisierungen von Rechnern, Bildschirmen, Druckern und Plottern. Die von der Abteilung ausgearbeitete CAD-Richtlinie als Standard für Vermessungspläne, wichtig bei Zusammenschlüssen von verschiedenen Operaten, hat sich besonders gut eingeführt.

Breiten Raum nahm im **Dezernat Ingenieurgeodäsie** die vermessungstechnische Betreuung des Ausbaues des Wiener U-Bahnnetzes ein. Die für die Projektierung der Linie U1-Nord erforderlichen Planunterlagen konnten fertig gestellt werden, für jene betreffend die U-Bahnlinie U2/5 vom Schottentor in die Erzherzog-Karl-Straße samt dem neuen Betriebsgleis Prater waren laufend Ergänzungen vorzunehmen, die Arbeiten waren jedoch nahezu abgeschlossen. Dem jeweiligen Baufortschritt entsprechend konzentrierten sich die Vermessungsarbeiten im Bereich der Bauabschnitte U3/19 (Gasometer) – U3/22 (Simmering – Ostbahn) auf Rohbaukontrollmessungen, Vermessungen für den Innenausbau und für die Oberflächengestaltung im Stationsbereich. Die Setzungsmessungen an den bestehenden Gebäuden im Baustellenbereich waren in den letztgenannten Bauabschnitten, aber auch im Abschnitt U3/18 (Otta-kring) fortzuführen. Für die Umbauarbeiten an der Stammstrecke der U2 und für die Verlängerung der Linie U1 erfolgten vorbereitende Vermessungen.

An weiteren ingenieurgeodätischen Arbeiten dieses Dezernates sind hervorzuheben: Absteckungen und baubegleitende Kontrollmessungen an der Prater Hochstraße, dem Nussdorfer Steg, dem U6-Durchgang-Perfektastraße, dem Ketzergergassensteg, der Unterführung Richard Neutra Gasse, der Überplattung Donaueystraße, des Urban-Loritz-Platzes, der B 3, der Floridsdorfer Hauptstraße, der Gerasdorfer Straße sowie des Margaretengürtels.

Die Vermessungen zum **Informationssystem der 2. Wiener Hochquellenleitung** konnten für den niederösterreichischen Bereich nahezu abgeschlossen werden. Dieses Informationssystem dient der MA 31 zur Verwaltung, Auswertung und Analyse von objektorientierten Bestands- und Beobachtungsdaten für die Sicherung, Erhaltung und Sanierung der Leitung. Wie bereits in den letzten Jahren wurden Hangsicherungsmessungen im Verlauf der 2. Hochquellenleitung mittels GPS vorgenommen. Die für den Bau des Umgehungsstollens Scheibbs vorzunehmenden Messungen konnten abgeschlossen werden.

Insgesamt wurden im Dezernat Ingenieurgeodäsie 80 zum Teil sehr umfangreiche Lage- und Höhenpläne für städtische Bauvorhaben zur Verfügung gestellt, 27 Absteckungen vorgenommen und 23 Lagepläne für Bekanntgaben der Bebauungsbestimmungen verfasst. Dazu zählten beispielsweise neben den bereits oben angeführten U-Bahnvermessungen die Arbeiten für die Stadterweiterung In der Wiesen, das Zentrum U6, für den Umbau der Alserbachstraße, für die Hauptsammelkanäle am Donaukanal, für die neue Rettungszentrale, die Urania, das Pflegeheim Liesing, die Autobusgarage Leopoldau und für die Straßenprojektierungen Ketzergergasse, Raxstraße, Triester Straße, Perfektastraße, Breitenleer Straße, Lothringerstraße und Arbeitergasse. Zur Unterstützung der Stadtarchäologie wurden die Ausgrabungen im Bereich der Albertina, der Rudolfsstiftung, des Rabensteigs und der Nikolaikapelle messtechnisch erfasst.

Zur **Überprüfung von Bauausführungen** waren über Auftrag der Bauoberbehörde und des Kontrollamtes, weiters zur Festlegung von Apothekenstandorten sowie gemäß Veranstaltungsstättengesetz und betreffend verkehrsrechtlicher Bestimmungen insgesamt 159 Gutachten auszuarbeiten.

Neben den laufenden Arbeiten zur Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes wurde im Bereich der 3. Wiener Wasserleitung ein neues Höhennetz eingerichtet. Dazu waren 46 km Präzisionsnivellement anzulegen. Darauf aufbauend wurden 57 Grundwasserbeobachtungsstellen eingemessen.

Dem **Dezernat Liegenschaftsgeodäsie** obliegen die Evidenzhaltung der Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Dienstbarkeits- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften. In diesem Arbeitsbereich wird die mit Bundesgesetz verliehene Befugnis zur Verfassung von Urkundplänen wahrgenommen.

Auf Anregung dieses Dezernates und in Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen wurden wieder zwei **Bezirksgrenzänderungen** einer gesetzlichen Regelung zugeführt, und zwar mit dem:

- Landesgesetzblatt 13. Stück, Nr. 30 vom 5. Februar 1999
die Grenze zwischen dem 3. und 4. Bezirk im Bereich Schwarzenbergplatz–Prinz-Eugen-Straße sowie zwischen dem 4. und 5. Bezirk im Bereich Kettenbrückengasse–Kettenbrücke, und mit dem
- Landesgesetzblatt 20. Stück, Nr. 13 vom 25. März 1999
die Grenze zwischen dem 10. und 12. Bezirk im Bereich Frachtenbahnhof Matzleinsdorf–Längenfeldgasse–Kerschsteinergasse–Kundratstraße.

Neben diesen Bereichen wurden Pläne, mit denen Bezirksgrenzen mit einer Länge von 4,6 km koordinativ zentimeterscharf festgelegt wurden, von den Mitarbeitern dieses Dezernats verfasst. Dies betrifft den Bereich Döblerhofstraße–Modecenterstraße zwischen dem 3. und 11. Bezirk sowie den Bereich Innstraße zwischen dem 2. und 20. Bezirk. Da diese Grenzpunkte auch in die Mehrzweckkarte eingearbeitet werden, wird auch die Lage der Bezirksgrenzen in dieser laufend verbessert.

1999 wurde die Abteilung beauftragt, die **grundbücherliche Durchführung von Abteilungsbescheiden** zu überwachen. Dies liegt einerseits im Interesse des Bürgers, der ein Abteilungsverfahren in die Wege geleitet hat und nun durch dieses Dezernat daran erinnert wird, dass baubehördliche Bescheide ablaufen könnten, und es nicht in seinem Interesse ist, seinen Teilungsplan nicht grundbücherlich durchzuführen. Andererseits liegt dies auch im Interesse der Stadt Wien, da durch einen nicht durchgeführten Teilungsplan die Rechtssicherheit von Grundstücksgrenzen nicht gegeben ist und ein nicht durchgeführter Vorausplan andere Abteilungsverfahren verzögert. Gemäß Vermessungsgesetz ist für die Eintragung von Grundstücken in den Grenzkataster zur Absicherung der Grundstücksgrenzen eine Grenzverhandlung erforderlich, zu der die Anrainer eingeladen werden. Da die Stadt Wien in vielen Fällen Anrainer ist, nahmen Mitarbeiter dieses Dezernats an 250 Grenzverhandlungen teil, unterfertigten Zustimmungserklärungen und sicherten so die Grenzen der Grundstücke der Stadt Wien.

Um das Festpunktfeld für geodätische Messungen zu erhalten, wurden 100 Aufgrabungsmeldungen überprüft und die Verlegung von Festpunkten veranlasst, wenn sich einer im Einflussbereich einer gemeldeten Aufgrabung befand. Diese Tätigkeit liegt auch im Interesse der Allgemeinheit, weil durch eine Ausdünnung des Festpunktfeldes Anschlussmessungen aufwendiger werden, und sich dadurch die Kosten für diese Leistungen erhöhen.

Sowohl bei privaten als auch bei städtischen Grundteilungsverfahren können wegen Umwidmungen Entschädigungsleistungen für abgetretenen Straßengrund anfallen. Als Grundlage für die Bemessung dieser Entschädigungsleistungen mussten 10 Entschädigungspläne angefertigt werden.

Zur Unterstützung des Geoinformationssystems der Stadt Wien wurden 420 Teilungspläne dahin gehend bearbeitet, dass die Koordinaten von für Fluchtlinienverläufe relevanten Punkten der MA 14 zwecks Einarbeitung in den digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan bekannt gegeben wurden.

Zur Durchführung von Abteilungsverfahren für Zwecke der Stadt Wien wurden an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen 110 Aufträge mit einer gesamten Vergabesumme von ATS 7 Mio. für die Erstellung von Teilungsplänen und Grenzvermessungen vergeben. Für die Fortführung der Abteilungsverfahren wurden von den Mitarbeitern dieses Dezernats 130 Bekanntgaben der Bebauungsbestimmungen bei der MA 37, 220 baubehördliche Bescheide bei der MA 64, 210 Planbescheinigungen bei den Vermessungsämtern und 120 Ansuchen um grundbücherliche Durchführung an die Magistratsdirektion Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ) gerichtet. Weiters wurden 110 Abteilungsverfahren mit der grundbücherlichen Durchführung abgeschlossen, wovon folgende Objekte besonders hervorgehoben werden sollen: Die Kleingartenanlagen Oberwieden, Gänsehäufel und Neu-Florida, die Schulen am Asperner Heldenplatz und in der Kleinen Sperlgasse, die Wohnhausanlagen für „Naturnahes Wohnen“ in der Wulzendorfstraße, in der Margaretenstraße und am Kardinal-Nagl-Platz, die Sportanlage Achtundvierziger-Platz, die Parkanlage Otto-Wagner-Platz, die U3 in der Kendlerstraße, die U4 südlich der Gunoldstraße und die U6 in der Wittmayergasse, das Kindertagesheim am Franzosenweg, das Sozialmedizinische Zentrum Ost, das Geriatriezentrum Floridsdorf und der Friedhof Simmering. Von den Mitarbeitern dieses Dezernats wurden 32 Grundstückspläne mit einer Gesamtfläche von 68 ha erstellt. Ebenso wurden 12 Grenzabsteckungen mit einer Gesamtlänge von 3,2 km und 110 Grenzpunkten durchgeführt. Unter den von diesem Dezernat durchgeführten Vermessungen sollen die folgenden hervorgehoben werden: Die Parkanlagen Strauß-Lanner-Park, Josef-Kainz-Park und Schönbornpark, die städtischen Wohnhausanlagen Oskar-Helmer-Hof und Wienarski-Hof, das Stadionbad und das Hallenbad Floridsdorf, die Friedhöfe Jedlese und Großjedlersdorf, die Berufsschule für Gärtner und Floristen in Kagran, das Europahaus des Kindes, das Sägewerk in Hirschwang, das Retentionsbecken für den Mauerbach, die I. Hochquellenleitung in den Katastralgemeinden Guntramsdorf und Matzendorf, für das städtische Forstamt in Nussdorf, im Gütenbachtal und das Forstgut Kasten.

Schwerpunkt der Tätigkeiten des **Dezernates Kartographische Geodäsie** ist die Produktion und der Vertrieb der Mehrzweckkarte. Nach Abschluss der Ersterfassung erfolgt die Aktualisierung des Kartenwerks in einem dreijährigen Zyklus durch Einmessung der Veränderungen im Straßenraum und ergänzende Luftbildauswertung.

Von der **Gruppe Luftbildauswertung** wurden zur Aktualisierung der Stadtkarte 404 Blätter 1:1.000 auf den Stand des jeweils aktuell verfügbaren Bildflugs gebracht. Darüber hinaus wurde eine Aerotriangulierung für die Wienerwaldgebiete durch Setzen und Einmessen von Passpunkten vorbereitet. Spezielle Luftbildauswertungen erfolgten vor allem für die Stadtplanung und die Stadtförste. Das Luftbildarchiv, dessen Bestände bis 1938 zurückreichen, konnte für baubehördliche Entscheidungen wertvolle Auskünfte liefern.

Die Vermessung der **Veränderungen im Straßenbereich** umfasste 552 Blätter 1:1.000, das entspricht etwa 900 km Straßenlänge. Den Feinschliff durch kartographische Bearbeitung erhielten 572 Blätter 1:1.000. Im Bereich der Standardmaßstäbe stehen nun 1.995 Blätter 1:1.000, 395 Blätter 1:2.000, 44 Bereichspläne 1:3.000, 98 Blätter 1:5.000 und 30 Blätter 1:10.000 zur Verfügung.

An weiteren kartographischen Arbeiten, die neben der Aktualisierung der digitalen Stadtkarte anfielen, wurden ausgeführt: die Realnutzungskartierung, das ist die planliche Darstellung der Nutzungskategorien im Stadtgebiet, Karten Grundlagen für Bezirksgrenz- und Landesgrenzänderungen, Landschaftsschutzgebiete, die Parkraumbewirtschaftung, den Schutzzonenatlas und für Müllgefäßstandorte, analoge Druckvorlagen usw.

Im **Planarchiv**, das für die Registrierung, Archivierung, Entlehnung und Aussendung der Vermessungspläne zuständig ist, stehen den Dienststellen des Magistrates sämtliche seit dem Bestehen der Abteilung verfassten Pläne, derzeit etwa 15.000 Planoperale, zur Verfügung. Die Umstellung der händisch geführten Übersichten und Karteien auf ein digitales Informationssystem, das über einen Netzbetrieb dem Archivbenützer die Planeinsicht und -entlehnung erheblich erleichtern wird, ist soweit gediehen, dass mit einem Probetrieb begonnen werden kann.

Das Fachwissen der Abteilung konnte bei Besuchen, Führungen und Vorträgen weitergegeben werden. So besuchten im Rahmen eines TACIS-Projekts mehrere sehr hochrangig besetzte Delegationen aus Russland die Abteilung. Im Bereich der Normierung ist die Abteilung in folgenden Gremien vertreten bzw. führt dort den Vorsitz: im Österreichischen Normungsinstitut im Fachnormenausschuss 084 – Vermessung und Geoinformation, und in dessen Arbeitsgruppen, im Unterausschuss 011c – Maßtoleranzen im Bauwesen, und bei ISO/TC 211 – Geographic Information. Ständige fachliche Kontakte bestehen vor allem zum Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und den geodätischen und fotogrammetrischen Instituten der Technischen Universität Wien und Graz. Weiters ist die Abteilung aktives Mitglied in der Österreichischen Gesellschaft für Vermessung und Geoinformation, der Österreichischen Geographischen Gesellschaft und der Internationalen Vereinigung der Vermessungsingenieure.

Gegenüber dem Vorjahr ist mit 2.589 neuen Geschäftsstücken die Anzahl der Anforderungen etwas zurückgegangen. Obwohl ein wesentlicher Anteil der Arbeiten vom Personal der Abteilung erledigt werden konnte, mussten Aufträge im Ausmaß von ATS 43 Mio. nach außen vergeben werden.